

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 19. Juni 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark vierteljährlich, 3,30 Mark halbjährlich, 6,60 Mark jährlich. Postgebühren sind in den Preisen eingeschlossen. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagsblätter 10 Pf. Die Neue Welt 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereine und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgebundene) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenausschreibungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Heimarbeit und Landarbeit.

Auf ein neues Mittel gegen die „Deutenot“ lenkt die „Deutsche Tageszeitung“ die Aufmerksamkeit ihrer agrarischen Anhänger. Aus dem Königreich Sachsen läßt sie sich schreiben:

„Im Anschluß an die Berliner Ausstellung von Heimarbeiten, auf welcher die traurigen Lohnverhältnisse bei dieser gewerblichen Tätigkeit klar zum Ausdruck gebracht wurden, ist von der Reichsregierung eine Kommission mit Erhebungen über die Lage der Heimarbeiter und zur Ausarbeitung von Verbesserungsvorschlägen eingesetzt worden. Die Herren Kommissionsmitglieder haben inzwischen u. a. auch das sächsische Erzgebirge, einen der Hauptstützen der Hausindustrie, besucht und mit Geistlichen, Lehrern, Bezirksärzten, Fabrikanten und anderen Sachkundigen eingehend die Frage erörtert, auf welche Weise man den industriellen Heimarbeitern zu einer Verbesserung ihrer traurigen Lage verhelfen könne.“

Es ist das ja alles ganz gut und schön, aber ich muß sehr stark bezweifeln, ob dabei ein praktischer Erfolg herauskommen wird. Eine wirklich wirksame Besserung könnte aber andererseits sehr leicht herbeigeführt werden, wenn sich diese so sehr belagerten Leute oder ihre Nachkommen durch den Kampf auf die Sache verstehen wollten, bei uns Landwirten in Arbeit zu treten. Der Arbeitermangel ist hier zurzeit ganz besonders groß, namentlich weibliche Arbeitskräfte sind fast gar nicht mehr zu erhalten, trotzdem die Löhne für Mägde schon auf 240 bis 300 M. neben völlig freier Wohnung und guter reichlicher Verpflegung gestiegen sind. Wäre es nicht zweckmäßiger gewesen, wenn die Herren der Untersuchungskommission den notleidenden Heimarbeiterinnen den Rat gegeben hätten, sich der gesunden, gut gelohnten Landarbeit zuzuwenden, anstatt in ihren meist dumpfen, ungesunden Wohnungen so schlecht bezahlte Heimarbeit für die Spielwaren- und Tabakindustrie zu verrichten oder Spitzen zu häppeln usw., wobei sie dahinstehen und in großer Zahl der Schwindsucht zum Opfer fallen?“

Die Zukunftsbesorgnis, daß die Landwirte „vergebens nach den notwendigen Arbeitskräften Umschau halten und froh sind, wenn sie wenigstens einige vielfach zerlumpte ankommende (1) Ausländer mit großen Kosten herbeischaffen können,“ und behauptet, daß eine Besserung für beide Teile (Landwirte und Heimarbeiter) leicht wäre, wenn letztere sich der Landwirtschaft zuwenden wollten. In einer redaktionellen Schlussnotiz stimmt die „D. T.“ den Ansichten des Einsenders durchaus bei, bezweifelt aber, „daß irgend ein diesbezüglicher Rat bei den industriellen Heimarbeitern Gehör und Nachachtung finden würde. Diese Leute werden leider nach wie vor lieber als Heimarbeiter hungern und an der Schwindsucht sterben, als als gut genährte und entlohnte Landarbeiter leben wollen.“

Unsere Agrarier sind praktische Leute ohne störende schöne Gefühle; das grauenhafte Elend der Heimarbeiter löst bei ihnen nichts weiter aus als den Wunsch, es zum eigenen Vorteil zu benutzen, Profit daraus zu ziehen. Im übrigen enthält, rein inhaltlich genommen, die obige agrarische Ausschüttung nichts Neues. An Hunderten von Beispielen haben wir ebenjotig wie zahlreiche andere Parteiblätter nachgewiesen, wie es mit der „gesunden, gutgelohnten Landarbeit“ und mit den „gut genährten“ Landarbeitern in Wirklichkeit bestellt ist. Eine Wiederholung dieser Beweise erübrigt sich, denn unsere Genossen wissen Bescheid und die „Deutsche Tageszeitung“ nebst ihrer Gefolgschaft — weiß ebenfalls doch nicht ablassen.

Indessen wird zu gleicher Zeit ein Aufruf veröffentlicht, den ein ruthenisches Auswanderungskomitee erlassen haben soll und der sich wie folgt an die ruthenischen Landarbeiter wendet:

„Statt bei den polnischen Gutsherren für einen elenden Lohn zu fronden, möge jeder Ruthene, der Arbeit sucht, nach Deutschland gehen, wo er gut bezahlt und als freier Mensch behandelt wird. Das Komitee kann 100 000 Ruthenen Arbeit in Deutschland verschaffen, und wer kein Reisegeld hat, wird auf Kosten des Komitees bis zum Arbeitsort befördert. Wer nur über den Sommer in Deutschland arbeitet, bringt jährlich einige hundert Kronen als Ersparnis nach Hause.“

Gegen diese geradezu planmäßige Irreführung der Öffentlichkeit erscheint es uns angebracht, mitzuteilen nicht etwa, was Sozialdemokraten, sondern was konservative Männer, die es mit der Wahrheit ernst nehmen, über die wirkliche Lage der Landarbeiter in Deutschland festgestellt haben.

Zur Reichstagswahl 1903 ist ein kleines Werk erschienen, das sich betitelt: „Landwirtschaft und Sozialdemokratie“ von Herrmann Köhler zu Niederlöhns bei Dresden. Ueber den Zweck der Schrift läßt der Verfasser keinen Zweifel. Er schreibt im Vorwort:

„Auf die Landagitation sind alle Anstrengungen der sozialdemokratischen Partei gerichtet. Material und Gebrauchsanweisung zu liefern zur Abwehr, ist der Zweck der Schrift.“

„Am liebsten würde ich die Schrift in den Händen von Geistlichen und Lehrern auf dem Lande, besonders aber gebildeter Landwirte sehen, denen die Pflicht obliegt, der Einwirkung sozialdemokratischer Agitation auf Gefinde, Tagelöhner und kleine Besitzer entgegenzutreten.“

Sozialdemokratischer Neigungen wird der Verfasser hierdurch wohl schwerlich geziehen werden können, wie denn auch der zweite Teil seiner Schrift, der insbesondere das Tatsachenmaterial enthält, den anheimelnden Untertitel führt: „Die

sozialdemokratische Landagitation und ihr sittlich anstößiger Charakter.“ — Jedemnoch, die Hoffnung des Herrn Köhler, sein Buch würde in der konservativen und agrarischen Wahlagitation reichliche Verwendung finden, hat sich nicht erfüllt. So sehr wir auch späters und blickten — im ganzen Wahlkampf des Jahres 1903 und selbst späterhin haben wir in der konservativen Presse noch nicht einmal den Namen des Buches erwähnt gefunden und auch sonst von seiner Verwendung nichts gehört.

Ein Wunder ist das nicht. Wendet man sich dem Inhalt des Buches zu, so versteht man leicht, weshalb die Konservativen und Agrarier allen Anlaß hatten, seine Existenz möglichst zu verheimlichen. Mag nämlich Herr Köhler durch Schlussfolgerungen und Urteile noch so sehr die Sozialdemokratie in Grund und Boden „beweisen“, so enthält das Buch doch außer diesen seinen persönlichen Meinungsäußerungen auch Tatsachen, und zwar gerade die Tatsachen, welche unsere Ordnungsstützen im Interesse der Staatserhaltung stets wegzuleugnen bemüht sind.

So z. B. (Seite 55—57) erboht sich der Verfasser über die „Verbeugung“, welche die sozialdemokratischen Blätter angeht, indem sie die bei den Agrariern üblichen Beschimpfungen der Arbeiter aufzählen. Und am Schluß bemerkt er ganz harmlos:

„Gleichwohl muß ich, um der Wahrheit die Ehre zu geben, hinzufügen: Es fehlt den sozialistischen Schriftstellern, die sich mit landwirtschaftlichen Angelegenheiten befassen, doch meistens an gründlicher Kenntnis und Erfahrung. Derartige Verzechnisse würden sich aus dem Sprachschatz unserer Landwirte mit Leichtigkeit vervollständigen lassen. Aber es ist, wenn auch des Guten mitunter zu viel geschieht, allermeist nicht so böse gemeint, wie es klingt. Der Landwirt läßt sich nicht gern das Recht nehmen, sich dann und wann mit seinen Leuten auszusprechen, und — sie verstehen einander.“

Wie hieß es doch oben? In Deutschland wird der Landarbeiter „als freier Mensch behandelt“. Herr Köhler aber weiß, daß es „der Landwirt“ liebt, sich mit „seinen“ Leuten „auszusprechen“. Das genügt vollständig. Wir sind überzeugt, nicht nur die Landarbeiter, sondern jeder vernünftige Mensch wird das richtig verstehen. — Doch weiter. Auf Seite 59 heißt es:

„So findet sich z. B. im „Ostpreuss. Landboten“ 1901 Nr. 1 ein zwischen einem Gutsbesitzer (folgt genauer Name und Adresse) und seinen Arbeitern geschlossener Arbeitsvertrag, der allerdings mit Recht die Leberchrift trägt: „Ein richtiger Sklavenvertrag.“ Macht sich doch der Arbeitgeber darin die volle unbeschränkte und ausschließliche Verfügung an über die Arbeitskraft von Mann, Weib und Kind, die nur noch willkürlose Maschinen in seiner Hand sind.“

„Unter der Rubrik: „Die Not der Gutsbesitzer“ bringt der „Ostpreuss. Landbote“ vom 1. Januar 1902 eine Schilderung von der glänzenden Einnahme eines neuen Konzertsalles im Schlosse Kaptein des notleidenden Rittergutsbesitzers Heubach. Dem prächtigen Wille wird sofort ein anderes gegenübergestellt, nämlich das der Arbeiter desselben Herrn, die ihm davonlaufen, weil das Essen, das er ihnen liefert, ungenießbar ist.“

„An anderer Stelle wieder desselben Blattes (1901 Nr. 14) wird mit Behagen die allerdings etwas lange Speise- und Weinkarte vom Stiftungsfest des landwirtschaftlichen Vereins Roppot von der Ochsenschwanzsuppe bis zum Käse und vom Jeltlinger bis zum Sekt abgedruckt.“

Man muß gestehen, es ist etwas absonderlich, derartige Dinge zur Agitation gegen die Sozialdemokratie verwenden zu wollen. Immerhin sind das nur Einzelheiten. Doch auch was der konservative Verfasser über die Gesamtlage des deutschen Landarbeiters anführt, ist höchst lesenswert. Zum Beispiel:

(Seite 75) „Auf Grund unansehnlicher Berichte können sich Leute, die nicht von vornherein für die Interessen des Großgrundbesitzes eingenommen und ihnen zu Liebe Bedürfnisse und Rechte des arbeitenden Standes zu unterschätzen geneigt sind, der Erkenntnis nicht verschließen, daß selbst in den gesegneten Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Sachsen wie in Braunschweig, Anhalt usw. die Landarbeiter zu nicht geringem Teil ein klägliches Dasein fristen.“

Es wird dann mitgeteilt, daß die berühmten Mediziner von Voit und von Pettenkofer festgestellt haben, was zur täglichen Ernährung eines erwachsenen Menschen mindestens nötig ist, und weiter heißt es, daß dies bei den Tagelöhnern selten zu finden sein wird:

„Nicht einmal bei den Arbeitern der unter Verwaltung der königlichen Anstaltungskommission in Posen stehenden Güter, wo laut Küchenzettel vom 28. März 1900 für die Tagesnahrung eines Mannes ganze 40 Pfennige angeführt sind, während das Voit-Pettenkofer'sche Menü, dem das kaiserliche Gesundheitsamt im „Gesundheitsbüchlein“ (Berlin 1895) ausdrücklich zustimmt, unter 60 Pfennig nicht zu beschaffen ist. Welche Tagelöhnerfamilie aber, die nur von der Hände Arbeit lebt, kann solche Summen für die Ernährung aufwenden! Die Höhe des „ortsüblichen Tagelohnes“, . . . der den ganzen Verdienst in Geld und Naturalbeizungen umfaßt, steigt nur ganz ausnahmsweise, z. B. im bremischen Landgebiet, über 3 M., während er in Ostpreußen, Posen, Schlesien an einzelnen Stellen für männliche Arbeiter auf eine Mark, für weibliche auf 55 Pf. herabsinkt. Für Kinder beläuft sich der Durchschnitt etwa auf die Hälfte. Erwägt man, daß auf die Mitarbeit der Frauen und Kinder nicht immer zu rechnen ist, so wird bei einer Zahl von 250 bis 300 Arbeitstagen die Annahme, daß unter normalen Verhältnissen ein Tagelöhner mit Frau und drei bis vier Kindern über eine Gesamteinkommenssumme von 500 bis 750 M. zu verfügen hat, durchschnittlich wohl zutreffen. Dann kann aber von vollwertiger Ernährung gar keine Rede sein. . . Was nach Abzug der Kosten für Kleidung, Schule usw. zum Aufwand für

Essen und Trinken noch übrig bleibt, ist leicht nachzurechnen. Zeiten langer Krankheit und Arbeitslosigkeit dürfen nicht vorkommen, sonst nimmt das Elend überhand.“

In der Tat, die Rechnung ist einfach: zum bloßen nackten Sattessen sind für eine Familie von Mann, Frau und drei Kindern (die Kinder zu 30 Pf. gerechnet, was sicherlich zu mäßig ist) täglich 2,10 M., d. h. im Jahre 766,50 M. erforderlich. Das gesamte Einkommen beträgt aber, hoch gerechnet, 750 M. Wie stimmt das wohl mit den dreifachen Behauptungen der „Deutschen Tageszeitung“? — Nebenbei wirkt das auch ein scharfes Licht auf die Lage der städtischen Arbeiter. Wir möchten selbst in der Stadt den Arbeiter sehen, der bloß für Essen und Trinken 766 M. jährlich auszuwenden imstande ist!

Aber weiter, immer weiter. Auf Seite 77 lesen wir: „Von allen Räten auf dem Lande die schmerzliche ist die Wohnungsnot. Die Zustände, wie sie z. B. durch die sogenannte Pastorenenquête aufgedeckt sind, spotten aller Anforderungen der Hygiene (Gesundheit) und Sittlichkeit, von Komfort (Behaglichkeit) und Aesthetik (Schönheit) ganz abgesehen, in empörender Weise. . . auch das letztere (das Bild ländlicher Wohnungsnot) dankt seine unheimlichen Züge zum großen Teil dem Geiz, der Menschenverachtung und Rücksichtslosigkeit. . . Solche Notstände aber bilden für die sozialdemokratische Agitation eine unerschöpfliche Fundgrube und geben ihr eine gewisse sittliche Berechtigung. An haarsträubenden Beispielen von Wohnungen oder vielmehr Höhlen und Ruinen, die auf dem Lande armen, besonders alten Leuten zur Benutzung überwiesen werden, ist kein Mangel, auch nicht an solchen zeitweiser vollständiger Obdachlosigkeit. . .“

„Seit dem (Wort des Kaisers über den Viehstall und die Arbeiterwohnungen in Coblenz) Thema nun (in der sozialdemokratischen Landagitation) das Thema „Arbeiterwohnungen und Schweinehülle“ vollends nicht zur Ruhe. Und ich wiederhole: mit vollem Recht.“

Diermit ist eigentlich alles zugegeben, was die bösen Sozialdemokraten über die Lage des Landarbeiters jemals behauptet haben. Und auch das „väterliche“ Verhalten des Gutsherrn zu „seinen“ Leuten muß nach Herrn Köhlers Erfahrungen sonderbar ausfallen. Sonst würde er sich wohl nicht (S. 98—99) zu folgendem beweglichen Appell veranlassen:

„Geht und verbürgt dem Landarbeiter durch nicht ermüdende aufrichtige Fürsorge die Hoffnung auf bessere Zeiten, . . . helft ihm zu einer menschenwürdigen Wohnung, nehmt euch in Krankheit seiner wie seiner Familie kräftiger an, gewährt ihm bei der Arbeit sorgsameren Schutz für Leben und Gesundheit, vor allem aber macht ihn frei von dem drückenden Bewußtsein, ein Arbeiter zweiter Klasse und dem Industriearbeiter nicht gleichberechtigt zu sein. Dann wird er Jölle und indirekte Steuern leicht verschmerzen (1) und dann wird es der Landwirtschaft an willigen Arbeitern nicht fehlen. Die Deutenot wird schwinden in dem Maße wie auf Seiten der Arbeitgeber das Verständnis zunimmt für die Not der Leute, und zwar nicht bloß die materielle, sondern die vielleicht noch schwerer drückende soziale.“

Wie ist uns denn? Wird nicht in der agrarischen Presse fort und fort behauptet, daß auf dem Lande, dank der patriarchalischen Fürsorge der Gutsherrn, die Arbeiter gewissermaßen zur Familie gehören und daß für sie gesorgt werde wie für die eigenen Kinder? Wird nicht gerade dies immer als Beweis dafür angeführt, daß die Aufhebung der Befindungsordnung und des Landarbeitergesetzes von 1854 nicht nötig sei? Und nun muß ein konservativer Schriftsteller sich mit so beweglichen Worten an die „gnädigen Herren“ wenden, um sie zu bitten, das alles erst einzuführen? Da muß es doch wohl bis jetzt noch nicht bestehen! Und also erweisen sich auch hier die agrarischen Behauptungen als Schwindel.

An der Hand der hier angeführten Tatsachen aus einem konservativen Buche kann man ersehen, welche Dreistigkeit dazu gehört, solche Aufrufe zu erlassen, wie die eingangs erwähnten. Nicht ein Wort davon ist wahr, und die Behauptung von der „gesunden, gut gelohnten Landarbeit“ erweist sich als ein frecher Hohn auf die Arbeiter und zugleich als eine nichtwürdige Menschenfalle für ausländische Arbeiter.

Die Revolution in England.

Bialystok.

Allmählich lichtet sich das Dunkel, das noch immer über den Greweln von Bialystok lagert. Man darf sich nichts darauf einbilden, vorhergesehen und vorausgesagt zu haben, daß die offiziell-offiziösen Darstellungen erfunden und erlogen waren. Nun stellt es sich unwiderleglich heraus, daß die Behörden schon vier Tage vor dem Judenmorden davon Kenntnis hatten, daß etwas im Anzuge sei. In geradezu klassischer Weise tritt das in einem Schreiben hervor, das ein Berliner von einem seiner Geschäftsfreunde erhielt und das die „Voss. Zig.“ zu veröffentlichen in der Lage ist. Es lautet:

„Bialystok, 14. Juni. Während ich diese Zeilen schreibe, befinden sich mehrere Freunde in meinem Hause, die zu mir gekommen sind, um sich vor dem Feinde zu verbergen. Als am Montag der Polizeimeister und ein Polizist am letzten Tage auf der Straße ermordet wurden, entstand das Gerücht, daß die Polizei eine Raube dafür vorbereite, und daß unwehrländerungen bei den Juden erfolgen werden. Der Offizier, der mit mir in demselben Hause wohnt, hat sogar der Wirtin gestern angeraten, Bialystok für den heutigen Tag zu verlassen. Heute ist Gründonnerstag, und die Christen werden in kirchlicher Prozession durch die Straßen ziehen. Während der Prozession soll jemand einen Schuß abgeben, und das soll dann das Zeichen zur Plünderung sein. Daß

wußten wir schon vorsehen, und jetzt hören wir, daß der Plan bereits ausgeführt ist, daß schon viele Menschen tot auf den Straßen liegen und daß die jüdischen Geschäfte eben jetzt geplündert werden. Aus den Fenstern unserer Wohnung sehen wir Christen mit kleinen Paketen, wohl geraubte Waren enthaltend, vorbeiziehen.

Nachmittags um 16. Juni, 6 Uhr morgens: Die ganze Nacht hindurch hörten wir viele Schüsse. Christen werden in die Stadt hineingelassen. Juden dürfen sich nicht auf der Straße zeigen. Die ganze Lindenstraße ist geräumt. Es waren nicht mehr als etwa hundert Plünderer an der Arbeit. Ueberall, wo sie zu plündern begannen, bewachten die Soldaten das Haus ringsum mit schußfertigen Gewehr und drohten jeden, der den Juden Hilfe bringen wollte, zu erschließen oder mit den Bajonetten niederzuschlagen. Christen wurden überall von der Wache durchgelassen, damit noch mehr Mädel sich an der Plünderung beteilige. Sechzehn Kompanien Militär verhinderten die jüdische Selbstwehr an der Verteidigung. Nachts war ein Brand in der Stadt zu sehen, es regnete aber so stark, daß der Brand dadurch gelöscht wurde. Wie man sagt, war der Gouverneur gestern hier und erklärte, daß die Sache drei Tage lang dauern werde. Die meisten Toten sind Opfer der Soldaten.

Daß in der Hitze des „Gefechts“ auch viele Christen ihr Leben lassen mußten, versteht sich am Bande.

Die Anzahl der Toten ist noch nicht festgestellt: Angaben und Schätzungen schwanken zwischen 50 und 600!!

Daß die Verichterstattung über die Schmach von Bialystok wieder einmal in echt russischer Weise funktioniert hat, geht am besten aus folgendem Telegramm vom Sonntag hervor:

Der Gouverneur von Grodno erließ heute eine Bekanntmachung, in der die geistige von der Petersburger Telegraphen-Agentur als offiziell bezeichnete Depesche, welche in gefälschter Weise die Nachricht verbreitete, daß die Ausschreitungen der jüdischen Bevölkerung den Program in Bialystok veranlaßt hätten, absolut erlogen sei. Der Gouverneur erklärt, daß die beiden religiösen Professionen, die eine der Katholiken, die andere der Orthodoxen ungehärt verließ, daß dabei kein Geistlicher und kein Kind, wie behauptet wurde, Schaden gelitten hätte. — Minister Stolypin gab heute auf eine an ihn gerichtete Anfrage zu, er wolle nicht einmal, von wem jene erlogene offizielle Darstellung ausgegangen sei. Aber auch er müsse jene offizielle Depesche als erlogen bezeichnen.

Dieser geheimnisvolle Ursprung der offiziellen Depesche überzeugt unsere politischen Kreise davon, daß auch diesmal eine unbefamte Hand die Ereignisse in Bialystok geleitet hat. Es handelt sich um jene reaktionäre Nebenregierung, die die Polizei der Oktobertage fortzusetzen beginnt.

Der Kriegszustand ist in Bialystok erklärt worden. Trotzdem dauern auch unter dem Kriegszustand die Judenmorde fort. Das noch unberührte Gerücht tritt auf, daß auch in Grodno ein Programm ausgebrochen sei, oder daß man doch am Vorabend eines Programms stehe.

Die Stimmung der Arbeiter und Beamten der verschiedensten Eisenbahnen ist nach Nachrichten aus dem Lande außerordentlich erregt. Neue große Wirren scheinen bevorzustehen.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur, deren Glaubwürdigkeit oben charakterisiert worden ist, meldet:

Petersburg, 18. Juni. Amtlicher Mitteilung zufolge ist in Bialystok völlige Ruhe eingetreten; der Gouverneur hat strenge Weisungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung erlassen.

Aus Warschau kommt am gleichen Tage folgendes Telegramm: Wie die Blätter melden, sind auch in den zum Gouvernement Grodno gehörigen Ortschaften Jabludow, Ossowiec und Gononids Judenverfolgungen ausgebrochen.

Und das Bureau Herold berichtet aus Odessa: Wegen der Judenmassaker beginnt auch hier die jüdische Bevölkerung panisch zu flüchten. Ebenso wird aus Winsk, Proskow und Verditschew gemeldet, daß sich eine Bewegung bemerkbar macht, welche Ergüsse gegen die Juden befruchtet läßt.

Aus Sewastopol und Warschau laufen Nachrichten ein, die besagen, daß die Behörden umfassende Maßnahmen trafen, um Judenmorde zu verhindern. In Warschau hat nach der Mitteilung eines Privatkorrespondenten der Ergebnisloger die sehr verständliche Anordnung getroffen, daß die für Sonntag geplant gewesenen Fronleichnamspredigten unterbleiben! — Diese Maßregel beweist, was man in hohen kirchlichen Kreisen Rußlands den „Schwarzen Hund“, den Guligan und ihren hohen Protektoren zutraut! Daß man in hohen weltlichen Kreisen Rußlands keinen Deut anders denkt, davon legt folgendes Telegramm Zeugnis ab:

Petersburg, 18. Juni. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur: Der Minister des Innern richtete an die Gouverneure und Stadthauptleute ein Rundtelegramm, in welcher er ihnen vorschreibt, ihren Untergebenen im Hinblick auf die Ausschreitungen in Bialystok die strengste Wächterhaltung vorzuschreiben, sowohl Agrarangelegenheiten wie den Ausschreitungen gegen die Juden vorzubeugen und einschneidende Maßnahmen im Falle zu unterdrücken. Die Unterlassung dieser Vorschrift und die Unfähigkeit der Amtspersonen würden strengstens geahndet werden.

Streikbewegung und Unruhe allenthalben.

Petersburg, 17. Juni. Es bereitet sich ein Eisenbahnstreik vor. Für den 21. Juni erwartet man den Ausbruch auf der Nikolabahn, der sich schnell auf andere Linien ausbreiten dürfte. Die Stimmung in den Arbeiterbezirken wird immer drohender. Aus der Provinz liegen zahlreiche Meldungen über beginnende Ausstände vor. Die Proklamation des Generalsprekts ist nicht ausgefallen. Größere Hotels wurden in Kenntnis gesetzt, daß sie bei eintretenden Unruhen militärische Befehle erhalten würden. Da die Wäcker vorsehen in den Ausstand getreten sind, ist frisches Brot nur aus der Umgegend zu beschaffen.

Die Blätter melden eine lange Reihe von Arbeiterausständen und Bauernunruhen aus den Provinzen. In Wschmut (Gouvernement Jekaterinoslaw) sind die Arbeiter der Steinkohlengruben in den Ausstand getreten. In Gouvernement Woroneß sollen überall Bauernunruhen ausgebrochen sein.

Petersburg, 17. Juni. (Von einem Privatkorrespondenten.) Für heute sind in den Vororten, auf den Bahnhöfen und in den zentralen Teilen der Stadt die militärischen Wachen sehr verstärkt worden. — Aus Moskau wird von zahlreichen Versammlungen berichtet, die im Innern der Stadt und in den Vororten abgehalten wurden, bei welchen politische Reden gehalten und revolutionäre Lieder gesungen wurden. Einige Konflikte mit der Polizei sind nicht vorgekommen.

Petersburg, 17. Juni. (Kaff.) Zwei Regimenter Infanterie und eine Batterie Artillerie wurden heute nach Kronstadt geschickt; sie bleiben in der Umgebung der Festung stationiert. Die Garnison von Peterhof wurde durch mehrere Regimenter Kavallerie verstärkt. Diese Maßnahmen lassen die Spannung erkennen, die durch die Ausstände in Petersburg und Moskau von neuem hervorgerufen worden ist.

Petersburg, 18. Juni. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Ungeachtet dessen, daß gestern etwa 30 von Tausenden von Menschen besuchte Versammlungen in den äußeren Stadtteilen stattfanden, verlief der Tag ruhig. Auf diesen Versammlungen wurde fast übereinstimmend der Beschluß gefaßt, die Duma zu unterstützen.

Der Ausstand der Wäcker dauert auch heute noch fort. Nach zuverlässigen Privatmeldungen aus Kronstadt nehmen die Dinge dort eine bedrohliche Gestalt an. Das bestätigt auch die heutige Meldung eines hiesigen Blattes, die besagt, daß die Wachen unter den Matrosen, Arbeitern und Festungstruppen in Wachsen begriffen ist, so daß allgemein eine Wiederholung der Oktoberunruhen befürchtet wird. Die wohlhabenden Bürger flüchten. Aus Krachowo sind zwei Garderegimenter und zwei Batterien mit 12 Schnell-

feuergefähigen und 22 Maschinengefahren nach Kronstadt entandt worden.

Aus Cholm und Kutno im Gouvernement Warschau werden Postübertragungen gemeldet, bei denen drei Postkassen und zwei Soldaten getötet wurden.

Die Nachrichten aus dem Kaukasus lauten unangenehm. Im Gouvernement Erivan nehmen die blutigen Zusammenstöße zwischen verschiedenen Teilen der Bevölkerung größeren Umfang an.

Moskau, 18. Juni. Da heute zahlreiche revolutionäre Versammlungen abgehalten wurden, wurden die militärischen Vorkehrungen wesentlich erhöht. Die Straßen durchziehen Kavalleriepatrouillen. Alle wichtigen Punkte der Stadt sind militärisch besetzt.

Wlma, 17. Juni. Im hiesigen Gerichtsgefängnis haben die Gefangenen revoltiert. Sie steckten ihre Strohsäcke, Tische und Bänke in Brand. Das einschreitende Militär machte von der Feuerwaffe Gebrauch. Mehrere Gefangene wurden erschossen, viele erlitten schwere Verwundungen.

Petersburg, 18. Juni. (Von einem besonderen Korrespondenten.) In dem eine Viertelstunde von Petersburg entfernten Badeort Terrijoki fand gestern eine Versammlung von Dumaabgeordneten und Vertretern der sozialdemokratischen, sozialrevolutionären, anarchoischen und finnländischen extremen Parteien statt. In der drei Resolutionen einstimmig zur Annahme gelangten. Die erste davon betont die Notwendigkeit eines energischen, selbständigen Vorgehens der Arbeitsgruppe der Duma, die zweite beschwört, dem Volke die Verantwortung für die Tilgung der jüngsten Anschläge abzunehmen, während die dritte sich gegen die Regierung richtet als Urheberin der Unruhen in Bialystok und zur Organisation einer Volksmiliz aufruft. — Nach Schluß der Versammlung zogen die Teilnehmer unter Vorantragung roter Fahnen und unter Absingung revolutionärer Lieder von der Polizei unbehelligt zum Bahnhof. Die Absicht der nach Petersburg zurückgekehrten Teilnehmer, auch dort im geschlossenen Zuge vom Bahnhof in die Stadt zu ziehen, konnte wegen der von der Polizei getroffenen Vorsichtsmaßnahmen nicht zur Ausführung gebracht werden. Die Zahl der Teilnehmer belief sich auf 10.000.

Kopfbare Konterbande.

Riga, 16. Juni. (Von einem Privatkorrespondenten.) Bei dem Wepst eines Passagiers des heute in den hiesigen Hafen eingelaufenen Dampfers „Leander“ wurden 26 Gewehre und Revolver und 5000 Patronen gefunden. Der Passagier ist entflohen.

Die Duma.

Petersburg, 18. Juni. Die Wägen in der Duma sind neu verteilt worden. Auf der äußersten Linken sitzt die Arbeitsgruppe; ihr schließen sich die konstitutionell-demokratische Partei und ein Teil der Autonomistengruppe an. Im Zentrum haben diejenigen Abgeordneten Platz erhalten, die keiner Partei angehören. Weiter rechts sitzen die Polen und der andere Teil der Autonomisten. Die rechte Seite ist von den Gemäßigten besetzt.

Die Reichsduma beendete heute die Debatte über die Agrarfrage. Der Entwurf betreffend die Einsetzung einer Agrarkommission wurde einstimmig angenommen.

Die Partei der konstitutionellen Demokraten erörterte die Frage, ob die Duma ihre Tagung für die Sommerferien unterbrechen soll oder nicht. Es wurde einstimmig beschlossen, den ganzen Sommer durchzuarbeiten. — Die Meldung der „Kowoje Wremja“, daß die Partei der konstitutionellen Demokraten ein viel schärferes, ja sogar revolutionäres Programm aufzustellen beschlossen habe, wird als unrichtig bezeichnet. Ein derartiger Beschluß könnte nur von einem nationalen Parteikongress gefaßt werden.

Aufgehoben.

Riga, den 17. Juni. Infolge Einspruchs der Verteiliger hat der Generalgouverneur die Vollstreckung der letzten vom hiesigen Distriktsgericht gefällten Todesurteile gegen 9 Mitglieder der Kampforganisation einstellend stillgesetzt.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 18. Juni.

Zu den Meutereien in Südwestafrika.
In welches Wespennest wir mit unseren neufrischen Mitteilungen über Meutereien unter den deutschen Truppen in Südwestafrika gestoßen haben, zeigt sich jeden Tag mehr. Jeder neue Tag bringt nämlich neue Beispiele.

Wir haben am Sonntag schon den neuen Fall wiedergegeben, den die „Neue Militär. Korr.“, ein offizielles Organ, an die Öffentlichkeit gebracht hat. Jetzt wird uns aus Stuttgart gemeldet, daß das dortige Zentrumblatt, das bekanntlich dem Abg. Erzberger sehr nahe steht, zu unseren Angaben aus eigenem Hinzufügt, daß tatsächlich große Unzufriedenheit unter den Truppen in Südwestafrika herrsche und daß auch wirklich „schlimme Dinge“ vorgekommen seien. Der Kolonialabteilung selbst sei, wie das Blatt wisse, mitgeteilt worden, daß am 1. Mai deutsche Schutztruppen Soldaten die rote Flagge gehißt haben und den Abgeordneten Vebel hochleben ließen. Diese Mitteilung stamme von ganz zuverlässiger Seite, nämlich von einem Offizier der Schutztruppe selbst.

Weiter lassen sich die, auch vielfach offiziös bedienten, „Münchener Neuesten Nachrichten“ aus Berlin telegraphieren: „Man stellt hier an amtlichen Stellen nicht in Abrede, daß einige ernste Fälle von Insubordination, Diebstähle u. a. m., wie sie bei jeder größeren Truppe in Friedenszeiten vorkommen, sich in Südwestafrika ereignet haben und mehrere Soldaten deshalb mit schweren Freiheitsstrafen belegt und nach Deutschland ins Gefängnis geschickt worden sind. Von eigentlichen Meutereien aber sei, so wird uns versichert, nichts bekannt.“ Was die „amtliche Stelle“ nun eigentlich noch unter „Meuterei“ versteht, bleibt dunkel; für die Zugeständnisse dieser Quelle ist auch, wie neulich bei der „Voss. Ztg.“, interessant, daß sie sich für alle Reinsfälle durch ein „u. a. m.“; und anderes mehr referiert. Darunter läßt sich ja in der Tat wie bei dem künftigen „u. u.“ der „Voss. Ztg.“ auch später das Ersehen eines Offiziers registrieren.

Der „Reichs-Anzeiger“ und die „Nordd. Allg. Ztg.“ aber schwärzen weiter. —

Jesko wünscht kein Disziplinarverfahren.

In einem der lustigen Minels Fritz Reuters kommt ein feudaler Mecklenburger vor, der bei einer Festlichkeit den geschmeichelten und stauenden Kleinbürgern entrüftet erzählt, daß ihn das Gericht zur Auszahlung eines ansehnlichen Gehaltsrestes an seinen entlassenen Hauslehrer verurteilt habe, obgleich er doch mehrfach auf die gerichtlichen Vorladungen mitgeteilt habe, daß er einen Prozeß gar nicht haben wolle.

An diesen mecklenburgischen Junker, der nicht begreifen kann, daß ein Gericht einen Prozeß gegen ihn annehmen kann, den er doch gar nicht haben will, erimert in gewisser Weise Kameruns gewesener Gouverneur, Jesko v. Puttkamer. Auch er will einen Prozeß nicht haben. Von jenem Mecklenburger des Reuterschen Minels unterscheidet ihn aber zu seinem Vorteil der sehr wichtige Umstand, daß er mit Behörden zu tun hat, die seine Abneigung gegen den Prozeß für beachtenswert halten, die es nicht über sich bringen, ihn vor Gericht zu stellen, wenn er es nun einmal nicht mag! In der Kolonialabteilung ist man eben weiter, als die Richter im Lande des Dörsenlopfes zur Zeit Fritz Reuters waren.

Die „Freis. Ztg.“ bringt einige neue Mitteilungen über die Pensionierung Jeskos aus guter Quelle, die im allgemeinen die Angaben der „Germania“ bestätigen. Vor allen Dingen bestätigen auch sie, daß in dem Bericht der Kolonialabteilung an den Reichskanzler der schöne Satz vorkommt, die Nichterteilung eines Disziplinarverfahrens gegen Herrn v. Puttkamer sei auch deshalb gerechtfertigt, weil Herr v. Puttkamer selbst die Einleitung eines Verfahrens als nicht angebracht bezeichnet habe.

Die „Freis. Ztg.“ macht über diesen interessanten Bericht, den der Geh. Legationsrat Rose erstattet hat, folgende Angaben:

Geh. Legationsrat Rose hat in dem Bericht an den Reichskanzler, der aus Nordern — wohl mit Bezug auf die Erwähnung des Joles Puttkamer in der letzten Reichstagskammerung — unermutet an gefragt hatte, wie es mit dieser Sache stehe, das Folgende ausgeführt: Es sei bisher nicht nachgewiesen, daß Herr v. Puttkamer den Satz absichtlich unrichtig ausgestellt habe; aus der Unternehmung gehe nur die Gutgläubigkeit hervor. Weiter wird gesagt, nach einem Bericht des Gouvernements sei Herr v. Puttkamer laut anliegender Nachweisung lediglich ein Reisepassformular mit dem Stempel des Gouvernements zugestellt worden. Gegen Herrn v. Puttkamer dürfte ein Disziplinarverfahren nicht einzuleiten sein, da es nicht im öffentlichen Interesse liege und es Herr v. Puttkamer selbst nicht für erwünscht halte. Zudem müsse seine Hinausendung unterbleiben, da er anscheinend die Eifersüchtigen Gesellschaften zu sehr begünstigt habe. Schließlich wird in dem Bericht mitgeteilt, es sei Herrn v. Puttkamer nahegelegt worden, sein Entlassungsgesuch einzuziehen. Dieses Gesuch sei eingegangen und es solle ihm entsprechen werden unter Jubilation der Pension.

Ueber die Pension teilt die „Freis. Ztg.“ noch mit, daß sie nicht ganz so viel betrage, wie die „Germania“ angebe, sondern ein paar hundert Mark weniger. Gegen 12.000 M. würde sie immerhin ausmachen.

Also an 12.000 M. für einen Menschen, der solcher Dinge beschuldigt ist wie Herr v. Puttkamer. Daß diese Beschuldigungen hergestellt werden vor der Öffentlichkeit, das ist nach der Kolonialabteilung nicht im öffentlichen Interesse! Die Öffentlichkeit hat also nach der Logik dieser Behörde kein Interesse daran, Aufklärung darüber zu erhalten, ob etwa ein der Urkundenfälschung Beschuldigter an 12.000 Mark Pension aus Reichsmitteln erhält! Denn daß Herr v. Puttkamer bei der Ausstellung des Passes gutgläubig gehandelt habe, das wollen selbst die stärksten Ränder außerhalb der Kolonialabteilung nicht ohne weiteres glauben. Und wir meinen, Herrn v. Puttkamer möchte daran liegen, seine Gutgläubigkeit zweifelsfrei darzutun. Aber er hält die Einleitung eines Verfahrens nicht für wünschenswert und die gutmütige Kolonialabteilung mag ihn nicht ärgern! Es ist zu rührend!

Was ist's denn aber mit der Begünstigung der Eifersüchtigen durch Herrn v. Puttkamer? Gesah die auch im guten Glauben? Auch darüber wäre das deutsche Volk schließlich wohl berechtigt, Auskunft zu verlangen! Selbst wenn Jesko nicht mag!...

Deutsches Reich.

Kaiserliche Sorgen und Balkinische Vorurteillosigkeit.

Der Kaiser war Sonntag zu einem großen Pferderennen nach Hamburg geehrt. Nebenbei hat er dort dann auch auf einem Kaffeehofe an dreitausend alte Gardisten begrüßt und sie dabei ermahnt,

„Sie möchten dessen immer eingedenk sein, daß sie in Treue zu Gott und Vaterland und in Ehrfurcht vor der Religion als christliche deutsche Männer einstehen, wenn es nötig sei, für die Sicherheit des Vaterlandes und die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Gesehe!...“

Danach scheint der Kaiser wieder einmal kein unbegrenztes Vertrauen zu den Gesehen und der Polizei zu haben.

Von dem, was sich sonst in Hamburg Sonntag ereignete, interessiert nur noch, daß der Kaiser an Dea einen, doch wohl evangelischen Gottesdienst selbst leitete, dem auch der in konfessionellen Sachen so weitherzige Herr Vallin beiwohnte. Wird er sich nun endlich kaufen lassen? —

Herr v. Tirpitz auf dem Kaiserhofe.

In einer angeblichen zuverlässigen Mitteilung der „Hamburger Nachrichten“ und anderer Blätter werden die Gerüchte, daß Admiral v. Tirpitz demnächst aus dem Amte scheiden werde, als nicht unbegründet bezeichnet. Es sei ausgefallen, daß der Staatssekretär nach Erledigung des Flottengesetzes vom Kaiser keinen Dank und keine Anerkennung erhalten habe. Er habe tatsächlich sein Abschiedsgesuch eingereicht, und es sei fraglich, ob der Kaiser es nicht annehme. Als sein Nachfolger werde in Marinekreisen Vizeadmiral v. Alfeld, stellvertretender Vebollmächtigter zum Bundesrat, genannt.

Es ist in der Tat ausgefallen, daß vom Kaiser nur Willow und Stengel durch allerlei Ehrungen nach Annahme der Steuergesehe ausgezeichnet wurden, während Herr v. Tirpitz leer ausging, obwohl doch die von ihm vorgelegte und von der Reichstagsmehrheit angenommene neue Flottenvorlage eine große Millionenvorlage war.

Minister v. Helffisch und die bairische Kammer.

München, 18. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

In der bairischen Abgeordnetenkammer begann heute nach Verhandlung einer wenig aufregenden Generaldebatte die Spezialberatung des Etats des Innern. Die Stelle eines Zentralwohnungsinpektors wurde gegen die heftige Opposition der bündlerisch-ultramontan-agrarischen Elemente erledigt. Dann brachte der Zentrumabgeordnete Dr. Heim einen Vorgang zur Sprache, der, wenn er sich wirklich so abgespielt hat, den Minister Graf Helffisch auf das schwerste kompromittieren müßte. Dr. Heim erklärte: Vor einigen Monaten ist eine Deputation von Apothekenbesitzern zum Minister gekommen, die mit dem Entwurf einer neuen Apothekenordnung für Bayern unzufrieden war. Die Deputation hatte bemerkt, daß sie sich mit einer Petition an die Abgeordnetenkammer wenden wolle. Darauf hat der Minister erwidert: Ich rate Ihnen, gehen Sie nicht an die Kammer. Wenn Sie mit den Abgeordneten reden, versprechen Sie Ihnen alles, wenn es aber in der Kammer darauf ankommt, reden Sie ganz anders. Ich kenne meine Kammer und warne Sie.“ In diesen Worten liegt eine schwere Beleidigung der Abgeordnetenkammer, gegen die ich für meine Person entschieden protestieren muß. Ich habe nicht durch einen Vertrauensbruch Kenntnis von der Sache bekommen, sondern bin autorisiert, die Sache zur Sprache zu bringen.“

Der Minister erwiderte, er könne sich nicht mehr genau an den Wortlaut seiner Unterredung erinnern. Er habe der Deputation nur bemerkt, in der Abgeordnetenkammer bestände Stimmung für eine Erweiterung der Landapotheken, um es zu ermöglichen, daß jeder Apothekergehülfe zu erschwingbarem Preise eine Apotheke erwerben kann. Deswegen müsse er den Herren raten, sich nicht an die Kammer zu wenden, da ihre Petition nicht ausfichtreich sei. Ferner habe er bemerkt, es sei ein großer Unterschied, ob ein einzelner Abgeordneter Unterfütterung zulasse oder ob die Kammer als solche über eine Sache entscheide. Von seiner

Kammer habe er natürlich nicht geredet, das wäre ein Unding, sondern er habe vielmehr gesagt: „Ich kenne die Kammer und ihre Anschauung, ich warne Sie.“

Dr. Heim blieb demgegenüber bei seiner Mitteilung stehen und teilte noch mit, daß seine Informationen von Herren stammten, die der liberalen Partei angehörten. Namens der liberalen Partei erklärte Dr. Müller-Reinigen, in einem solchen Falle sollte man unter allen Umständen Klarheit schaffen, selbst unter Anrufung des Gerichts. Die Doppelzähligkeit müsse auf alle Fälle zurückgewiesen werden und er müsse sagen, unvorurteillich habe sich wohl kein Minister über das Parlament geäußert. Auch Genosse Limm verlangte vollständige Aufklärung über diesen Vorgang. Es müsse zu unhaltbaren Zuständen führen, wenn sich der Minister erlauben könne, die Tätigkeit der Abgeordnetenkammer und die Charaktereigenschaften einzelner Abgeordneten in einer derartigen Weise herabzusetzen.

Wie man ersieht, hat Abgeordneter Dr. Heim von seinem Vorgehen gegen den Minister seiner Fraktion vorher nichts mitgeteilt. Er beabsichtigt, wie er auch in einem Juris besichtigte, am Dienstagabend in einer öffentlichen Versammlung seinen Vorwurf gegen den Minister zu wiederholen, um diesen zur Klage zu zwingen.

Der heilige Paasche auf dem Rückzuge.

Wir hatten Herrn Paasche neulich doch zu viel Erkenntnis zugestrahlt, als wir nach dem Bericht der „National-Zeitung“ meldeten, er habe in Kiel gesagt, unsere Kolonien seien „Ablassstellen für verkehrte adelige Existenzen“. Das will er nun nicht gelassen haben, nachdem er sieht, wie diese richtige Erkenntnis ihm in der Presse der Linken zugeschrieben wird. Er will jetzt nur gesagt haben, daß man die besten Kräfte, die Deutschland unter seinen Völkern habe, hinausjagen solle, um den Verdächtigungen der Kolonialgegner den Boden zu entziehen, als ob die Kolonien die Ablassstellen für verkehrte adelige Existenzen seien. Das ist also so ziemlich das Gegenteil von dem, was ihm die ihm doch gewiß sehr nahestehende „National-Zeitung“ zuerst sagen ließ. Wir nehmen von der Erklärung übrigens um so lieber Notiz, als es uns sehr peinlich wäre, Herrn Paasche so ganz ohne Grund mehr Erkenntnis und Einsicht zugestrahlt zu haben, als er selbst eingestandenemal haben will.

Ein halbes Entgegenkommen. Aus Bremen wird telegraphiert: Die Schuldeputation der bremischen Bürgererschaft sprach sich in einem Bericht an den Senat gegen die von den bremischen Volksschullehrern angeregte Abschaffung des Religionsunterrichts in den Schulen aus, da dies eine schwere Schädigung der Kinder sowohl für die geistige Bildung, als auch in erzieherischer Hinsicht zur Folge haben würde. Der Senat erklärte sich mit der in dem Bericht vertretenen Auffassung sowie mit der darin kundgegebenen Absicht einverstanden, baldigst eine Revision der für den Religionsunterricht in den bremischen Schulen geltenden Lehrpläne herbeizuführen, die sich auch auf eine Prüfung der im Unterricht benutzten Lehrbücher zu erstrecken haben wird.

Also statt Abschaffung des Religionsunterrichts wird eine Reform dieses Unterrichts versprochen. Es bleibt abzuwarten, wie sie ausfallen wird. Sie kann auf keinen Fall das Uebel beseitigen.

Zentrumsarbeiter und Zentrumskapitalisten.

Zu einem bösen Konflikt ist es im Dortmunder Zentrum aus Anlaß des (inzwischen erfolglos beendigten) Straßenbahnerstreiks gekommen, und zwar plähten in der Stadtverordnetenversammlung die Geister wach aufeinander. Das brutale, ablehnende Verhalten der Stadtverwaltung hatte unserem Parteiorgan, der „Arbeiter-Zeitung“, zu heftigen Angriffen Anlaß gegeben, deshalb hielt es der Zentrumsstadtvorordnete Lambert Lenjing, der in Dortmund die erste Geige spielt, im Interesse seiner Partei für geboten, den Magistrat über sein Verhalten gegen die Streikenden zu interpellieren. Aber Lenjing war ein sonderbarer Interpellant. Er hatte sich sehr bald „überzeugt“, daß die Hauptbeschwerden der Straßenbahner der Begründung entbehren, daß die Forderungen der Streikenden zwar materiell berechtigt seien, daß sie aber trotzdem unrecht daran getan hätten, in den Ausstand zu treten. Zu beurteilen sei ja auch der Inspektor Bianchi, der den Leuten gesagt: „Nehmen Sie die Anochen zusammen!“ Wenn so etwas passiere, brauche man sich bei der fortgesetzten Geharbeit der Sozialdemokratie nicht zu wundern, daß es zum Streik gekommen sei. Tatsächlich habe die Sozialdemokratie einen großen Teil Schuld an dem Streik. Die streikenden Leute seien zwar keine Sozialdemokraten, aber zwei Genossen seien doch darunter, und wenn die richtig gehien, könnten sie tausend Leute verführen. So redete der brave „Arbeiterfreund“ Lenjing den Straßenbahner mehr zum Schaden, als zum Nutzen. Noch bössartiger geberdete sich der Zentrumsabgeordnete Rechtsanwalt Nachhoff, der erklärte, man müsse auch den Mut haben, nach unten hin die Wahrheit zu sagen. Der Streik der Straßenbahner sei geradezu eine Erpressung.

Wenn schon die arbeitervindlichen Zentrumsgrößen einen solchen Ton anschlugen, dann kann man sich denken, wie der Magistrat antwortete. Oberbürgermeister Schmieding, der bekannte Aufschützer der Harpener Bergbaugesellschaft erklärte, mit den Streikenden zu verhandeln, führe doch zu nichts, es sei unwar, daß die Leute aus Not streikten, sie hätten einen durchaus auskömmlichen Lohn gehabt. Der Direktor Petersen der Straßenbahn drückte sich ähnlich aus; der Inspektor Bianchi habe auch durchaus recht gehabt, wenn er den Mitgliedern der Deputation zugerufen habe, sie sollten die Anochen zusammennehmen, er selbst würde genau so gehandelt haben! In der Deputation sähe ein Mann, der die Schwindsucht habe und der nur aus Gnade bisher mit durchgeschleppt worden sei. Der Mann lobne Wohlwollen mit Unfand und könne nicht wieder eingestellt werden. Ebenso werde ein anderes Mitglied der Deputation nicht wieder eingestellt, weil es schon vordem wegen Ungebühr gegen einen Vorgesetzten bestraft worden sei. Die Heher würden überhaupt nicht wieder eingestellt, die Disziplin müsse gewahrt werden. Im Interesse der Disziplin sollten eigentlich nur „gediente“ Leute eingestellt werden. Schuld an dem Streik habe auch der Zentrumsabgeordnete Gronowski, der als Mitglied der städtischen Straßenbahnkommission den Straßenbahner in einer Versammlung erzählt habe, was in der Kommission über die Straßenbahner beschlossen worden sei.

Gronowski, ein noch verhältnismäßig recht junger Mann, hat auf der Jesuitenschule in M. Labach seine Ausbildung erhalten, wurde von Lenjing protegiert und in Dortmund als „christlicher Arbeitersekretär“ (lies Zentrumsagitator) angestellt. Bei diesem jungen Manne scheint der Ehrgeiz zu erwachen, besonders seitdem er als Kompromißkandidat des Zentrums und der Nationalliberalen zum Stadtverordneten gewählt worden ist. Ein stillschweigendes Unterordnen gibt es nicht mehr, und auf das „gute Einvernehmen“ scheint er zu pfeifen. Als richtiger Demagog greift er im Gegensatz zu seinen Fraktionsgenossen in bestiger Weise den Magistrat an. Der Streik sei durchaus berechtigt, möchten die Leute auch formell nicht richtig gehandelt haben, so seien sie doch zu entschuldigen, weil sie daran gehindert worden seien, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Man müsse sich schämen, daß es von solcher Forderungen halber zum Streik kommen mußte. Oberbürgermeister Schmieding sei gar nicht kompetent zu beurteilen, ob der Lohn der Straßenbahner ein

auskömmlicher sei; niemals in seinem Leben habe er sich mit einem solchen Lohn von 80 oder 90 M. im Monat befaßt müssen. Wenn gesagt werde, die Heher sollten hinausgeworfen werden, dann sollte man auch die Inspektoren Bianchi und Lembke entfernen, denn diese seien die schlimmsten Heher. Man solle auch nicht so viel reden von der Gefährlichkeit der Sozialdemokratie, mit der er wohl fertig werden wolle.

Als während dieser Rede, die Gronowski zwei Ordnungsrufe einbrachte, ihm vom Vorsitzenden unterjagt wurde, die „persönlichen Verhältnisse Schmiedings zu erörtern, erwiderte er: „Wenn den Herrschaften die Erörterung dieser Dinge unangenehm ist, dann lasse ich sie sein.“

Die Rede rief einen wahren Sturm der Entrüstung hervor, seine Zentrumskollegen waren rot bis hinter die Ohren geworden. Der ultramontane Führer Lenjing bezeichnete die Rede seines Parteigenossen als tief bedauerlich. Gronowski sei noch viel zu jung, um über alle Sachen mitreden zu können. Fast noch brutaler war der Angriff des ultramontanen Stadtverordneten Rechtsanwalt Westhoff auf Gronowski. Er bezeichnete dessen Rede als eine grobe Ungehörigkeit. Aus dieser Rede erkannte der Vorsitzende, daß er dem Gronowski eigentlich noch hätte einen dritten Ordnungsruf erteilen müssen. Gronowski blieb dabei, daß er recht habe. Seine Jugend sei ein Fehler, der mit jedem Tage abnehme; zudem habe sich doch auch Lambert Lenjing als junger Mann zum Führer in Dortmund ausgeworfen. Er beantrage, daß am folgende Tage familiäre Streitenden wieder eingestellt und die Forderungen bewilligt würden. Der „freisinnige“ Stadtverordnete Suhmann erklärte den Streik für unberechtigt und fügte hinzu, daß er aus der städtischen Straßenbahnkommission austreten werde, wenn Gronowski noch ferner ihr Mitglied bleibe.

Der Antrag Gronowski, sämtliche Streikenden wieder einzustellen, wurde dann mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt. Sämtliche Zentrumsmitglieder stimmten gegen den Antrag ihres Fraktionskollegen.

Das Resultat dieser Stadtverordnetenversammlung ist nicht bloß eine unsägliche Wamager der Stadtverwaltung, sondern mehr noch der Zentrumsparlei. Man darf übrigens mit Bestimmtheit erwarten, daß dieser Zusammenstoß der Führer noch ein Nachspiel in der Zentrumsparlei haben wird.

Städteratsch.

Die Städtischen Organe „Das Reich“ und die „Staatsbürger-Zeitung“ vergraben in ihrer Sonntagsnummer folgenden hahnenschnäbeligen Unfuh:

„Vor einigen Jahren tauchte die Behauptung auf, Genosse Stadthagen, bekanntlich zur Zeit der Zolltariffkämpfe einer der widerlichsten „Grotowitzer“ Schreier, habe sich fortgesetzt an den gewagtesten Terminspekulationen in Getreide beteiligt. Die Tatsache wurde Stadthagen in Volksversammlungen, wie im Reichstagsgebäude, — Stadthagen mußte die Getreide-Terminspekulation zugeben.“

Vielleicht macht der ehrenwerte Pastor a. D. Stöcker das Maß seiner christlichen Nächstenliebe dadurch voll, daß er die Daten dieser erfindenen Vorkathagen und Zustände, insbesondere das Datum der stenographischen Reichstagsberichte, auf die die Stöckerblätter hinweisen und läßt die Reichstagsberichte auch dahin fälschen: Stadthagen gab zu, daß er silberne Kessel gestohlen habe und daß Herr Stöcker ein wahrheitsliebender Mann sei.

Ausland.

Oesterreich.

„Der Entscheidungskampf für die Wahlreform“

— so lautete der Titel des Vortrages, der am Sonntag Tausende und Abertausende von Arbeitern und Arbeiterinnen zur Massenversammlung in die Volkshalle des neuen Wiener Rathauses zog. Um 9 Uhr morgens begann die Kundendemonstration, bei der die Genossen Adler, Dassyanski, Ellenbogen, Kefel, Kieger, Schumeier und Seif das Wort ergriffen.

Wir geben den Bericht wieder, den die „Wof. Zeitung“ über die gewaltige Demonstration veröffentlicht:

Wien, 18. Juni. (Eig. Drahtber.) Mit der Tagesordnung „Der Entscheidungskampf für die Wahlreform“ veranstaltete gestern die sozialdemokratische Partei in und vor der Volkshalle des Rathauses eine Massenversammlung, wie sie gleich groß in Wien bisher kaum gesehen wurde. Mehr als 50 000 Personen füllten die Halle und den Rathausplatz. Alle Redner wandten sich in heftigen Ausdrücken gegen jene parlamentarischen Parteien, welche die Wahlreform zu verschleppen suchen. Abg. Schumeier wies auf den bekannten Ausspruch des Kaisers hin, daß eine Neuwahl des Parlaments auf Grund des alten Wahlrechts undenkbar sei, und fügte hinzu: „Die Arbeiterschaft von ganz Oesterreich ist zum Generalstreik bereit. Abg. Dr. Adler, der im Wahlformausschuss sitzt, braucht nur an das Fenster zu treten, vor dem wir warten, und der Streik bricht los.“ Abg. Dassyanski sagte: „Sie sollen es wagen, nach einer Wahl nach dem alten Rechte sich zur Beratung zu setzen; nicht fünf Minuten wird ein Parlament beraten, das nach dem alten Wahlrecht zusammengeschwindelt wäre. Das moralische Recht ist härter, als selbst die benannte Macht, und sollen um jeden Preis Opfer fallen, das versprochen wir, dann nicht nur aus unseren Reihen!“ Das Schlusswort hatte Dr. Adler. „Vom Kaiser bis zum Proletarier“, rief er aus, „steht jeder in dem Willigen der Reform den Untergang des Staates. In diesen drei Monaten des Sommers kann allerhand passieren. Deshalb dürfen diese Herren nicht nach Jesu und Karlsbad gehen, ehe sie ihre Pflicht erfüllt haben. In Galizien wird es keine ruhige Ernte geben, wenn die ruffensischen Bauern ihre Wahlreform nicht haben. Die Industrien werden die günstigen Konjunkturen nicht ausnützen können, wenn man uns unser Recht nicht gibt. Ich hoffe noch immer, daß das Meiste vermieden wird, aber lieber ein Ende mit Schreden als ein Schreden ohne Ende.“ Die Versammlung sahte folgende Entschließung:

„Das arbeitende Volk Wiens erklärt, daß es die Verschleppung der Wahlreform nicht ruhig mit ansehen werde, sondern diesem Verbrechen gegen Volk und Staat mit allen Mitteln und unter allen Opfern einen Kampf entgegenzusetzen werde, dessen erster Schritt der dreitägige Massenstreik in Wien sein wird.“

Dem „Berliner Tageblatt“ drahtet ein geistreicher Korrespondent unter anderem:

„Von dem dreitägigen Wiener Streik und dem österreichischen Generalstreik als Pressionsmittel war aber heute keine Rede. Dies scheint aufgegeben zu sein.“

Der gute Mann scheint auf den Ohren gefessen zu haben, falls er überhaupt der Versammlung, über die er hier berichtet, beigewohnt hat. Im übrigen ist er gerecht genug, anzuerkennen, daß die Demonstration „trotz massenhafter Beteiligung in größter Ordnung verlief, im Gegensatz zu den beiden letzten Massenversammlungen der christlich-sozialen Partei, indem bei der ersten die Kampe des Reichstagsgebäudes gestürmt und bei der zweiten vor der ungarischen Delegation erpediert worden war. Die Arbeiter kamen morgens in großen Zügen aus allen Stadtbezirken zum Rathaus, vertrieben aber die Hauptstrafen, da in denselben heute die katholische Fronleichnamprozession in allen Bezirken stattfand, um nicht mit der Geislichkeit oder den Christlich-sozialen in Konflikt zu kommen. Jeder Bezirksorganisation wurde eine rote Fahne mit der Aufschrift „Noch das allgemeine Wahlrecht!“ vorangetragen. Auf dem Rathausplatz wurden zwei kolossale breite Standarten aufgestellt mit den In-

schriften „Geraus mit dem allgemeinen Wahlrecht!“ und „Wir verlangen unser Recht!“ Der Reichsrat war rings von einer Polizeiwache zu Fuß und zu Pferde eingeschlossen. Sonst sah man auf dem ganzen Plage keine Polizei. Die sozialdemokratischen Parteiführer sprachen zuerst in der Volkshalle, dann auf der Freitreppe vor dem Rathaus. Sie betonten die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Durchführung der Wahlreform ohne Verzögerung und kündigten die Kampfbereitschaft ihrer Partei an.“

Schweiz.

Russische Spindel in Zürich?

Zürich, 16. Juni. (Eig. Ber.)

Der Polizeioberleutnant Vogner und der Bundesanwalt Kronauer-Bern sind wahre Helden der schweizerischen Eidgenossenschaft. Dieser Tage veranstalteten sie in Zürich morgens 8 Uhr unter Massenaufgebot von etwa 50 Geheimpolizisten bei hier wohnenden Russen eine Razzia nach Bomben und anderen Revolutionswerkzeugen, weil irgend ein verlumptes Subjekt verborgene Anzeige erstattet und geschwindelt hatte, da und dort würden Bomben fabriziert. In ihrem blinden Eifer und mit der altbewährten Dummheit fielen Bundesanwaltschaft und Züricher Polizei hinein. Sie rissen nach russischem Muster zahlreiche Russen, darunter ganze Familien, aus ihrer Radtrube und arretierten 9 Personen, von denen sie einige zurückbehielten, um so den Schein zu erwecken, sie hätten wirklich richtige Hunde gemacht und den Pariskommunisten wie die Eidgenossenschaft vor Bombenanschlägen gerettet. In Wirklichkeit haben sie ein schändliches Fiasko erlebt, ja es wird sogar angenommen, ein böshafter Mensch habe nicht den Russen Ungelegenheiten, sondern der Polizei einen ordentlichen Reinfall bereiten wollen. Es liegt aber doch die Annahme nahe, daß es sich hierbei um das Werk russischer Spindel handelt. Sei dem jedoch wie immer, es muß gegen eine derartige freche Verhöhnung und Verletzung des Hausrechtes und der persönlichen Freiheit in der demokratischen Republik auf das nachdrücklichste protestiert werden. Verschiedene Raub- und Lustmörder, die die ganze Bevölkerung aufs höchste erregten, laufen noch in der Freiheit herum; sie zu entdecken, ist die Polizei nicht klug genug. Zum nächsten Ueberfall auf ehrliche Leute dagegen besitzt sie die nötige Schlaueit und Energie.

Frankreich.

Drehsus.

Paris, 18. Juni. (Kassationshof.) Die Revisionsverhandlung des Prozesses Drehsus beginnt um 12 Uhr 5 Minuten. Der Präsident Baudouin-Beaupre führt den Vorsitz. Drehsus wohnt der Verhandlung nicht bei. Der Berichterstatter Moras verliest den Eröffnungsbeschluss; er betont, daß die Angelegenheit jetzt das Gebiet der Politik verlassen habe und zu einer reinen Sache der Rechtspflege geworden sei. Moras wirft dann einen Rückblick auf den Verlauf der Angelegenheit bis zur Stellung des Revisionsantrages. Er hebt die Punkte hervor, auf die der Justizminister den Kassationshof aufmerksam gemacht hat; dieselben stellen, führt er aus, drei neue Tatsachen dar; er glaube, diese hätten, wenn sie damals bekannt gewesen wären, die Meinung der Richter von Rennes ändern können.

Berichterstatter Moras bespricht sodann die von Drehsus verteidigte, Morand, eingereichte Revisionschrift, welche Kasserung des früheren Urteils ohne Rückverweisung fordert, und bemerkt dazu, der schriftliche Antrag des Generalstaatsanwalts halte von den 13 Revisionspunkten der Verteidigung nur 6 aufrecht, die übrigen Punkte stellten nur eine Bestätigung dessen dar, was dem Bericht zu Rennes schon bekannt war.

Die sechs aufrecht erhaltenen Revisionspunkte sind folgende: 1. Auffindung eines am 5. Januar 1895 von Guerin an das Gouvernement von Paris gerichteten Telegramms, in welchem der angeblichen Geständnisse Drehsus in keiner Weise Erwähnung getan wird. 2. Im Kriegsministerium ist das Konzept des Kommandanten Bayle über die Verwendung der schweren Artillerie aufgefunden worden, von dem im Prozesse zu Rennes behauptet worden war, daß Drehsus es an das Ausland ausgeliefert habe. 3. und 4. Die die Aussagen Cernuschi und Balarca betreffende Zwischenfälle. 5. und 6. Die Fälschung der Dokumente Nr. 26 und 27 des geheimen Dokuments.

Der Berichterstatter stellt dann fest, daß der Staatsanwalt Aufhebung des Urteils von Rennes, und zwar ohne daß Verurteilung zulässig sein soll, beantragt. Der Berichterstatter gibt dann einen Rückblick auf die in Rennes stattgehabten Prozesseverhandlungen und kommt zu dem Schlusse, daß die ganze Drehsus-Affäre eine Missifikation ist! Hierauf wird die Sitzung aufgehoben.

Aus der Partei.

Zu einer Frauenskizze im Anschluß an den Mannheimer Parteitag ruft in der „Gleichheit“ die Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands, Genossin Ottilie Baader-Berlin auf. Die Konferenz soll Sonnabend, den 22. September, morgens 9 Uhr, zusammenreten und nötigenfalls noch Sonntag nachmittags tagen.

Als provisorische Tagesordnung wird vorgeschlagen:

1. Bericht der Zentralvertrauensperson;
- a) Agitation, b) Presse;
2. Frauenstimmrecht;
3. Agitation unter den Landarbeiterinnen;
4. Die Dienstbotenbewegung;
5. Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen.

Als Referentinnen sind Genossinnen in Aussicht genommen, die sich mit den betreffenden Fragen eingehend beschäftigt haben; so für Punkt 2, Frauenstimmrecht, Genossin Jettin; für Punkt 3 Genossin Jich; für Punkt 4 Genossin Grünberg; für Punkt 5 Genossin Dunder.

Das Lokal ist noch nicht bestimmt. Anträge sollen bis zum 20. Juli an Genossin Baader eingekandt werden.

Eine Ehrengesellener Freiheitskämpfer fand am Sonntag in Kirchheimbolanden (Pfalz) statt. Eine Anzahl Genossen aus Rheinhessen und der Pfalz fanden sich zusammen, um das Andenken der am 14. Juni 1849 Gefallenen zu ehren. Der süddeutsche Liberalismus in seinen verschiedenen Färbungen hat diese Toten vergessen oder schämt sich ihrer und ihrer Taten; die Sozialdemokratie hat auch hier die Aufgabe übernommen, die der Liberalismus verraten hat.

Die Zwifligkeiten im Reichstagswahlkreise Sorau-Hork. Die Parteiverammlung, die am Freitag in Hork stattfand, war von 700 Genossen besucht. Entgegen den Vorschlägen des Vorsitzenden wurde nicht erst der Bericht der Prehkommmission entgegengenommen über die Gründe, die sie zur Kündigung des Genossen Wardwald geführt hatten, sondern sofort die Diskussion über einen Antrag eröffnet, Wardwald zum Reichstagskandidaten zu machen. Es wurde nur einem Redner für und einem gegen die Kandidatur Wardwald für je zehn Minuten das Wort gegeben. Der Genosse Berner, der gegen die Kandidatur redete, wurde häufig durch Lärm und Schlußrufe unterbrochen. Dann wurden die Stimmzettel ausgeteilt und ausgefüllt, und während nun eine Kommission die Stimmen zählte, wurde der Bericht der Prehkommmission über die Kündigung Wardwalds erstattet. Die Prehkommmissionsmitglieder schienen nach dem Bericht der „Rätklichen Volksstimme“ auf dem Standpunkt zu stehen, daß die Kündigung zu Unrecht erfolgt sei, daß nur persönliche Animosität gegen Wardwald vorliege. Einer von ihnen beantragte eine Kommission einzusetzen, die die gegen Wardwald erhobenen Beschuldigungen prüfen solle.

Gen. Marxwald nahm darauf das Wort und erklärte, er habe die Abstimmung nur zugelassen, weil er von sehr vielen Genossen bestimmt worden sei. Den Leuten, die die Situation geschaffen, müsse die Meinung der Genossen im Ortsverein für sich gelten. Nach seiner Erklärung in der Preßkommissionsitzung müsse er aber die Kandidatur, so ehrenvoll sie für ihn sei, ablehnen. Aber wenn er nur für sich verlassen müsse, so hoffe er, daß mit diesem System der Meinungsunterdrückung im eigenen Hause aufgeräumt werden wird. ... Private Meinungen seien einfließen worden, um ihm einen Strich zu drehen. Sein Privatleben, die Keinen Schwächen, die jeder Mensch habe, hätten erhalten müssen, um einen Mann zu verderben. Eine Kommission solle gemeinsam mit dem Parteivorstande in Berlin alle Beschuldigungen untersuchen und prüfen, ob er der Ehre sei, als der er hingestellt worden sei. Er wolle mit reinem Gewissen vor die königlichen Genossen treten. Er schließt: „Und wenn ihr untersucht habt und gefunden, daß ich euch nicht nur benehme, sondern auch emporklimmen, so werdet ihr auch des Mannes gedenken, der euch den Idealismus ins Herz gepflanzt hat, dann werdet ihr gegen die aufstretenden, die die Verleumdungen und Lügen gegen mich erheben. Es gilt für euch, aufzuräumen mit diesem alten System, dann den Daumen aufs Auge, das die Anie auf die Brust!“ (Langanhaltender Beifall.)

In die Kommission zur Untersuchung des Konflikts werden die Genossen Rood, Klein, Hartmann, Donad und Hoffmann gewählt. Das Resultat der Abstimmung über die Kandidatur Marxwald, das nun verkündet wurde, lautete: Gültige Stimmen 688, ungültig 18. Mit Ja haben 538, mit Nein 145 gestimmt. Ein Antrag auf Entlassung Wubers und Beschlagnahme der Geschäftsliste wurde mit Heftigkeit abgetan. Nachdem von Donad und Marxwald noch darauf hingewiesen wird, daß die Genossen die Animosität gegen die „Volkstimme“, ihr eigenes Unternehmen, fallen lassen sollen, da die Sache von der Person getrennt werden müsse, wird zum Schluß folgende von Rood eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Veremmlung protestiert gegen den Beschluß der letzten Preßkommissionsitzung, die ohne jegliche Gründe den Redakteur Marxwald aus seiner erfolgreichen Tätigkeit verbannt. Die Veremmlung spricht dem Gen. Marxwald ihre Anerkennung aus und beurteilt das Verhalten des Geschäftsführers Wuber und des Redakteurs Berner ganz entschieden.“

Sonderbar berühren muß den Unbeteiligten an der Rede des Genossen Marxwald die Selbstverweigerung in dem Satze: „... so werdet ihr auch des Mannes gedenken, der euch den Idealismus ins Herz gepflanzt hat.“ Glaubt Genosse Marxwald, daß vor seiner Tätigkeit kein Idealismus in der Forster Arbeiterschaft war?

Die „Märk. Volkstimme“ bringt in derselben Nummer, die den Veremmlungsbericht enthält, folgende Notiz:

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten sehen sich infolge der Vorgänge in der Forster Partei veranlaßt, darüber zu beraten, ob sie es noch mit ihrer Ehre vereinbaren können, für die Forster Partei eine ehrenamtliche Tätigkeit auszuüben. Sie werden am Sonntag in einer Fraktionsitzung über eine gemeinsame Mandatsniederlegung Beschluß fassen.

Personalien. Zum leitenden Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“ wurde Genosse Marxwald aus Forst i. L. gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Rechtlich geschützte Schimpffreiheit für den Amtsblattredakteur bedeutet der Ausgang des Prozesses, in dem, wie wir dieser Tage melden, Genosse Joos vom „Gothaer Volksblatt“ zu 300 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Genosse Joos hatte den inkriminierten Ausdruck „Hundsfott“ nämlich zur Charakterisierung einer wirklich hundsföttischen Anpöbelung gebraucht, die das Amtsblatt gegen die in den Kreisen des Jaren befindliche Genossin Lugenburg gebracht hatte. Der Amtsblattredakteur hatte amtliche Strafverfolgung „im öffentlichen Interesse“ verlangt und, nachdem die Staatsanwaltschaft abgelehnt und ihm bedeutet hatte, daß ihm eigentlich nur geworden, was er zu erwarten hatte, durch eine Beschwerde bei der Oberstaatsanwaltschaft auch erreicht. So war er gegen eine Widerlage des Genossen Joos gesichert. Die Beschimpfung von Sozialdemokraten muß also nach staatsanwaltschaftlicher und richterlicher Logik „im öffentlichen Interesse“ geschügt werden. Es ist dieselbe Logik, die wir bei der Klage des Ordnungsratters Liman bemundern durften. Der Sozialdemokrat darf nicht schimpfen, aber der Ordnungsmann, Klassenstaatsgerichtigkeit!

Die Beschlagnahme der Mannheimer „Volkstimme“ ist durch Verfügung vom 13. Juni durch das Mannheimer Amtsgericht bestätigt worden, da das Scholische Gericht „Blumenidyll“ in der beschlaggenommenen Nummer 158 den Tatbestand des § 184, Ziffer 1 des Reichs-Strafgesetzbuchs begründet. Dieser Paragraph bedroht mit Geldstrafe bis zu 300 M. oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten die Verbreitung „unzüchtiger Schriften“. So die Unzüchtigkeit in dem Scholischen Poem steht, das werden wohl nur „fittliche Normalmenschen“ im Sinne der unseligen Leg Heinze herausfinden können.

Gewerkchaftliches.

Eine Sonderorganisation der Metallarbeiter hat sich, ungedacht unserer Abmahnung, die wir in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ an die Beteiligten richteten, am Sonntag konstituiert. Die Veremmlung, die zu diesem Zweck einberufen worden ist, war von 600 bis 700 Personen besucht. Sie gab der neuen Organisation den Namen „Allgemeiner deutscher Metallarbeiterverband (Sitz Berlin)“ und nahm ein Statut an, welches sich in allen wesentlichen Punkten mit dem Statut des Deutschen Metallarbeiterverbandes deckt.

Ob die abweichenden Bestimmungen, welche man in das Statut aufgenommen hat, die gewünschte Wirkung haben werden, falls dem neuen Verband eine längere Lebensdauer beschieden sein sollte, das braucht hier nicht erörtert zu werden, denn wir halten die Neugründung, wie wir bereits am Sonnabend deutlich genug sagten, für eine Schädigung der Arbeiterinteressen und wünschen ihr deshalb keine Lebensdauer.

Zum ersten Vorsitzenden des neuen Verbandes wurde natürlich Wiesenhal gewählt.

Wir hatten erwartet, die unzufriedenen Mitglieder des Metallarbeiterverbandes würden doch schließlich der ruhigen Ueberlegung folgen und von einer Neugründung absehen. Ueber die Frage, ob man die Gründung eines neuen Verbandes für notwendig halte, diskutierten die Veremmlung am Sonntag überhaupt nicht mehr. Eine Kommission hatte einen Statutenentwurf ausgearbeitet, eine Vorschlagsliste für die Vorstandswahl aufgestellt, und die Vorschläge der Kommission gingen auch ohne erheblichen Widerspruch durch.

Wiesenhal, der zu Beginn der Veremmlung einige einleitende Ausführungen machte, erwähnte zwar unsere Aeußerung vom Sonnabend, ohne jedoch näher auf sie einzugehen. Er glaubte vielmehr, über unsere Warnung vor einer Organisationszerstückelung letzten Herzens hinweggehen zu können, indem er sich und seine Zuhörer damit beruhigte: Die Aeußerung in unserer Sonnabendnummer sei wohl nur veranlaßt durch einen Artikel in der letzten Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung“, der eine Stellungnahme des „Vorwärts“ in dieser Sache erwartete. Der „Vorwärts“-Artikel — meinte Wiesenhal ebenso „richtig“ weiter — sei ja nicht von der Redaktion unterzeichnet, er gebe also nicht die Meinung der Redaktion, sondern nur die Ansicht eines einzelnen Redakteurs wieder.

Genosse Wiesenhal könnte eigentlich wissen, daß Aeußerungen im „Vorwärts“, die nicht ausdrücklich als Ansichten eines einzelnen gekennzeichnet sind, als Meinung der Redaktion betrachtet werden müssen. Um hierüber bei den Mitgliedern des neuen Verbandes keinen Zweifel aufkommen zu lassen, sei ausdrücklich erklärt, daß

es in der vorliegenden Frage weder in der Redaktion des „Vorwärts“, noch in den Kreisen derjenigen Arbeiter, die ihr Klasseninteresse richtig begriffen haben, eine Meinungsverschiedenheit geben kann. Die Gewerkschaftsbewegung würde ja zu einer bloßen Vereinspielerei herabsinken, wenn es jedem, der mit der einen oder anderen Einrichtung einer Organisation nicht zufrieden ist, oder der sich durch die Instanzen der Organisation in seinen Rechten gekränkt fühlt, gestattet sein sollte, eine neue Organisation zu gründen.

Der Mangel und Mißstände innerhalb seiner Organisation gefunden hat, der hat erst recht die Pflicht, innerhalb der Organisation für Abstellung der Mängel und Mißstände zu wirken. Keineswegs kann ihm das Recht zugesprochen werden, mit der Gründung einer neuen Organisation hervorzutreten, die notwendigerweise mit der bereits bestehenden Organisation heftige Bruderkämpfe auszulösen hat zur Freude der Unternehmer und zum schweren Schaden der Interessen der gesamten Arbeiterschaft. Aus diesem Grunde kann der leider nunmehr gegründete Allgemeine deutsche Metallarbeiterverband, dem ja einseitig nur Berliner Kohlegeher angehören, nur als eine, die gewerkschaftliche Bewegung der Metallarbeiter zersplitternde Organisation angesehen werden.

Hoffentlich kommen die Anhänger Wiesenhals, da ihre Organisation auf Anerkennung in der modernen Arbeiterbewegung nicht rechnen kann, doch noch zu der Einsicht, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, den Schritt, den sie in vielleicht berechtigter Erbitterung getan haben, wieder zurückzugeben. Nur die einheitliche Organisation der Arbeiter ist in der Lage, den Kampf mit dem Unternehmertum erfolgreich zu führen.

Bisher hat leider der Verband nichts getan, um der Zersplitterung vorzubeugen. Vermittlungen wurden zurückgewiesen und verteuert. Dadurch ist zweifellos die Neugründung erleichtert worden, mit der man rechnete wie mit einer unabwehrbaren Tatsache. Die Frage ist wohl berechtigt: Wie ist so etwas möglich?

Dankt es sich für den Verband wirklich bloß um eine Kleinigkeit, mit der zu rechnen man nicht nötig hat?

Da nur ein Drittel der Kohlegeher in der konstituierenden Veremmlung anwesend war, ist die Fassung berechtigt, daß der größere Teil doch in letzter Stunde noch zur Veremmlung gekommen ist. Hoffentlich sorgt der Verband dafür, daß diese Kollegen den Anschluß an die Organisation leicht wiederfinden.

Berlin und Umgegend.

Zur Buchbinder-Veremmlung. Mit was für Elemente sich die Arbeitgeber abgeben, um ihr ausgesperrtes Personal zu ersetzen, zeigte sich drastisch am gestrigen Tage.

Erschien da auf dem Bureau des Vorstandes des Buchbinderverbandes ein Tscheko namens J. J. Niala, angeblich wohnhaft bei Frau Barnde, Schöneberg, Rodurgerstraße 12, der behauptete, von der Firma Wübbers u. Co., Großbuchbinderei, beauftragt zu sein, Streikbrecher in Wöhmen anzuwerben. Ihm sei dies auch gelungen, indem 24 bis 26 Exemplare dieser „nützlichen“ Menschenpreise in Prag bereit ständen, auf telegraphischen Wink nach Berlin überzusiedeln. Er würde dann 250 M. Provision von der Firma Wübbers u. Co. bekommen, wolle sich aber dies „Sündergeld“ nicht verdienen, weil er selbst organisierter Buchbinder sei. Man möge ihm aber die gehaltenen Ankosten in Höhe von 70 bis 80 M. seitens des Buchbinderverbandes ersetzen. Zur Beurlaubung seiner Angaben zeigte er auch wirklich einen Brief von der Firma Wübbers u. Co. vor, um schneller in den Besitz der 70 bis 80 M. zu kommen.

Wlein, man hupfte nicht so schnell auf den Leim, sondern fühlte dem Vorfürschen etwas näher auf den Zahn, wobei er sich so in Widersprüche verwickelte, daß man zur authentischen Feststellung einen Schuhmann herbeirief, der anfangs keine Lust zu haben schien, den Gentleman mit auf die Waage zu nehmen, es aber auf Drängen des Vorsitzenden des Verbandes schließlich doch tat.

Und das war gut so, denn auf der Polizeiwache entpuppte sich der „edle Kollege“ nicht nur als angeblicher Zimmerpolier, sondern auch als gefuchter Junge, mit dem die Polizei anscheinend noch ein Sündergeld zu pflücken hat.

Die Firma Schmalisch u. Selow sendet uns folgende Berichtigung:

Auf Grund des § 11 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 ersuchen wir Sie, folgende Berichtigung in die nächste Nummer Ihrer Zeitung aufzunehmen:

„In Ihrer Nummer 135 vom 14. er. bringen Sie einen Veremmlungsbericht, in welchem sich die Behauptung befindet, daß bei unserer Firma Affordarbeit angefertigt wird und daß aus diesem Grunde unsere Firma gesperrt sei. Diese Behauptung ist untauer! — Wir erklären hiermit, daß bei unserer Firma seit langen Jahren Affordarbeit nicht mehr ausgeführt wird, sondern die Entlohnung ausschließlich gemäß den vor dem Gewerbegericht abgeschlossenen Tarifverträgen erfolgt und daß eine Beschwerde wegen angeblicher Affordarbeit bei uns niemals eingegangen ist.“

Deutscher Buchbinderverband (Zahlstelle Berlin). Am Sonnabend fand eine Veremmlung der ausgesperrten Buchbinder statt, in der Kollege Mar mitteilte, daß die Prinzipale es abgelehnt haben, mit den Ausgesperrten in Verhandlungen vor dem Gewerbegericht einzutreten. Ebenso ist ein Einigungsversuch, angeregt vom Gesellenausschuß und der Innung, gescheitert. Scharfe Kritik erfährt das von den Unternehmern herausgegebene und an die Ausgesperrten versandte Flugblatt. Als Antwort darauf ist eine Extraausgabe der „Buchbinder-Zeitung“ erschienen. Die Unternehmer haben schwarze Listen herausgegeben, auf denen alle Ausgesperrten verzeichnet sind. — Ein Antrag wurde der Ortsveremmlung überwiesen, worin verlangt wird, daß den Ausgesperrten, soweit sie Abonnenten des „Vorwärts“ sind, die Zeitung während der Dauer des Ausstandes unentgeltlich überwiesen wird. Auch die Maßnahmen der Polizei wurden geäußert. Alle Strafmandate lauten übereinstimmend auf 30 M. I. So tarifierte wie die Polizei sind die Prinzipale nicht! Mit einem Hoch auf die Organisation schloß die gutbesuchte Veremmlung.

Metallarbeiterausperrung in Ober-Schöne-weide. Das gesamte Personal der Ritzwerke in Ober-Schöne-weide in einer Anzahl von circa 1000 ist seit dem gestrigen Tage ausgesperrt worden. Den Anlaß zu dieser Aussperrung ergaben Differenzen, die zwischen den Arbeitern der Preßluftabteilung (circa 40 Mann) und der DIRECTION ausgebrochen waren. Am 1. Juni schon kam es zwischen dieser Abteilung und der Fabrikleitung zu Differenzen, die jedoch durch Zugeständnisse der Firma beigelegt wurden. Leider wurden diese Abmachungen seitens der Firma nicht eingehalten und waren die Arbeiter der Preßluftabteilung gezwungen, gestern in den Streik zu treten. Daraufhin wurde den Arbeitern des Werkes bekanntgegeben, daß alle Arbeiter ausgesperrt seien. Von der Aussperrung nicht betroffen werden sollten die Arbeiter, denen durch ihre Meister weitere Arbeit zugesichert sei.

Eine gestern abend abgehaltene Veremmlung der Ausgesperrten beschloß, daß von den bestellten Arbeitern, von denen in der Veremmlung 108 gezählt wurden, gleichfalls niemand weiter arbeiten solle. Heute morgen 8 Uhr findet eine Veremmlung der Ausgesperrten statt, in der weitere Beschlüsse gefaßt werden.

Deutsches Reich.

Hannover, den 18. Juni. Die Arbeiter der Hannoverischen Gummiwarenfabrik haben heute sämtlich die Arbeit niedergelegt, wegen Ablehnung der gestellten Forderungen.

In dem Emailierwerk von B. Giby in Düsseldorf haben die Arbeiter der Stanzerei die Kündigung eingereicht. Trotz guter Konjunktur und Lebensmittelerhöhung wurde der Verdienst immer schlechter. Differenzen wegen ungenügender Affordpreise waren an der Tagesordnung. Einige Planierer waren schon, des ewigen Heißhagens müde, von selbst gegangen. Die Arbeiter verlangen vor

allem ein Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Affordpreise und der Verteilung der Affordarbeit. Erst vor einigen Tagen haben die Emailierwerke Deutschlands wieder eine Erhöhung der Verkaufspreise beschlossen, welche sie u. a. mit erhöhten Arbeitslöhnen motivieren. In den Düsseldorf Emailierwerken sucht man trotzdem fortwährend die Affordpreise zu drücken. Emailierwerksarbeiter, welche von auswärts zuziehen, sind immer schwer enttäuscht. Wir ersuchen deshalb um Fernhaltung des Zuzuges.

Die Ortsveremmlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Ein Angriff auf das Koalitionsrecht. Die Schächler (Wöttcher) in München haben den Unternehmern einen Tarifentwurf vorgelegt, um die denkbar schlechtesten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Berufe wenigstens einigermaßen zu verbessern. Vor dem Einigungsamt wurde auf der Basis von Mindest-Löhnen verhandelt, die Unternehmer lehnten aber in einer Veremmlung die provisorisch festgelegten Vereinbarungen ab, worauf die Gehältern der Werkstätte von Götzfried u. Seibold die Arbeit niederlegten. Die Raffabrilanten und Schächlermeister sahen hierauf den Beschluß, sämtliche organisierte Schächler auszusperrten und diejenigen Gehältern, die auf eine Weiterarbeit reflektierten, durch Unterschrift zu verpflichten, aus dem Zentralverein der deutschen Wöttcher auszutreten und die Streikenden in keiner Weise zu unterstützen. Wie im vorigen Jahre die Metall- und Bauarbeiter, so haben auch die organisierten Schächler die ihnen gestellten Forderungen einmütig zurückgewiesen, worauf sämtliche organisierten Schächler ausgesperrt wurden. Von der Aussperrung wurden Arbeiter betroffen, die 15 bis 27 Jahre in ein und demselben Betriebe arbeiteten. — Zuzug von Wöttchern nach München ist strengstens fernzuhalten.

Der Streik der Klopfer in Hamburg, der gestern dort ausgebrochen ist, hat sofort eine große Anzahl Bewilligungen der Arbeiterforderungen gebracht. Wie uns eine Privatbesuche meldet, arbeiten zu den neuen Bedingungen 534 Mann, während 641 Arbeiter sich im Ausstand befinden.

Einen außerordentlich schweren Kampf haben die Raler und Aufsteiger in Königsberg durchzumachen. Am 1. April wurden sie von den Meistern ausgesperrt und heute ist noch nicht abzusehen, wenn der Kampf beendet sein wird. Wäge der Zuzug strenge ferngehalten werden, da die Raler alles daransehen müssen, um nicht zu unterliegen. Die Arbeitgeber verlangen nichts mehr und nichts weniger als den Eintritt in die von ihnen gegründete „Krisische“ Streikbrecherorganisation. Der diesem „Verbande“ nicht angehört, erhält keine Arbeit. Es gelang den Ralern über 200 Arbeitskräfte abzuschließen. Jetzt versuchen die Unternehmer, diese Leute brotlos zu machen, um sie als Arbeitswillige zu gewinnen. Es soll nämlich ein Unternehmerverbandstag einberufen werden, um die Provinzmeister zu veranlassen, und wenn möglich durch eine Konventionalstrafe zu verpflichten, keine Königsberger Gehältern mehr zu beschäftigen.

Ein außerordentlich schweren Kampf haben die Raler und Aufsteiger in Königsberg durchzumachen. Am 1. April wurden sie von den Meistern ausgesperrt und heute ist noch nicht abzusehen, wenn der Kampf beendet sein wird. Wäge der Zuzug strenge ferngehalten werden, da die Raler alles daransehen müssen, um nicht zu unterliegen. Die Arbeitgeber verlangen nichts mehr und nichts weniger als den Eintritt in die von ihnen gegründete „Krisische“ Streikbrecherorganisation. Der diesem „Verbande“ nicht angehört, erhält keine Arbeit. Es gelang den Ralern über 200 Arbeitskräfte abzuschließen. Jetzt versuchen die Unternehmer, diese Leute brotlos zu machen, um sie als Arbeitswillige zu gewinnen. Es soll nämlich ein Unternehmerverbandstag einberufen werden, um die Provinzmeister zu veranlassen, und wenn möglich durch eine Konventionalstrafe zu verpflichten, keine Königsberger Gehältern mehr zu beschäftigen.

Ausland.

Streit in der Ausstellung. Die Arbeiter und Angestellten der Ostländer Ausstellung sind in den Ausstand getreten.

Die letzte Hoffnung verfliegt. Petersburg, 18. Juni. (B. S.) Auf den Befehl des Ministers des Innern, Truppen zum Schutze der Landgüter abzuziehen, antwortete der Gouverneur von Koltawa, dies sei unmöglich, da die Truppen unzuverlässig seien und die erste Gefahr bestiehe, daß dieselben mit den Bauern gemeinsame Sache machen würden. Es wird nun aus anderen Gouvernements, wo verlässliche Truppen sind, Militär entsandt werden.

Unruhen.

Petersburg, 18. Juni. (B. S.) Nach Meldungen aus Charkow mußten von dort Dragoner nach Kupjansk entsandt werden, wo ernste Unruhen ausgebrochen sind.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Kind, kein Engel ist so rein . . .

Petersburg, 18. Juni. (B. S.) Die Petersburger Telegraphenagentur ist ermächtigt, die in Petersburg Blättern enthaltene Meldung von einer gestern in Peterhof abgehaltenen außerordentlichen Sitzung und von den in dieser Sitzung gefaßten Beschlüssen für gänzlich falsch und böswillig erfinden zu erklären. Nach diesen Meldungen sollte in dieser Sitzung eine endgültige Entscheidung bezüglich der Reichsduma getroffen und bereits seit längerer Zeit ein kaiserlicher Ukas zur Auflösung der Duma ohne Datum erlassen sein, zu dessen Ausführung der Ministerpräsident ermächtigt sei, sobald er den Zeitpunkt dafür als gekommen betrachte.

Die Opfer der Revolution.

Belostok, 18. Juni. (B. S.) Heute hat die Beerdigung von 79 bei den letzten Unruhen getöteten Personen stattgefunden.

Das englische Unterhaus und die russische Revolution.

London, 18. Juni. Unterhaus. Thorne (Arbeiterpartei) fragt an, ob eine britische Flotte zu einem offiziellen Besuche nach Kronstadt geschickt würde, und ob weitere Schritte in bezug auf bestimmte, freundschaftliche Abmachungen mit Rußland unternommen würden, Vorstellungen bei der russischen Regierung wegen des Auftretens von Beamten gegen das russische Volk erhoben werden sollten. Als der Staatssekretär des Auswärtigen erwidert, daß er nicht in der Lage sei, derartige Vorstellungen zu machen, stellt Thorne die Frage, welchen Zweck denn die Entsendung der britischen Flotte nach Kronstadt verfolge, und ob Sir Edward Grey Kenntnis davon habe, daß in Riga Anaben und Wäldchen hingerichtet worden seien. Sir Hardie stellt dann an Grey die Anfrage, ob er in den Zeitungen das von fünf Mitgliedern der Duma unterzeichnete Telegramm gesehen habe, nach dem die Judenmorde in Bialystok noch fortgesetzt werden sollten und diese offiziell von der russischen Regierung begünstigt würden, und ob das nicht Grund genug für eine Amtshilfe sei, um ihren Einfluß bei der russischen Regierung geltend zu machen, daß solchen Verbrechen gegen die Zivilisation Einhalt getan würde. Sir Edward Grey erwidert, daß er die Depesche in den Zeitungen gelesen habe, aber keine amtliche Kenntnis irgendwelcher Art davon besähe. Was den Flottenbesuch anbelange, so beabsichtige die Admiralität, im Sommer eine Flotte zu einer Kreuztour nach der Ostsee zu schicken, in deren Verlauf nach den bisherigen Festsetzungen diese Flotte schwedische, deutsche und russische Häfen besuchen solle. Es dürfte verfrüht sein, anzunehmen, daß Ereignisse eintreten würden, die die Admiralität veranlassen würden, Änderungen an diesen Dispositionen vorzunehmen. Als Sir Hardie dann weiter fragt, ob im Falle der Fortdauer der Revolution Befehl zum Rückzug russischer Häfen als Zeichen der Mißbilligung Englands gegeben werden würde, erwidert Grey, daß er seiner bereits erteilten Auskunft nichts hinzufügen könne.

Eine englische Intervention?

London, 18. Juni. (B. S.) Das Reutersche Bureau erfährt, daß im Auswärtigen Amt ernste Vorstellungen wegen der Ereignisse in Belostok erhoben werden. Lord Roßchild hatte heute nachmittags eine Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen Sir Edward Grey.

Raffiertes Mandat.

London, 18. Juni. (B. S.) Das Mandat des liberalen Parlamentsmitgliedes für Bodenin, Roberts, ist wegen Wahluntriebe für ungültig erklärt worden.

Jaurès' Rede über den Zukunftsstaat.

Paris, 15. Juni.

Die Wahlen haben die radikale Partei auch wieder gebracht und damit die bürgerliche Demokratie vor ihre Schicksalsfrage gestellt. Sie muß entweder ihr Reformprogramm durchführen oder vor den arbeitenden Massen ihren politischen und moralischen Bankrott bekennen. Welche von diesen beiden Möglichkeiten wünschenswert und wahrscheinlich ist, darüber ist in der sozialistischen Partei in der letzten Zeit lebhaft diskutiert worden. In jedem Falle ist für die Sozialisten die Zeit gekommen, dem Lande nicht nur die Inkonsequenz und die Unredlichkeit der Radikalen, sondern auch die Unzulänglichkeit der bourgeoisradikalen Lösungen selbst darzulegen und die weiter tragende Kraft des sozialistischen Programms zu erweisen. Dieser Aufgabe hat sich Jaurès unterzogen, der in einer den größten Teil zweier Parlamentssitzungen ausfüllenden Rede, deren rhetorischer Glanz namentlich in ihrem zweiten Teile dem ganzen Hause Bewunderung abzwang und deren polemische Schärfe den Regierungsmännern — vor allem Herrn Clémenceau — sichtlich unangenehm wurde, mit dem Regierungsradikalismus abrechnete und seine Auffassung von der Verwirklichung der sozialistischen Ziele darlegte. Die Radikalen, zu denen diesmal — bei dem sozialökonomischen Thema — nicht nur die Merikalen und die Monarchisten gehörten, versuchten Jaurès mit höhnischen Zwischenrufen aus dem Konzept zu bringen, aber ihre Heiterkeit hatte keinen echten Klang.

Jaurès legte besonderes Gewicht auf die Frage, ob die Vergegensetzung der Produktionsmittel mit einer Entschädigung der Kapitalisten verbunden werden könne. Man mag diese Frage vielleicht nicht von drängender Aktualität finden, aber in den Tagen, da die Duma die Landzuteilung an die Bauernschaft vermittelst einer Expropriation in großen Stil berät, erscheint das Problem der Expropriation der Expropriateure vor der internationalen Bourgeoisie in einer unheimlich greifbaren Gestalt. Für die ganz besondere Unwissenheit der französischen Bourgeoispolitiker in ökonomischen Dingen ist es übrigens charakteristisch, daß die törichte Einwendung eines Reaktionen, daß die entschädigten Kapitalisten ihr Einkommen zu neuerlicher Profitmacherei ausnützen würden, so ziemlich von der ganzen bürgerlichen Presse als eine schlagende Widerlegung der von Jaurès vertretenen Auffassung behandelt wird! Der Rentierverband des französischen Normalbürgers hat eben keine Ahnung davon, daß aller Profit aus der Ausbeutung der Lohnarbeit stammt und daß das schönste „Kapital“ nichts nützt, sobald die kapitalistische Mehrwertproduktion aufhört.

Jaurès begann mit einer scharfen Kritik der arbeitserfindlichen Haltung der Regierung während der Streikbewegung: Man mag darüber streiten, ob die Arbeiterkonföderation richtig vorgegangen ist, aber darum bleibt das Unternehmen der Arbeiter, durch Vereinigung ihrer Gewerkschaften eine selbständige Kraft, eine wahre Organisation der ganzen Arbeiterklasse zu errichten, von höchster Bedeutung. Doch die Regierung hat sich gegen diese Bewegung in einer Art verhalten, daß heute in der ganzen Arbeiterklasse das Gefühl herrscht, daß ihre Freiheit, ihr Streikrecht verletzt wurde. Die Regierung ist mit Unredlichkeit und Gewalt vorgegangen. Sie hat die Leiter der Konföderation verhaften lassen, gerade am Vorabend des großen Kampfes und sie nachher wieder auf freien Fuß gesetzt, ohne daß sie bis heute wissen, wessen sie eigentlich angeklagt sind. Der Zweck aber war erreicht: Die Bewegung war desorganisiert und beinahe entehrt durch den Verdacht einer Verbindung mit den Reaktionen, den man auf die Arbeiter hatte fallen lassen. Wahrscheinlich die Arbeiterklasse hat ein Recht darauf, unter der Republik, um die sie sich immer in der Zeit der Gefahr gekämpft hat, anders behandelt zu werden.

Die Haltung der Regierung hat zwei Gründe. Der erste war die feige Rücksicht auf die Panik, die die Reaktionen künstlich erzeugt hatten. Der zweite aber ist die Unfähigkeit: für die soziale Frage, die die Bewegung der Gewerkschaften vor dem Lande in ihrer ganzen Größe aufgerollt hatte, eine Lösung zu finden. Der Minister des Innern ist ein Meister in der negativen Kritik, aber die Zeit der bloßen Kritik ist heute vorbei. Doch so lange als die Majoritäten keine Lösung des sozialen Problems gefunden haben, werden die Regierungen in ihrer Ratlosigkeit immer geneigt sein, ihr Mißvergnügen durch eine übermäßige Verwendung von Polizei und Militär auszudrücken. Geben Sie acht: die heutige Gesellschaft, die Sie wohl zu kritisieren, aber nicht zu ersetzen wissen — (Eine Stimme im Zentrum: „Sie ebenso wenig!“) — ja, glauben Sie, daß ich auf die Tribüne gestiegen bin, um auch nur einem einzigen Problem auszuweichen? Ich sage Ihnen: die heutige Gesellschaft ruht nicht auf breiten Grundlagen. Ich bestreite nicht, daß in der französischen Mittellasse eine gewisse Akkumulation von Kapital vorhanden ist, und man wird in der Tat bei der Umgestaltung der Gesellschaft diese Interessen schonen und für Entschädigungen sorgen müssen. Aber wissen Sie, was die vom Finanzministerium veröffentlichten Erbschaftsstatistiken über die wirkliche Verteilung des Eigentums im Lande ausagen? Es ist wahr, daß die Hinterlassenschaften von 1000 bis 100000 Franc ein Kapital von 23 Milliarden repräsentieren, daß ferner die Hinterlassenschaften von 10000 bis 100000 Franc, die einer Bevölkerung von 1800000 Menschen entsprechen, 50 Milliarden darstellen. Aber während jährlich in Frankreich 800000 bis 900000 Menschen sterben, erreicht die Zahl der Nachlassenerklärungen nicht 400000. Rechnet man die Minderjährigen ab, so bleiben noch immer 300000 Personen pro Jahr, die im ganzen eine Zahl von 15 Millionen repräsentieren. 15 Millionen Franzosen gehen also nach einem Leben voll Mühen dahin, ohne einen Centime zu hinterlassen. 221000 Individuen aber — nicht einer mehr — besitzen 105 Milliarden von den 176, die sich nach der Statistik als Gesamtvermögen der 86 Millionen Franzosen ergeben!

Woher kommt nun der ungeheure Abstand zwischen dem tiefsten Reichtum der einen und dem Nichts der anderen? Woher sonst, als von dem endlosen Tribut, den die Besitzer des Kapitals von der produktiven Arbeit der Millionen Bürger erheben. Wir aber rufen Ihnen zu: Wollen Sie die produzierenden Menschen dazu verdammen, unter dieser Eigentumsform zu leiden? Und wäre eine Gesellschaft, in der alle Arbeitsmittel, die Erde, die Werkstätten, die Werkzeuge, die Werkstoffe nicht mehr von einer Minderheit von Kapitalisten, sondern von der Gemeinschaft der vereinigten Produzenten besessen würden, nicht besser, gerechter, menschlicher? Antworten Sie, ehe Sie verdammen! Jawohl, diese Umgestaltung — (Marquis v. Dion ruft: „Nein, diese Expropriation!“) — nun ja, diese Expropriation ist es, die die Sozialisten fordern. Wenn Sie aber, trotz ihrer Vorurteile, trotz der billigen Ironie, die ja angebracht neuer Gesellschaften so leicht ist, anerkennen müssen, daß jene Gesellschaft gerechter wäre, dann bitten Sie sich! Denn wenn Sie sie trotzdem für unmöglich erklären, dann verdammen Sie offen den Bankrott der menschlichen Vernunft.

Aber diese Umwandlung ist möglich, möglich nach Ihren eigenen Gesetzen und nach den erkannten Gesetzen der menschlichen Natur. (Höhnisches Gelächter und Widerspruch rechts und im Zentrum.) Es ist mir nichts Neues, daß derjenige, der das Bild einer neuen Gesellschaft entwirft, auf Hohn und Spott stößt. Aber nicht die Verurteilungen von heute sind es, an die wir uns wenden, sondern das allgemeine Stimmrecht von morgen! Doch da Sie mich drängen, Ihnen im voraus den Plan der neuen Gesellschaft zu entwerfen, die das Proletariat errichten wird, wenn es die Macht erlangt haben wird, habe ich das Recht, Ihnen zu sagen, unter welchen Bedingungen die Definition dieser neuen Gesellschaft möglich ist. Sie dürfen nicht verlangen, daß man Ihnen die historischen Details dieser Umwandlung vorherzählt. Um nur ein Bei-

spiel zu nennen, ist es unmöglich, zu wissen, ob die allgemeine Expropriation des bürgerlichen und kapitalistischen Eigentums mit einer Entschädigung verbunden sein wird oder nicht. (Wütender Widerspruch.) Ah, meine Herren, welches lehrreiche Beispiel! So lange man Minister und Regierungen angreift: Stille und Aufmerksamkeit! Aber sobald man sich an das wesentlichste Problem wagt, sobald man auf dieser Tribüne das Eigentum auf Tapet bringt, dann geraten alle Fibern, die ganze Substanz der Menschen in Erregung.“

Der Redner weist an der Hand der sozialistischen Literatur nach, daß die bedeutendsten Vorläufer der Arbeiterklasse einer Entschädigung der Kapitalistenklasse zugestimmt haben. Er beruft sich auf Marx, Kautsky, Vandervelde, Liebknecht. Er fügt aber hinzu: „Ich bin nicht so eitel und unbillig, der Arbeiterklasse im vordem Bedingungen stellen zu wollen. Ich erkläre das Recht der Arbeit für souverän, und ich werde in jedem Falle mit ganzem Herzen und mit meinem ganzen Geiste an dem notwendigen Werke der Umwandlung teilnehmen.“ — Im weiteren führt Jaurès die Ansicht aus, daß sich die allgemeine Expropriation auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, aus dem Titel des „öffentlichen Nutzens“ beschließen lasse. Dann spricht er über die Aufgaben, die die sozialistische Gesellschaft nach der Vergegensetzung der Produktionsmittel zunächst zu erfüllen haben werde. Er sagt vor allem dreierlei ins Auge: Die Errichtung gesunder Wohnungen sowie die Unterstützung der genossenschaftlich vereinigten Kleinbauern, zweitens eine ausreichende Versicherung nicht nur der Lohnarbeiter von heute, sondern auch der heutigen Mittelklasse gegen die Gefahren des Lebens, endlich eine unmittelbare Erhöhung des Arbeitsentgelts. Der Redner veranschlagt die Höhe der Summe, die für die genannten Zwecke frei würde, auf reichlich 7 bis 8 Milliarden Franc jährlich. Im weiteren bespricht er die Notwendigkeit der fortschreitenden Demokratisierung der Staatsverwaltung, die Entwicklung autonomer Körperschaften. Dann fährt er fort: „Sie können unsere Lehre verurteilen, sie für eine Utopie erklären, aber Sie sind verpflichtet, uns zu sagen, wie Sie die soziale Entwicklung aufstellen.“ Jaurès erinnert an die Versprechungen der radikalen Partei in der Zeit, da sie noch eine machtlose Minderheit war. Im Jahre 1885, als die sozialistische Partei kaum über ein Dutzend Propagandisten verfügte, erließen die radikalen Blätter „Rappel“, „Radical“ und „Justice“ — der Herausgeber dieses Blattes war damals Herr Clémenceau — einen Aufruf, worin es hieß: „Wer heute kein Sozialist ist, ist auch kein Republikaner.“ — Heute aber sind Sie an der Macht, Sie verfügen über eine parlamentarische Majorität und über die Regierung. Und nun frage ich Sie: Was wollen Sie tun, um die Proletarier von der Lohnknechtschaft zu erlösen und — nach der politischen Republik — die soziale zu verwirklichen? Sprechen Sie nicht von der Feilbarkeit der menschlichen Vernunft! Das haben die Männer der großen Revolution auch nicht getan, als sie System gegen System setzten und im Hochflug höherer Gedanken eine neue Welt schufen. Und nun ist auch für uns, für unsere Gesellschaft die Stunde gekommen, das Geheimnis zu enthüllen, wie sie ihren Traum von Gerechtigkeit verwirklichen will. Wir haben gesprochen unter unserer Verantwortung und auf unsere Gefahr. Sprechen Sie nun!“

Der Eindruck von Jaurès' Rede, die auch rein als oratorische Leistung eine außerordentliche parlamentarische Gegebenheit darstellte, war sehr bedeutend. Man nahm an, daß Clémenceau, der bei Jaurès' Angriffen eine große Nervosität an den Tag gelegt hatte, sich erheben würde, um sich und die Bourgeoisdemokratie, deren glanzvollster Sprecher er ohne Zweifel ist, zu verteidigen. Vorläufig wich er indes dem mit großer Spannung erwarteten Duell aus. Er wird erst in der nächsten Woche das Wort ergreifen. Dazwischen war der Kammer gestern eine andere „Sensation“ beschieden: Herr Vidry, der Gelbe, hielt seine — wenn man das Wort bei diesem profanierten Aposchächer anwenden darf — „Jungferrede“. Die Rechte behauptete sich mit ziemlichem Mundfertigkeit und viel Freiheit vorgebrachtes Geschwätz mit demonstrativem Applaus, und die reaktionäre und gemäßigtere Presse preist die Rede als Offenbarung von Weltweisheit. Vidry rühmte sich seines Verdienstes, den Gewerkschaften bei ihren Kämpfen in den Rücken gefallen zu sein und Arbeiterorganisationen zur Verteilung des Kapitalprofits ins Leben gerufen zu haben. Der Wadere stellte sich als Vorkämpfer einer „Partei“ vor, die — im Gegensatz zum Sozialismus — auf die Verallgemeinerung des Privateigentums hinstrebe.

Nicht der einfältige Inhalt der Rede, sondern der Widerwille gegen die unsaubere Verhöhnlichkeit des Redners rief bei den Sozialisten stürmische Kundgebungen hervor. Aber auch bei den anscheinend Reuten aller Parteien trat der Unwille über die unappetitliche Episode dieses sich ernst gebenden Handworts zu Tage, die in die Diskussion der größten Frage der Menschheit einen lächerlichen und widerwärtigen Nistgen gebracht hatte.

XV. Generalversammlung des Verbandes der Brauereiarbeiter.

Köln, 16. Juni.

Vierter Verhandlungstag.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wird in der Beratung der vorliegenden Anträge fortgefahren. Angenommen werden zunächst verschiedene Anträge formaler Natur, die mit der Ablehnung eines weiteren Ausbaues des Unterstützungszweckes zusammenhängen. Weiter wird ein Antrag angenommen, bei Arbeitslosigkeit eine Kontrolle der Arbeitslosen einzuführen. Wer die ihm angewiesene Arbeit nicht annimmt oder die von der Organisation anerkannten Arbeitsnachweise nicht benutzt, soll der Unterstützung verlorren gehen. Eine lebhafte Debatte ruft ein Vorstandsantrag hervor, die Gewahrgeltenunterstützung in Höhe der Streikunterstützung festsetzen zu können. Der Antrag gelangt schließlich mit 24 gegen 11 Stimmen zur Annahme. Unter „Rechtschutz“ wird beschlossen, in allen Streitfällen, die sich auf die Arbeitslosenversicherungsgesetze beziehen, den Mitgliedern den erbetenen Rechtschutz zu gewähren. — Eine mehrere Stunden lange Debatte rufen dann die Anträge hervor, die sich auf das Verwaltungsverfahren (Anstellung von mehr Gauleitern, Lokalbeamten und dergleichen) beziehen. Angenommen wird schließlich folgender von Hähnelein-Hannover begründeter Antrag: „Der Verbandstag beschließt, daß der Hauptvorstand in Verbindung mit dem Ausschuss berechtigt ist, an solchen Orten und Bezirken Beamte anstellen oder Agitationszweckes gewähren zu können, wo sich dies notwendig macht.“ Des ferneren wird dazu beschlossen, den Sitz des Bundes I von Posen nach Schlesien zu verlegen, und auf Antrag Erfurt, alljährlich Gauleitertag abzuhalten. — Ein weiterer Antrag, der besagt, daß die Zerspaltung der Berufsgruppen durch Bildung von Sektionen innerhalb einer Zahlstelle verhindert werden soll, wird nach recht lebhafter Debatte in dem Sinne angenommen, daß die Forderung möglichst zur Innehaltung empfohlen wird.

Sodann wird ein Antrag Tröger-Perlin, der das viel kritisierte, vom Vorstande eingeführte Wahlreglement für ungültig erklärt wissen will, mit 21 gegen 20 Stimmen abgelehnt. — Angenommen wird ein Antrag, zu den Generalversammlungen auf je 500 Mitglieder einen Delegierten zu wählen. — Eine Resolution in Bezug auf Einberufung von außerordentlichen Verbandstagen soll in Zukunft dann stattfinden, wenn ein Drittel der Verbandmitglieder dies beantragt.

Zur Verhandlung steht dann weiter die „Fachpresse“. Zunächst wird dazu beschlossen, den bisherigen Namen „Brauereiarbeiter-Zeitung“ in „Brauereiarbeiter-Zeitung“ umzuändern. Ueber den Inhalt des Fachorgans erhebt sich eine leb-

hafte Debatte nach der Richtung, daß sämtliche Redner mit der Haltung und dem Inhalt der „Brauereiarbeiter-Zeitung“ unzufrieden sind. Jakob-München will die ellengangen Verammlungsberichte eingeschränkt und torrefter gefocht wissen. Für den gewonnenen Platz sollen wirtschaftlich-belehrende Artikel aufgenommen werden. Amdorn-Erfurt kritisiert es, daß das Fachorgan sich nicht zu der vorjährigen Kölner Gewerkschafts-Kongressangelegenheit geäußert habe. Auch zu der wichtigen Raiffeisnerfrage, dem vielerörterten Generalstreik und sonstigen allgemein interessierenden Fragen habe die „Brauereiarbeiter-Zeitung“ sich nicht geäußert. Wenn der Redakteur sich aus Zeitmangel nicht mit derartigen Sachen befassen könne, möge man einen zweiten Redakteur anstellen. — Wittich-Frankfurt kritisiert, daß das Verbandsorgan jede Polemik vermijden lasse. Um mehr Raum zu gewinnen, liegt ein Antrag vor, die Zeitung sechsseitig erscheinen zu lassen. — Kagerl befürchtet, daß auch bei sechs Seiten die Mißstände nicht beseitigt werden, wenn nicht die „Tarifwörter“ und langen Versammlungsberichte auf ein Minimum beschränkt werden. Beschlossen wird schließlich, die Quartalsabrechnungen in besonderen Beilagen bekannt zu geben, die Tarifabschlüsse nur in kurzen Auszügen zu veröffentlichen und die Versammlungsberichte auf das allernotwendigste einzuschränken. Unter diesem Gesichtspunkte wird die Vergrößerung abgelehnt.

Die weitere Debatte dreht sich fast ausschließlich um verwaltungstechnische Angelegenheiten. — Ein Antrag, die Befoldungsverhältnisse nach festen Grundätzen zu regeln, wird in folgender Weise einstimmig angenommen: „Die Mitglieder des Hauptvorstandes werden mit 2000 M. angestellt, steigend in jährlichen Raten bis 2700 M. Der Vorsitzende Bauer erhält eine sofortige Zulage von 300 M., die beiden anderen Mitglieder des Hauptvorstandes erhalten Zulagen von je 240 M. — Das Gehalt der Gauleiter wird auf 1800 M. Anfangsgehalt festgesetzt, steigend bis 2400 M. Die Gauleiter erhalten eine sofortige Zulage von je 180 M. — Sämtliche Verbandsbeamte werden en bloc einstimmig wiedergewählt. Der Vorstand bleibt bis Ende November, die Ausschüsse Berlin. Als nächster Verbandstag wird Straßburg i. Elz. bestimmt.

Der Punkt „Grenzstreitigkeiten“ soll in einer Extra-sitzung behandelt werden.

Verbandstag der Schuhmacher.

Kürnberg, den 16. Juni.

Sechster Verhandlungstag.

Der zweite Vorsitzende Göller gibt bekannt, daß die heutige Sitzung eine geschlossene ist, daher fremde Personen ihr nicht beizuwohnen dürfen. Der 5. und 6. Punkt, Die Tarifbewegung in unfernen Bezirken und „Unferer Laktit bei Streiks und Aussperrungen“ wird in einen Punkt zusammengezogen und miteinander verhandelt. Gleichzeitig werden die vorliegenden Anträge zum Streikreglement mit zur Diskussion gestellt.

Ein Antrag, gelegentlich des im nächsten Jahre nach Stuttgart berufenen internationalen Arbeiterkongresses dortselbst auch einen internationalen Schuhmacherkongress stattfinden zu lassen, wird von Simon begründet. Redner bemerkt, daß wir bereits mit der dänischen, schwedischen und österreichischen Schuhmachergewerkschaften Verbindungen haben, nur mit der englischen nicht. Redner hofft, daß mit den französischen Kollegen, die bisher nur in lokalen Organisationen vereinigt sind, ebenfalls eine Verständigung stattfinden werde. Der Antrag wird angenommen. Ein weiterer Antrag, wonach die Delegierten zu den Gewerkschaftskongressen von den Mitgliedern gewählt werden sollen, und zwar mit der Maßgabe, daß auf je 5000 Mitglieder ein Delegierter entsendet werden darf, wird ebenfalls angenommen. Dieser Beschluß soll auch für die Befragung des nächsten internationalen Kongresses in Stuttgart Geltung haben.

Zur Frage der Mißfeier wird folgende Resolution gegen fünf Stimmen angenommen:

„Die erste Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands erblidte in der Arbeitsruhe am ersten Mai die würdige Form der Mißfeier und verpflichtet die Mitglieder, überall da, wo in einem Betrieb ¼ der Beschäftigten organisiert sind, mindestens vier Wochen vor dem ersten Mai hierzu Stellung zu nehmen. Wenn in dieser Betriebsversammlung die Arbeitsruhe mit ½ Majorität beschlossen wird, so haben die Mitglieder diesen Beschluß zur Durchführung zu bringen. Der Gauleitung ist sofort von diesem Beschluß Kenntnis zu geben. Wird unter dieser Voraussetzung die Arbeitsruhe durchgeführt, so treten bei eventuellen Aussperrungen oder Maßregelungen die Bestimmungen des Streikreglements in Kraft.“

Gau 2 stellt zur Unfallstatistik folgenden Antrag: „Es sind an die Ortsverwaltungen einheitliche Fragebogen auszugeben, welche von denselben bei eventuellen Unfällen gewissenhaft auszufüllen und an die zuständige Gauleitung zwecks Aufnahme einer Statistik einzusenden sind. Im Fragebogen soll enthalten sein: Name der Firma und des Berufstätigen, Alter desselben, ob gelernter oder ungelerner Arbeiter, Art der Verletzung, Dauer und Grad der Erwerbsunfähigkeit, an welcher Maschine passierte der Unfall, war Schutzvorrichtung vorhanden, ob der Arbeiter in Zeit- oder Akkordlohn beschäftigt war, Tag und Tageszeit des Unfalls usw.“ Der Antrag wird angenommen.

Es folgt der letzte Punkt „Wahlen“. Von der bisherigen Verwaltung werden Simon als erster Vorsitzender und Reuß als Hauptkassierer per Affimation einstimmig wiedergewählt. Für den Posten des Sekretärs Herrmann-Dresden und Weise-Weisenfels bestimmt. Für den neuen Posten des zweiten Kassierers wird König-Köln gewählt. Ein Antrag, den Ausschuss nach Frankfurt a. M. zu verlegen, wird abgelehnt, als Vorsitzender des Ausschusses wird Haupt-Mogdeburg gegen eine Stimme, als Hauptblattdirektor Bod-Wotha einstimmig wiedergewählt.

Simon dankt im Namen der Gewählten für das Vertrauen der Kollegen. Nachdem Göller-Frankfurt den Verlauf der Versammlung kurz skizziert und die Delegierten ermahnt hat, in ihren Zahlstellen im Sinne der gefassten Beschlüsse zu wirken, nimmt der Vertreter der dänischen Schuhmachergewerkschaft, Jörgensen-Kopenhagen, das Wort, um in kurzen Zügen eine Darstellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und der Organisation der dänischen Schuhmacher zu geben. Seine Ausführungen gipfeln darin, daß der dänische Verband außerordentliche günstige Tarifverträge durchgesetzt hat mit hohen Minimallöhnen, daß die Ueberstunden vollständig abgekauft sind usw. Diese Vorteile waren nur dadurch zu erzielen, daß die dänischen Schuhmacher als eine geschlossene Klasse auftreten konnten, da im ganzen Lande nur circa 500 Schuhmacher noch nicht der Organisation angehören. Er wünscht den deutschen Kollegen die gleichen Erfolge.

Simon weist in seinen Schlussbetrachtungen ganz besonders auf die vorstehenden Ausführungen hin und wünscht, die Delegierten möchten daraus den Ansporn schöpfen, in ihren Zahlstellen mit verdoppeltem Eifer zu wirken, damit in absehbarer Zeit auch die deutschen Schuhmacher von sich sagen können, daß die Zahl der Indifferenten unter ihnen verhältnismäßig gerade so gering ist, wie in Dänemark. Erfolgreich sei auch, daß der Verband auch diesmal wieder sich auf den Standpunkt gestellt habe, daß er in erster Linie eine Kampforganisation sei. Redner hofft, daß dieser Standpunkt auch bei späteren Generalversammlungen nicht verlassen werde. Nachdem er noch mitgeteilt, daß von der österreichischen Bruderorganisation ein Dankschreiben für die geleistete finanzielle Hilfe durch Verwilligung eines Darlehens von 10000 M. eingelaufen sei, schließt er die Generalversammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands und auf die internationale Arbeiterbewegung.

Bezirkshauptmann Major a. D. v. Zander u. Genossen vor Geschworenen.

Breslau, 18. Juni.
 Schon lange vor Beginn der Verhandlung drängt ein ungemein zahlreiches Publikum nach dem Zubringeraum des Schwurgerichtssaales. Weit über 200 Zeugen, zumeist Kaufleute und Großindustrielle aus Nord- und Süddeutschland sind geladen. Angeklagt sind der Bezirkshauptmann Major a. D. v. Zander nebst Gattin. Sie werden beide des Betruges in etwa 70 Fällen, des wissenschaftlichen Meineides, der falschen eidesstattlichen Versicherung, des einfachen und betrügerischen Bankrotts, Major v. Zander außerdem der Unterschlagung und der Untreue beschuldigt. Als dritter muß Rittergutsbesitzer Rüttig wegen Beihilfe zum betrügerischen Bankrott auf der Anklagebank Platz nehmen. Major v. Zander war Bezirkshauptmann des 6. Pommerischen Infanterieregiments v. Dönhoff in Gnesen, zuletzt Bezirkshauptmann in Wobkau. Das v. Zander'sche Ehepaar soll weit über seine Verhältnisse gelebt und, da die Mittel hierzu nicht reichten, Waren aller Art in großen Mengen in den verschiedensten Städten Deutschlands unter Vorpiegelung falscher Tatsachen auf Borg entnommen, außerdem sich gegen Wechsel große Summen geliehen haben. Für Beschaffung des erblichen Adelsstitels an einen Amtsrat erhielt v. Zander 300 000 M. Dieses Geld verwendete er nicht zur Bezahlung seiner Schulden, sondern kaufte sich das im Kreise Wobkau besessene Rittergut Schmögerle, in der Absicht, ein Majorat für seinen Sohn zu errichten. Da die Gläubiger drängten und Forderung beantragten, soll er zum Schein das Rittergut an den Rittergutsbesitzer Rüttig mit dem Recht des Rückkaufs verkauft haben. In diesem Verkauf erblickt die Staatsanwaltschaft den betrügerischen Bankrott. v. Zander hat beschworen, daß der Kaufvertrag kein Scheinvertrag war; dadurch und bei Leistung mehrerer Offenbarungseide soll er und seine Gattin sich des wissenschaftlichen Meineides schuldig gemacht haben. Nachdem er seinen Abschied genommen, war er Aufsichtsratsmitglied mehrerer Industrie-gesellschaften. In dieser Eigenschaft soll er sich der Untreue und der Unterschlagung schuldig gemacht haben.

v. Zander ist am 30. Januar 1853 als Sohn eines Regierungs-assessors in Königsberg in Preußen geboren. Er hat das Abiturienten-examen bestanden und dann Jura studiert. Er ist Ritter zahlreicher hoher Orden. Frau Marie v. Zander ist am 25. Oktober 1852 zu Bese, Kreis Gifhorn geboren. Rüttig im am 12. Dezember 1851 geboren. Er ist Hauptmann der Landwehr und ebenfalls Inhaber mehrerer Orden. Er macht den Eindruck eines ehrbaren Land-pastors.

Vernehmung des Angeklagten.

Der Angeklagte v. Zander, der einen krankhaften Eindruck macht, bemerkt auf Befragen des Vorsitzenden mit sehr leiser Stimme, so daß man ihn am Richterstatterische kaum verstehen kann: er sei bereit, Rede und Antwort zu geben, bitte aber Rücksicht zu nehmen. Er habe durch die dreizehnmönatliche Untersuchungshaft geistig und körperlich gelitten, so daß ihm das Reden schwer falle. Es werde ihm auch kaum möglich sein, die einzelnen Tatsachen auseinander zu halten, daher werde er möglicherweise in einzelnen etwas sonderbare Angaben machen. Er werde sich aber bemühen, klar und erschöpfend zu sprechen. Es falle ihm schwer, etwas gegen seine eigene Frau sagen zu müssen. Er habe es als Offizier stets als seine Pflicht angesehen, gegen Damen große Rücksicht zu üben, und er habe kaum noch notwendig, zu versichern, daß es ihm besonders schwer er-falle, seine eigene Frau zu belasten. Aber wenn er nicht blind gewesen wäre, dann hätte er schon in den ersten Jahren nach seiner Vermählung sehen müssen, daß seine Frau geistig nicht normal sei. Kurz vor der Hochzeit habe er erfahren, daß seine Frau noch eine große Rechnung in Genf zu begleichen habe. Dies wäre beinahe die Ursache gewesen, daß die Heirat überhaupt nicht zustande kam. Nach der Verheiratung habe er erfahren, daß seine Frau noch eine ganze Reihe weiterer Schulden habe.

Schlechte Behandlung durch den Untersuchungsrichter.

(Mit erhobener Stimme): Ich muß von vornherein bemerken, daß ich von dem Untersuchungsrichter in ganz furchtbarer Weise be-handelt worden bin. Der Untersuchungsrichter hat mich mit Hohn überhäuft. Ich bin 33 Jahre Offizier und habe mir niemals das geringste zuzuschulden kommen lassen. Ich bin aber vom Unter-suchungsrichter nicht wie ein anständiger Mann, dem die Schuld erst bewiesen werden muß, behandelt worden, sondern wie ein des Verdachtes Verdächtiger. Sobald ich eine Einwendung machen wollte, sagte er: „Rühren Sie oder ich das Protokoll? Nicht Sie, ich habe zu be-stimmen, was da hineinkommt.“ Ich bin aus tiefstem Herzen deut-scher, ich habe einige 30 Jahre die Uniform meines Königs in voller Ehre getragen, ich hätte es nie für möglich gehalten, daß ein Unter-suchungsgefängnis in Preußen so behandelt werden könnte. Ich bin von dem Untersuchungsrichter geradezu mit grinsendem Hohn be-handelt worden. Alle meine Entlassungsanträge wurden mit grinsendem Hohn zurückgewiesen. Erst in den letzten drei Tagen konnte ich etwas für meine Entlassung tun.

Verteidiger Justizrat Ramroth: Ich muß be-merken, daß mir als Verteidiger der Einblick in die Akten sieben Monate lang verweigert worden ist. Ich habe ferner den An-geklagten nur in Gegenwart des Untersuchungsrichters, des Herrn Landgerichtsdirektors Pirle, sprechen können. Ich werde deshalb genötigt sein, noch in der Hauptverhandlung Anträge zu stellen.

Der Angeklagte v. Zander erklärt weiter: Als Leutnant habe ich zehn Jahre ohne Pausen gelebt. Ich habe keine Schulden gemacht, ich habe keine Bedürfnisse und bin an eine spartanische Lebensweise gewöhnt. Da aber entdeckte ich, daß meine Frau un-sinnige Schulden hatte. Nach der Geburt des ersten Kindes bestellte sie für 3200 M. Erstklingelwägen. Als ich dies dem Untersuchungs-richter sagte mit dem Bemerkens, daß ich an der geistigen Zu-rechnungsfähigkeit meiner Frau zweifle, sprach er von falscher Erziehung oder moralischer Minderwertigkeit. Sie können sich denken, daß eine solche Bemerkung über meine Frau, die ich über alles liebe, mich furchtbar erregte. — Vorl.: Herr v. Zander, so kommen wir nicht weiter. Die geistige Zurechnungsfähigkeit Ihrer Frau wird später Gegenstand der Verhandlung sein. Ich muß Sie bitten, mich jetzt Rede und Antwort zu geben, anderenfalls muß ich die Verhandlungen mit Ihnen abbrechen. — Angekl.: Ich muß doch zunächst die Behandlung schildern, die mir vom Unter-suchungsrichter zuteil wurde. Ich werde kaum noch in der Lage sein, meine Verteidigung zu führen, ich bin vollständig fertig. — Vorl.: Wünschen Sie, daß aus diesem Grunde die Verhandlung verlagert wird? — Angekl.: Das wünsche ich nicht, ich habe an der langmonatigen Untersuchungshaft vollaus genug. — Vorl.: Es sollte mir leid tun, wenn ich gegen Sie Maßnahmen treffen müßte, aber wenn wir weiter kommen wollen, müssen Sie mir schon Rede und Antwort geben.

Nach einer kurzen Pause hält der Vorsitzende dem Angeklagten vor, daß er sich im Jahre 1897 von einem Freunde 6000 M. ge-liehen, sie aber nicht zurückgezahlt habe. — Angekl.: Ich muß be-merken, daß ich mich damals tatsächlich von meiner Frau getrennt hatte. Meine Frau war ein halbes Jahr in England. Ich habe erstlich erwogen, ob ich mich von ihr scheiden lassen soll. Die 6000 M., die ich von meinem Freunde Wandel für eine Gefälligkeit erhielt, habe ich zur Bezahlung von Schulden meiner Frau ver-wandt. Ich habe, während meine Frau in England war, sehr spar-sam gelebt und nicht einmal im Kasino gegessen. Der Wunsch mußte mir ein paar Kartoffeln kochen. Einen Dienstboten habe ich mir nicht gehalten. Der Angeklagte erzählt weiter in sehr un-schändlicher Weise, sein Freund habe durch ihn Unsummen an Kali-werten verdient, dafür habe er ihm die 6000 M. geliehen.

Jedes Jahr 6000 Mark Zulage.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung hält der Vorsitzende dem Angeklagten vor, er sei 1894 als Kompagniechef in das Magde-burgische Infanterieregiment Nr. 66 berufen worden. Er hatte in Magdeburg in der Nähe der Infanteriekaserne eine Wohnung zum Mietspreise von 1800 M. und versteuerte ein Einkommen von jährlich 3681 M. — Angekl.: Ich hatte damals von Wandel eine Zulage von jährlich 6000 M.

Die Schulden des Angeklagten.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er im Jahre 1897 laut Tagebuch eine Schuldenlast von 10 000 M. hatte. Er habe vielfach sogar seinen Feldweibel angeborst. — Auf ferneres Vorhalten der Tagebuchaufzeichnungen bemerkt der Angeklagte, er sei ein paarmal vom Pferde gestürzt und habe eine starke Gehirn-erschütterung davongetragen. Er habe sogar öffentlich erklärt, er sei gar nicht verheiratet.

Die Beschaffung des Adelsstitels.

Auf Befragen des Vorsitzenden erzählt der Angeklagte, er sei eines Tages nach Wilhelmshöhe eingeladen worden. Wandel habe den Wunsch geäußert, im Interesse seiner Söhne den erblichen Adels-titel zu erwerben. Er sei darauf nach Berlin gefahren und habe auf dem Heroldsamte gehört, daß jährlich mindestens 1000 solcher Gesuche eingingen, von denen im Durchschnitt sechs entsprechen würde. Von irgend einer Beeinflussung könne keine Rede sein, denn die letzte Entscheidung hänge von Sr. Majestät dem Kaiser ab. Er sei dann von Freunden an einen hervorragenden Schrift-steller empfohlen worden, der sich gegen ein sehr hohes Honorar bereit erklärt habe, die Erledigung der notwendigen Formalien zu übernehmen. — Der Vorsitzende hält dem Angeklagten dann noch vor, daß er 2000 M., die seiner damals zweijährigen Tochter aus einem Vermächtnis zugefallen waren, zur Bezahlung seiner Schulden verwendet habe. Der Angeklagte erklärt, er habe die 2000 M. zur Erziehung seiner Kinder erhalten.

Darauf wird die Verhandlung auf Dienstag, vormittag 9 Uhr, vertagt.

Soziales.

Der Zwickauer Polizeieinkauf gegen das Realisationsrecht aufgehoben.

Die Kreisauptmannschaft hat die wunderliche Auflösung des Streikkomitees der Maurer seitens des Polizeiamtes aufgehoben. Am Sonnabend vormittag ist dem Maurer Zittel, dem Vorsitzenden des Streikkomitees folgende Verfügung der Kreisauptmannschaft zu-gestellt worden:

Zwickau, am 14. Juni 1906.

Die königliche Kreisauptmannschaft, in kollegialer Zusammen-setzung, hat dem Refus, welcher von dem Maurer Hermann Zittel und Genossen in Zwickau gegen die Verfügung des Polizeiamtes vom 5. dieses Monats, betreffend die Auflösung des Maurer-streikkomitees in Zwickau, Bl. 12 fg. der Polizeitakten Nr. 2401, XIV, am 7. dieses Monats erhoben worden ist, Beachtung nicht zu ver-legen vermahnt.

Es kann zunächst dahingestellt bleiben, ob bei dem gegen-wärtigen Stande der Gesetzgebung die Behörden der Behörde überhäupt berechtigt sind, ein Streikkomitee deshalb polizeilich aufzulösen, beziehungsweise die Auflösung durch Zwangsmittel zu erzwingen, weil der Streik beendigt sei. Jedenfalls kann der angefochtene Verfügung schon deshalb weitere Folge nicht gegeben werden, weil die tatsächliche Voraussetzung, auf der sie beruht, nach Ansicht der Kreisauptmannschaft nicht zutrifft.

Das Polizeiamt geht von der Annahme aus, daß der Streik erloschen sei. Diese Annahme ist irrig. Denn, wie aus den Akten des Polizeiamtes selbst zu ersehen ist, hat eine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern hinsichtlich der Höhe des Stunden-lohnes und der Dauer der täglichen Arbeitszeit noch nicht herbeigeführt werden können, vielmehr sind die Verhandlungen hiergegen noch im Gange. So lange aber eine Einigung nicht erfolgt ist, auch die Mehrzahl der in den Zustand getretenen Ge-werbetreibenden in ihr früheres Arbeitsverhältnis noch nicht wieder zurückgekehrt ist, kann von einer Beendigung oder einem Erlöschen des Streiks nicht die Rede sein. Auch auf dem platten Lande, auf welches sich der Streik mit Erstreckt, dauert derselbe, wie die Er-örterungen nach Gehör der hiesigen Kreisauptmannschaft ergeben haben, noch fort. Demgegenüber kann dem Umstand allein, daß ein großer Teil der bei hiesigen Gewerkschaften beschäftigten gewöhnlichen Maurer abgereist ist, woraus das Polizeiamt seine Maß-nahme hauptsächlich stützt, ausschlaggebende Bedeutung nicht be-gemessen werden.

Die Refurten sind entsprechend zu beschneiden.

Königliche Kreisauptmannschaft.

(gez.) Dr. Forker-Schubauer.

Die an den Genossen Julius Seifert, den Wirt vom „Waldedere“, erlassene Verfügung betr. Ueberlassung von Räumlich-keiten, ist ebenfalls am gleichen Tage, als der Kreisauptmannschaft-liche Einscheid erging, zurückgezogen worden. Der Einscheid ist von lafonischer Kürze. Er lautet:

Es wird Ihnen hierdurch eröffnet, daß die an Sie am 5. d. Mts. ergangene Verfügung wegen Ueberlassung von Räum-lichkeiten für das Maurerstreikkomitee zurückgezogen wird.

Das Polizeiamt der Stadt Zwickau.

Die Kreisauptmannschaft läßt in ihrem Bescheide „dahingestellt“, ob die polizeiliche Auflösung eines Streikkomitees zulässig ist. Nach Lage der Gesetzgebung ist eine solche Auflösung zweifelsohne rechts-widrig. Es wäre angebracht, daß das Zwickauer Polizeiamt zivil-rechtlich und strafrechtlich wegen des rechtswidrigen Erlasses in Anspruch genommen würde. Hat das bisherige Verfahren gezeigt, daß die Güter der Gesetzgebung rechtswidrig Erlasse ergeben läßt, die lediglich dem Interesse der Unternehmer zu dienen geeignet sind, so mag das weitere Verfahren zur Aufklärung der Frage dienen, ob polizeiliche Eingriffe in gesetzlich gewährleistete Rechte der Arbeiter-lasse in Sachen so sehr an der Tagesordnung sind, daß eine Ver-antwortlichkeit für rechtswidrige Polizeiaufträge undurchführbar wäre. Eine schnurige Rechtsordnung, in der den einfachsten Bürger Un-kenntnis der Gesetze nicht schützt und Beamte, die der besonderen Beachtung der Gesetze ihre Aufmerksamkeit zu schenken verpflichtet sind, ohne jegliche tatsächliche Verantwortung gegen Gesetze fehlen können.

Ein Beitrag zum Bureautratismus der Fürsorgeerziehung.

Aus einem Dorf bei Königsberg wird uns von zuverlässiger Seite folgender kaum glaubliche Fall berichtet:

Eine im Landkreis Königsberg wohnende Familie, zu der sechs unerzogene Kinder gehörten, hatte ein acht Jahre altes Kind, das etwas schwach im Kopfe war. In der Schule kam es mit den anderen Kindern nicht recht mit. Eines Tages, als die Frau krank war, kam der Ortspfarrer zu Besuch und redete der Frau zu, das schwach-geistige Kind in eine Anstalt zu geben. Anfangs sträubte sich die Mutter. Denn die Leute sind nicht ganz arm und glaubten ihr Kind, trotzdem es etwas zurückgeblieben, in der Familie gut aufgehoben. Als aber bei späteren Besuchen der Pfarrer immer wieder darauf drang, das Kind in die Anstalt zu geben, willigte die Mutter schließlich ein. Als dann auf Ver-anlassung des „Preussischen Provinzialvereins für innere Mission“ später das Kind fortgeschickt werden sollte, weigerten sich die Eltern nun doch, ihr Kind fortzugeben, da sie in-zwischen gehört hatten, daß die Kinder in der Anstalt es nicht gut haben sollten. Nun wandte man aber das Recht der Zwangs-erziehung an. Der Gendarm kam hin und drohte mit Gewalt. Schließlich kam eines Tages der Exekutor und holte das Kind gezwungen aus der Wohnung der Eltern, um es in die Pflanzenschule nach Malsenburg zu bringen. Die Eltern setzten nun alles mögliche dran, um ihr Kind wieder aus der Anstalt heraus zu bekommen. Aber erst nach einem halben Jahre wurde hierzu die Genehmigung erteilt. Das Kind konnte nun ins Elternhaus zurückkehren, aber nicht, wie es daselbst unfreiwillig verlassen hatte, als leibliches Kind seiner Eltern, sondern als ein den chen Eheleuten vom „Preussischen Verein für innere Mission“ übergebenen Fürsorge-zögling. Das wurde den Leuten urtümlich in folgendem Schreiben mitgeteilt:

„Nachdem der Herr Landeshauptmann genehmigt hat, daß Ihr Kind zu Ihnen in Erziehung und Pflege gegeben werde, übersenden wir Ihnen beifolgend den abzuschließenden Vertrag mit dem Ge-

suchen, nachdem Sie den Vertrag unterschrieben haben und denselben zurückzusenden zur Bestätigung durch den Herrn Landeshauptmann.“ Nach einigen Wochen folgte dann der unterschriebene Vertrag mit einem Schreiben des Vereins für innere Mission, daß nun die Unterbringung des Fürsorgezöglings . . . bei den . . . chen Ehe-leuten die Bestätigung des Herrn Landeshauptmanns gefunden habe.

Der § 2 des oben genannten Vertrages lautet: „Der verpflichtet sich, den Fürsorgezögling in religiös-sittlichem Sinne zu erziehen und ihn in seine Familie aufzunehmen. Die folgenden Paragraphen enthalten Vorschriften über die Kleidung, Bestätigung und Schlafstätte des Fürsorgezöglings. Der § 7 schreibt vor, daß die Pflegeeltern denselben zu regelmäßigem Besuch der Kirche an-zuhalten und zum Konfirmationsunterricht zu schicken haben.“

Zur Ueberwachung der Erziehung und Pflege des bei dieser Familie untergebrachten Zöglings wird vom Landeshauptmann ein Fürsorger bestellt.

So der Bericht. Un und für sich ist es möglich, daß ein Für-sorgezögling den eigenen Eltern zur Fürsorge (unter Ueberwachung eines Fürsorgers) übergeben wird. Aber nach der Schilderung des Falles liegt nicht der geringste Grund zur Einleitung des Fürsorge-verfahrens vor. Das Fürsorgeverfahren kann nur eintreten:

1. Wenn das geistige oder leibliche Wohl des Minderjährigen gefährdet ist und die Gefährdung auf Mißbrauch des Rechts der Sorge für das Kind, auf Vernachlässigung des Kindes oder auf ehelichem oder unehelichem Verhalten der Eltern beruht. Das ist der Fall zum Beispiel bei Verleitung zu strafbaren Handlungen, bei Mißhandlungen, bei übermäßigen Anstrengungen, bei Mangel an Sorgfalt in der Bestätigung, Bekleidung, Erziehung.

2. Wenn das Kind in noch nicht strafmündigem Alter eine strafbare Handlung begeht und eine Zwangs-erziehung zur Ver-hütung weiterer sittlicher Verwahrlosung erforderlich ist, oder

3. Wenn die Fürsorgeerziehung wegen Anzulanglichkeit der ehelichen Einwirkung der Eltern oder sonstigen Erzieher oder der Schule zur Verhütung des völligen sittlichen Verfalls der Minder-jährigen notwendig ist.

Von diesen Fällen könnte lediglich die unter 3 angeführte Voraussetzung in Betracht kommen. Auch in diesem Falle hat aber das Gericht zu entscheiden. Die betroffene Familie wird sich voraussichtlich nur an das Gericht zur Aufhebung der Zwangs-erziehung wenden. Bei dieser Gelegenheit mag aus Anlaß vieler nachträglicher Klagen von Eltern über die mit ihrer Zustimmung erfolgten Zwangs-erziehung dringend gewarnt werden, ohne ganz einbring-lichste Kenntnis der Fürsorgeanstalt in Zwangs-erziehung zu willigen. Leider führt die Zwangs-erziehung in sehr vielen Fällen zu dauernder Schädigung des geistigen und körperlichen Wohls der Kinder.

Aus Industrie und Handel.

Ein Urteil über die Konjunktur. Die von der Großindustrie ge-speiste und für erfolgreiche We-„Kämpfung“ der Sozialdemokratie von den Stummelingen ausgehaltene „Post“ schreibt über die Kon-junktur folgendes:

„Es mehren sich jedoch die Anzeichen von Tag zu Tag, daß die gegenwärtige gute Geschäftslage in fast allen Gewerben ihren Höhepunkt überschritten hat. Es war eine der sogenannten kleinen Konjunkturkurven, die mit dem Jahre 1904 einsetzte und aller Voraussicht nach mit Ablauf dieses Jahres zu Ende sein wird.“

Allerdings steht das nicht im Handelsteil des Blattes, sondern nur in seinem politischen Teile, in einer Heftigkeit gegen den Wuch-erdrücker-Verband, als Argument gegen Lohnaufbesserung. Aber das Argument paßt doch so schlecht zu dem vor einigen Tagen vom Stahlwerksverband in die Welt geschickten Konjunkturbild, daß die „Post“ - Intelligenzen sich für diese Leistung wohl einen Kafentücher holen werden. Jedenfalls haben sie selbst die Aussicht auf Lohn-zulage verwirrt und man hatte es doch so gut gemeint — für den Geldsack! —

Vom Holzmarkt berichtet die „Arbeitsm.-Korresp.“: Recht unbestimmt war in letzter Zeit die Preisrendenz am Holzmarkt. Während noch Ende Mai sowohl am nordwestdeutschen als auch am rheinischen Holzmarkt der Verkehr reger war und demgemäß ziemlich leicht höhere Preise erzielt werden konnten, ließ im Juni diese Lebhaftig-keit nach, so daß auch die Preise als unbefriedigend bezeichnet wurden. Die sinkende Preisrendenz läßt auf die Sägemühlerei, die bisher dem Rundholzmarkt starke Posten entnahmen, eine zurück-haltende Wirkung aus, da sie auf weitere Preisnachlässe rechnen. Trotz der regen Tätigkeit, die die einheimische Sägemühlerei in den letzten Monaten aufwies, nahm doch noch der Bezug ausländischen Bau- und Rugholzes zu. Nachdem schon im März eine kräftige Wiedererholung stattgefunden hatte, war auch im April wieder die Einfuhr bedeutend höher als in den Vorjahren. Seit 1903 betrug nämlich die April-einfuhr von Bau- und Rugholz in Doppelzentnern:

1903	1904	1905	1906
1 555 570	2 950 581	2 690 725	8 890 410

Eine Regelung der Preisverhältnisse herbeizuführen, ist auch der Zweck einer Vereinigung der Sägemühlbesitzer und Holzverarbeitungs-werke für das gesamte Harzgebiet, die Anfang Juni aus einer be-trächtlichen Anzahl größerer Sägemühlbesitzer und Holzindustriellen gebildet worden ist.

Hohe Löhne werden im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gezahlt. So behauptet die bürgerliche Presse. Und wer das nicht un-besehen glaubt, ist natürlich ein Decker, ein Staatsdiener usw. Selbstverständlich werden in einzelnen Branchen zurzeit etwas höhere Löhne gezahlt und das Ueberzeitarbeiten steigert das Einkommen. Was man selbst in dem rheinisch-westfälischen Eldorado heute noch fäharbeitern zu bieten wagt, das illustriert ein Lohnangebot der Gute Hoffnungshütte-Oberhausen. Diese sucht für ihre Ab-teilung Bräudenbau, Anstreichergehilfen und bietet gefunden, arbeits-fähigen Gesellen einen Stundenlohn von 30 bis 32 Pf. Das sind horrende Löhne — im Königreich der Industriemagnaten.

Hohe Kohlenpreise. Aus dem Ruhrrevier berichtet eine Kor-respondenz:

Da die Kohlenknappheit im Ruhrkohlengebiet anhält, nehmen die Preise seit einiger Zeit eine steigende Tendenz an. Falls nicht feste Verträge vorliegen und namentlich wenn es sich um eilige Lieferung handelt, erzielen die Händler und Großhändler höhere Preise. Auch beim Abzug im Landdebit gelingt es den Forderungen, gegenüber den bisher üblichen Preisen einen merklichen Aufschlag durchzuführen. Das rheinisch-westfälische Kohlensubstitut erzielt für Lieferung von Kohlen und Koks, soweit sie die vertraglich ab-geschlossenen Mengen überschreiten, höhere Preise als die im Früh-jahr festgesetzten Höchstpreise. Jedoch kann das Syndikat diesen Mehr-verbrauch gar nicht oder doch nur im geringen Umfang befrachten, da es schon mit seinen vertraglich festgesetzten Lieferungen im Rück-stande ist. Der Kohlenmangel macht sich immer mehr fühlbar, und täglich laufen beim Syndikat Mahnungen der Verbraucher ein, denen daselbst nicht nachkommen kann.

Wenn das Syndikat über die vertraglich verpflichteten Mengen hinaus auch nur kleine Posten abgeben kann, dann stimmt es nicht mit der Behauptung, es bleibe mit seinen Lieferungen im Rückstande, weil die Forderungen nicht genug lieferten, oder aber es werden einige Abnehmer zugunsten anderer benachteiligt, das heißt, das Syndikat wird kontraktbrüchig, um höhere Preise zu erlangen.

Die Fleischtruff-Angelegenheit scheint sich zu einem erbitterten Kampf bis aufs Messer zwischen dem Präsidenten Kooselbeil und den Beefbaronen ausgestalten zu wollen. Präsident Kooselbeil, so nimmt man allgemein an, wird, wenn nötig, eine Sonder-sitzung des Kongresses einberufen, um den Kampf gegen den Fleischtruff erfolgreich durchzuführen. Der Präsident des Senates Cannon, der beim Präsidenten war, verfuhrte vergeblich, diesen zur Annahme eines Kompromisses zu bewegen. Dazu schreibt die „New York World“: „Ein republikanischer Führer, der durch seine antike Stellung maßgebenden Einfluß auf die Gesetzgebung hat, erklärt: „Der Präsident ist von Ihren-

Männern umgeben, die ihn falsch unterrichtet haben. Wenn ich es auch behaupten würde, in dieser Sache gegen die vollziehende Gewalt aufzutreten zu müssen, so hat doch der Kongress die Macht, und falls das Haus nicht feiger ist, als ich glaube, werden wir beschließen, was wir als das Beste für die Interessen aller Beteiligten betrachten. Wir werden tun was wir können, um einen Kampf mit dem Präsidenten zu vermeiden, aber, wenn er uns dazu zwingt, wird er finden, daß wir doch ebenbürtig schlagen können wie er." In der Presse ist bereits eine leichte Schwelung zugunsten des Fleischkreuzes zu bemerken. Die "New York Evening Sun" und die "New York Post" besprechen die Veröffentlichungen englischer Blätter über die Chicagoer Enthaltungen und geben dabei, um deren Wert herabzusetzen, der Ansicht Ausdruck, die ausländische Presse suche nur Sensationen.

23. L. B. meldet in dieser Sache aus Washington: Es besteht nur eine geringe Opposition gegen die von dem Präsidenten gewünschte Streichung der Verfügung, welche die Baderfirmen in den Stand setzt, gerichtliche Entscheidung gegen die Weigerung des Landwirtschaftssekretärs anzurufen. Bescheinigungen für Fleischprodukte zu erteilen, die, weil künstlich konserviert, als gesundheitsschädlich verworfen sind. Aber der Präsident wünscht auch, daß der Landwirtschaftssekretär die Macht haben solle, die endgültige Entscheidung bezüglich der Inspektion und Gesundheit der Fleischprodukte zu treffen. Es wird hervorgehoben, daß die Beseitigung der erwähnten Verordnung und die Einfügung der letztbeschriebenen die Baderfirmen jedes Rechts berauben würde, gegen das Landwirtschaftsdepartement die gerichtliche Entscheidung anzurufen, außer auf Grund der Beschlagnahme von Eigentum. Es besteht ferner eine, wenn auch wenigbedeutende, Opposition unter den Mitgliedern des Landwirtschaftsausschusses gegen den Vorschlag des Präsidenten, daß alle Wägen mit Fleischprodukten ein Güteamt mit der Angabe des Tages der Herstellung tragen sollen.

Gerichts-Zeitung.

Dissidenten Kinder und Religionsunterricht.

Bekanntlich hat das Kammergericht vor einer Reihe von Jahren seinen früheren freiheitlichen Standpunkt bezüglich der Frage des Religionsunterrichts von Dissidentenkindern aufgegeben und entschieden, daß jedes Kind, auch das eines Dissidenten, in einer Religion nach den Gesetzen des Staates erzogen werden muß. Sorgt er nicht für einen derartigen Unterricht in seinem Hause, dann hat nach dieser neuen Praxis des Kammergerichts, die sich auf das Allgemeine Landrecht beruft, das Kind am Religionsunterricht in der Schule teilzunehmen. — Der Restaurateur Riez zu Berlin, der gleich seiner Ehefrau vor der Geburt seiner Töchter aus der evangelischen Kirche ausgeschieden und seitdem Dissident ist, hatte die Mädchen vom lehrplanmäßigen Religionsunterricht in den Volksschulen ferngehalten und sich sehr bemüht, Gelegenheit zur Teilnahme am jüdischen Religionsunterricht für sie zu finden. Es gelang das auch eine Zeitlang in einer Gemeindefschule. Als dort kein jüdischer Religionsunterricht mehr erteilt wurde, genossen die Kinder wieder längere Zeit keinen Religionsunterricht. Riez hatte der Schulbehörde gegenüber erklärt, daß er bereit sei, die Kinder am jüdischen Religionsunterricht teilnehmen zu lassen, wenn ihm die Gelegenheit dazu nachgewiesen werde. Er wandte sich ferner an die jüdische Gemeinde um Auskunft, in welcher der Schulen die Töchter jüdischen Religionsunterricht erhalten könnten. Der Rabbiner Dr. Warschauer erteilte ihm den Bescheid, daß dies überhaupt nur dann denkbar wäre, wenn das Kind zur jüdischen Religion übergetreten sollte. Wäre das nicht der Fall, so würde sich wohl auch kein jüdischer Privatlehrer dazu finden. Schließlich erhielten die Kinder vom November 1905 an wieder jüdischen Religionsunterricht in der Volksschule in der Straußbergerstraße. Seitdem sind sie behördlich anerkannt von der Teilnahme am Religionsunterricht in den für sie zuständigen Schulen entbunden. — Wegen der Nichtteilnahme seiner Kinder am Religionsunterricht in der Volksschule während der Zeit, wo sie auch keinen jüdischen Religionsunterricht erhielten, wurde Riez vom Landgericht als der Verurteilungsinstant zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht ging hierbei aus von dem oben erwähnten Standpunkt des Kammergerichts und berief sich auf dessen Urteil vom 17. April 1893.

Rechtsanwalt Dr. Karl Lieblinest legte für den Angeklagten Revision beim Kammergericht ein. Unter anderem führte er aus: Nach § 11 II ² Allgemeinen Landrechts könnten Kinder, die in einer anderen Religion, als welche in der öffentlichen Schule gelehrt wird, nach den Gesetzen des Staates erzogen werden sollen, dem Religionsunterricht in der Volksschule beizuwohnen nicht angehalten werden. Dies „erzogen werden sollen“ heiße nun doch offenbar,

daß es genüge, wenn sich die Eltern pflichtgemäße Mühe gäben, einen anderen ausreichenden Religionsunterricht zu beschaffen. — Das sei aber hier ausreichend festgestellt. — Zu beachten wäre, daß die Kinder erst nach dem Austritt der Eltern aus der evangelischen Kirche geboren seien. Glaubens- und Gewissensfreiheit der Eltern sollten nach der Vorentscheidung nicht berührt sein durch die Frage der Erziehung der Kinder. Das sei ein Trugschluss. Gerade auf diesem Gebiete vollzogen sich die Bewusstseinskämpfe auf das allerheftigste. Die Gewissensfreiheit des Vaters werde auf das erheblichste verletzt, wenn das Kind zur Erziehung in einer Religion gezwungen werde, der der Vater abhold sei. — Wenn § 78 II ² Allgemeinen Landrechts sage, den Eltern, die sich einig seien darüber, in welcher Religion ihr Kind erzogen werden solle, dürfe kein Dritter hineinreden, so könne mit dem Dritten nicht Schulze oder Müller gemeint sein, sondern die Behörde, der Staat. Diese haben nicht drein zu reden.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts verwarf die Revision mit folgender Begründung: Die landesrechtlichen Bestimmungen über Kindererziehung seien nach § 134 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestehen geblieben. Das Kammergericht verbleibe bei seiner im letzten Jahrzehnt vertretenen Auffassung. Geheiß sei nach § 78 II ² Allgemeinen Landrechts von anderer Seite nichts einzuwenden, wenn sich, wie vorliegend, die Eltern einig darüber seien, in welcher Religion das Kind erzogen werden soll. Aber die Bestimmungen des zitierten Titels, Teil II Allgemeinen Landrechts setzten voraus, daß jedes Kind in irgend einer Religion nach den Gesetzen des Staates erzogen werden müsse. Wollten Angeklagter und seine Frau die jüdische Religion für ihre Kinder wählen, so hätten sie für den Unterricht zu sorgen. So lange ihnen das nicht gelang, solchen Unterricht zu beschaffen, so lange hätten die Kinder den Religionsunterricht in den von ihnen besuchten Schulen (hier den evangelischen) mitnehmen müssen. — Gleichgültig sei es, daß die Eltern schon aus der Kirche ausgetreten waren, als die Kinder geboren wurden.

Bau- und Grundstückschwindereien.

Agathon Reimann ist unter den Berliner Bauarbeitern als ein besonders gefährlicher Strohmann der Strohmann-Familie Reimann bekannt. Er nennt sich Architekt und hat jahrelang eine erhebliche Rolle als vorgeschobener vermögensloser „Unternehmer“ gespielt. Das hiesige Gewerbeamt hat sein gemeingefährliches Treiben dadurch unterbunden, daß es seine Hintermänner als eigentliche Unternehmer verurteilte. Gestern war Agathon Reimann der Hauptangeklagte in einem Strafprozeß vor der ersten Strafkammer, bei dem die Schicksale des Hauses Jägerstr. 68 und der seinerzeit darin betriebenen Restaurants „Ball-hall“ und „Gastaffeller“ eine Rolle spielten. Reimann hat sich wegen Betruges und der Anstiftung zur Unterschlagung, wegen Unterschlagung der Schankwirtin Marie Gallantini zu verantworten. Die Verhandlung entrollte eine Reihe verworrenen Schiebungen bei den verschiedensten Phasen der Eigentumsverhältnisse und Konzeptionsveränderungen, die bei dem genannten Hause und dem darin betriebenen Restaurationsgeschäft in Frage kamen. Der Angeklagte Reimann, der im Jahre 1904 den Offenbarungseid geleistet hat, hatte im Jahre 1903 das Haus Jägerstr. 68 erworben, umgebaut und das Erdgesch. und den Keller für Restaurationszwecke eingerichtet. Am 10. März 1904 verkaufte er das Haus für 670 000 M. (an Hypotheken standen circa 607 000 M. daraus) an die Firma „Weder u. Reimann“, die aus einem mittellosen Kaufmann Weder, einem guten Freunde des Angeklagten Reimann, und des letzteren ebenfalls mittellosen Ehefrau bestand. Vorher hatte Reimann für sich die volle Konzeption, auch für den vollen Nachtbetrieb und für Abhaltung von Gelang- und Deklamationsvorträgen, in den Restaurationsräumen sich zu verschaffen gewußt. Die Rechtsverhältnisse wurden alsdann immer verwickelter und unklarer. Die Firma „Weder u. Reimann“ betrieb das Restaurationsgeschäft, dessen Konzeptionsinhaber der Angeklagte war. Er meldete den Weder und seinen Bruder Theodor R. als seine „Konzeptions-Stellvertreter“ an, er selbst erhielt von Weder und seiner Ehefrau Generalvollmacht zur Vornahme aller möglichen Rechtsgeschäfte. Es wird ihm zur Last gelegt, daß er durch Vorspiegelung falscher Tatsachen die Möbelfirma Max Schulz u. Co. zur Lieferung des Mobiliars für die beiden Restaurations im Hause Jägerstr. 68 bewogen und schließlich durch Nichterfüllung seiner Verpflichtungen um 14 500 M. geschädigt habe. Die Firma Max Schulz u. Co. hatte sich das Eigentumsrecht an den Möbeln vorbehalten. Das Restaurationsgeschäft der Firma Wed. u. Reimann reaktiverte aber nicht und stellte am 1. Juli 1904 den Betrieb ganz

ein. Es wurde ein Käufer für dasselbe gesucht und schließlich wurde mit der Angeklagten Gallantini, die damals in der Jägerstraße ein Restaurant mit Damenbedienung, „Hafelnuß“ genannt, betrieb, ein Kauf- und Mietvertrag abgeschlossen. Die Anklage behauptet nun, daß der Angeklagte Max Schulz durch die Vorspiegelung betrogen habe, daß sie ohne weiteres auch die Konzeption für das Kellergesch. erhalten würde, während er wußte, daß die Kellerräume eigentlich nicht konzeptionsfähig waren und er selbst die Konzeption nur vorübergehend erhalten hatte. Die Angekl. Gallantini, die für diese Räume eine Konzeption tatsächlich nicht erhielt, wurde nach ihrer Verpachtung unter diesen Umständen nimmermehr die stipulierte Miete von 30 000 M. gezahlt haben. Nachdem der Vertrag mit ihr zustande gekommen, hat der Angeklagte den zu zahlenden Kaufpreis in einer Reihe von Teilzahlungen geleistet. Die Anklage behauptet, daß die Gesamtsumme dieser Zahlungen, für welche die Gallantini zum Teil hat einzusehen müssen, 30 000 M. betragen habe, das heißt circa 6250 M. mehr, als der von der Gallantini zu zahlende Kaufpreis — 18 750 M. — überhaupt betrug. Die Gallantini soll ferner außer 12 500 M. Miete und 1750 M. an den Lieferanten der Kelleneinrichtung noch 2350 M. an Reimann selbst und 375 M. auf die von der Firma Max Schulz u. Co. gelieferten Möbel gezahlt, Reimann diese Summe aber anderweit verwandt haben. Der Gallantini wieder wird vorgeworfen, dem Kaufmann Falkenberg, von dem sie ein Darlehn von 10 000 M. aufgenommen hatte, als Sicherheit für dieses Darlehn mit Zustimmung des Angeklagten R. das gesamte von Max Schulz u. Co. gelieferte Mobiliar veräußert zu haben, obwohl sie gewußt, daß Schulz u. Co. das Eigentumsrecht vorbehalten war. Schließlich wurde dem Angeklagten noch eine betrügerische Transaktion zum Vorwurf gemacht, indem er, nachdem er am 11. Februar 1905 einen Vertrag mit der Gallantini zum gemeinschaftlichen Betriebe der Restaurations Jägerstr. 68 abgeschlossen, das gesamte Inventar und Mobiliar abermals an den Weinhändler Brandt und den Opernjäger Lieban für 20 000 M. veräußert hat. — Der Angeklagte Reimann bestritt in jedem Falle seine Schuld und suchte durch Darlegung der äußerst verwinkelten rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse nachzuweisen, daß er keinesfalls dolos gehandelt und keinerlei persönliche Vorteile erzielt oder erzielt habe. Nach langwieriger Verhandlung wurde die weitere Verhandlung zwecks Beweisaufnahme auf Mittwoch verlag.

Aus der Frauenbewegung.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Berlin, Mittwoch, den 20. d. M. (8. Kreis) nach Gieshoit, Insel-Restaurant, Mühlensee, Kaffeeholen.
 Charlottenburg, Mittwoch, den 20. Juni, 8 1/2 Uhr, Rosinenstr. 3: Vortrag H. Wiebel: „Wie entstand die Unterjochung der Frauen?“
 Marienb., Mittwoch, den 20. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Reichardt, Berlinerstr. 16. Vortrag des Genossen Schulz: „Die Volksschule.“
 Treptow-Baumfischweg, Donnerstag, 21. Juni, 8 1/2 Uhr, Speers-Restaurant. Vortrag H. Störmer: „Wie stellt sich die Frau dem Versicherungsgesetz gegenüber?“
 Adlershof, Sonntag, den 24. Juni: Ausflug nach Gasselwerder. Treffpunkt bei Veher, Widmarstr. 10, nachmittags 2 1/2 Uhr.
 Panow, Donnerstag, den 21. Juni, 1/2 Uhr (öffentliche Veranstaltung) bei Großfurt, Berlinerstr. 27. Vortrag des Genossen Störmer: „Die Gleichberechtigung der Menschen in Theorie und Praxis.“

Eingegangene Druckschriften.

Althaus, Vorratsberg und Westhof nebst den angrenzenden Gebieten der Schweiz. Mit besonderer Berücksichtigung des Bodenbesitzes, Bregenzwaldes und der Arbergbahn. Von A. Wattenberger. Rehm, bis auf die allerjüngste Zeit ergänzte Auflage, bearbeitet von Eugen Wattenberger. Mit einer Uebersichtskarte und 15 Einzelkarten. Preis geb. 4 M.
 — Das Bayerische Hochland mit dem Allgäu, das angrenzende Tirol und Salzburg nebst Salzammergut. Von Th. Trautwein. Inoffizielles, bis auf die jüngste Zeit revidierte und ergänzte Auflage, bearbeitet von Anton Edinger und Heinrich Heh, mit 27 Karten und Plänen. Geb. 4 M. Verlag H. Edinger, Innsbruck.
 Die Gauerprache. Gesammelt und zusammengestellt aus der Praxis für die Praxis von Ernst Rabben, Volkshilfskommissar. 168 Seiten 8°. Preis geb. 2 M. Verlag von Greer & Thiemann, Danzig i. B.
 Zeitschrift für Sozialwissenschaft Heft 6. Herausgeber: Dr. A. Wolf. Monatlich ein Heft. Preis: vierteljährlich 5 M. — Einzelheft 2 M. — 12 Hefte bilden einen Band. Verlag G. Reimer, Berlin W. 35.
 3. Geschäftsbericht des Arbeitersekretariats Kronach nebst Jahresbericht des Gewerkschaftsrates daselbst. (1905.) 23 Seiten. Selbstverlag des Arbeitersekretariats.



Sunlicht Seife

hat nicht nur den nachweisbar größten Absatz aller Seifenmarken der Welt, sondern sie steht auch in Bezug auf ihre umfassende Verbreitung einzig da. Beim Wechsel des Wohnortes ist die Hausfrau deshalb nicht gezwungen die unentbehrlich gewordene Hülle zu missen, sie kann sie vielmehr überall in einer Qualität, nämlich der besten erhalten. Trotzdem nehmen fürsorgliche Hausfrauen in die Sommerfrische für alle Fälle einige Pakete Sunlicht Seife mit, um sie bei Bedarf sofort zur Hand zu haben. Wenn es gilt die Sommertoilette, eine Blouse, ein Paar Handschuhe usw. schnell und erfolgreich zu reinigen, wird sich Sunlicht Seife stets vortrefflich bewähren. Bei der Abreise vergesse man also das Beste nicht!

Turmstr. 76 **Lachmann & Scholz** Ottostr. 1
 Warenhaus.

Saison=Räumungs=Verkauf

Diese Woche: Extra-Preise für **Hüte, Strümpfe, Blusen**

Doppelte Rabattmarken am Dienstag, Mittwoch, Donnerstag.

*) Wenige Artikel ausgenommen.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
IV. Berliner Reichstagswahlkreis
(Frankfurter Viertel.)
160a. Begleit.

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Tischler
Paul Laurischk
nach schweren Leiden an der Pro-
statierkrankheit gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 20. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, vom Krankenhaus
Friedrichshain (Eingang Wichow-
straße) nach dem Zentral-Fried-
hofe in Friedrichshain statt.
Um rege Beteiligung ersucht
243/19 Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass der Kollege, Tischler
Paul Laurischk
am 17. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 20. Juni, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, vom Kranken-
haus Friedrichshain (Eingang
Wichowstraße) aus nach dem
Zentral-Friedhofe in Friedrichs-
hain statt.
Um rege Beteiligung ersucht
87/15 Die Ortsverwaltung.

**Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.**
Am 16. d. M. nach langem
Leiden unser Mitglied, der
Zimmerer
Karl Mann.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 19. d. M., nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Dorotheenstädtischen
Kirchhofes in Reinickendorf-West,
Schmiedestraße 1-2, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
24806 Der Vorstand.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort
(setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben
zählen doppelt.

Verkäufe.

**Gardinenhand Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 14**
Fahrräder, Teilzahlungen. Berg-
straße 28, Stalitzerstraße 40. 16098*

Teppiche! (siehe Seite) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Brunn, Haderich
Markt 4, Bahnhof Böse. 263/3

Wäbelfabrik, Dranienstraße 58,
direkt Westplatz. In meinen drei
Etagen stehen komplette Wohnungs-
einrichtungen in jeder Preislage vom
Einfachen bis zum Eleganten.
Besondere Gelegenheit bietet ich in
verleihen gewissen, fast neuen
Küchen, die bedeutend herabgesetzt
sind. Besichtigung erbeten, ohne Kauf-
zwang. Aufstehend billig verkaufte ich
neue Schlafkammern 17, Schlafsofa 27,
Sattelstuhlssofa 45, Vaneissofa 55,
Wanduhr 50, köstliche Wäb-
garnitur 75, Essentrentum 29,
Bettstelle mit Matratze 16, Ansteh-
tisch 16, Musikständer, Vertiko 27.
Gefasste Möbel können drei Monate
kostenfrei lagern. Teilzahlung ge-
wollt. Auch Sonntags geöffnet.
Musterbuch gratis. 1623K*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrik-
niederlage Große Frankfurterstraße 9,
parterre. 11

Wasserkocherhand! Geschlossene
Smelchgeschlocher! 5,00. Einlochgeschlo-
cher! 0,75. Badhahelapparat! 3,00.
Dreikammige Bronzefasstronen! 6,00.
Waschbän! 1 1/2. Wochauer, Wäbner-
theaterstraße 32. 1620K*

**Kinderwagen, Sportwagen, Kinder-
bestellen, gebrauchte, zurückgeleichte**
spottbillig. Schneider, Kurfürsten-
straße 172. 2176K*

Grüntrangehäuf, Brotställe
Bappei-Wäbe 5. 152*

**Restaurant mit guter Kund-
schaft, in der Nähe viel Neubauten,
wegen Krankheit zu verkaufen. Möb-
redlungstr. 29. 1429***

**Leihhaus Brinzenstraße 28, 1. Etage,
Ede Ritterstraße. Verkaufte Pländer,
Gelegenheitskäufe, Goldschmied jeder
Art, goldene Uhren, verkauft spott-
billig.**

**Hochlegante Herrenanzüge und
Paletots aus feinsten Stoffen 25-40
Mark. Verkauf Sonnabend und Son-
ntag. Verbands Germania, Unter
den Linden 21. Keine Pfälzen. 1507K***

**Wäb-Schnellwäber 45,00, Lang-
schiffen 25,00, beide fast neu, nur
kurze Zeit gebraucht, tadellos, wegen
Aufgabe. Wäbgeschlocher, Ritter-
straße 16. 1430***

Am Sonnabend, den 16. Juni,
entschlief sanft infolge Schlag-
anfalls im 81. Lebensjahre unser
guter Vater, Schwiegervater und
Großvater, der Bauer
Friedrich Schulze.
Tief betrauert
von den Hinterbliebenen.
Beerdigung: Mittwoch, den
20. d. M., nachmittags 5 Uhr, von
der Leichenhalle des Friedrich-
Berderfchen Kirchhofes, Berg-
mannstraße. 2477B

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass der Kollege, Drechsler
Max Kirsch
am 17. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 20. Juni, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, vom Kranken-
haus Friedrichshain (Eingang
Wichowstraße) aus nach dem
Zentral-Friedhofe in Friedrichs-
hain statt.
Um rege Beteiligung ersucht
87/14 Die Ortsverwaltung.

Berliner Männerchor 1905.
(M. d. V. S. V.)
Todes-Anzeige.
Hierdurch die Mitteilung, dass
unser meiter Sangesbruder
Max Kirsch
nach langem Leiden entschlafen ist.
Sein Andenken werden wir in
Ehren halten.
Die Beerdigung findet Mittwoch
nachmittags 4 Uhr von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshain aus statt.
2483B Der Vorstand.

Für die liebevolle Teilnahme und
vielen Krampfen bei der Beerdig-
ung meiner lieben Frau **Auguste
Thiem** sage ich allen Verwandten
und Bekannten, besonders dem Ehe-
paar und Kollegen der Firma B. Weiskopf,
den Kollegen von Kuttner u. Paul, sowie
dem H. G. V. „Georgina“ meinen
besten Dank.
Georg Thiem,
15682 Faldensteinstr. 38.

**Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.**
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Dauftagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Vaters und guten Vaters
sagen wir allen Verwandten und
Bekanntem sowie dem Wahlverein für
die herzliche Krampfen unsere
herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Bitte **Jda Adelt.**
Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ede Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neues Katalog
m. Einbl. viel. Aerm. u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW. Friedrichstraße 77-78

**Universal-
Wunder-
Aether**
früher
„Weltwunder“
in bei
Kopfschmerzen
jeder Art, Migräne, Sonnenhitze,
geistiger Anspannung ein wunder-
bares Kopfnervenstärkungsmittel von
überraschend schneller, im höchsten
Grade wirksamer, anregender u. neu-
belebender Wirkung für die Nerven.
Der Gesundheit unschädlich, nur
Ausserordentlich anzuwenden, R. R. 1.50
(hante R. 1.80) zu beziehen durch
Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.

Ausnahmepreise
für Juni, Juli.
A. B. Koch, Kohlen-Groß-Handlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 15.
Fernsprecher Amt 7, 3040.
Preise für nur 10 Mark ab Maß
von 10 Ztr. an:
Prima la Halbsteine (bekannte
Marken) pr. Ztr. 75 Pf.
la Mariengrund pr. Ztr.
(110 bis 120 Stk.) 78 Pf.
la Diamant (110 bis
120 Stk.) 80 Pf.
la Hise u. Hise, pr. Ztr. 85 Pf.
la Rauhstr. Cabé 3, 2, 10 Pf.
Reiß, Steinbohlen usw. zu den
billigsten Tagespreisen. Anlieferung
frei Keller je nach Quantum pr. Ztr.
10-15 Pf. mehr. - Bei Original-
Waggons und größeren Abfällen
verlangen Sie meine Spezialkarte.
Kleine Bohlen frei
Weidenweg 12. d. Trübsch I.

Neuerscheinungen.
Wir empfehlen unseren werthen
Lesern folgende in letzter Zeit er-
schienene Schriften: 231/8*

Wilhelm Liebknecht
Sein Leben und Wirken.
Unter Benutzung ungedruckter
Briefe und Aufzeichnungen
herausgegeben von
— **Kurt Sisser.** —
Zweite erweiterte Auflage mit Ver-
trats- und Abbildungen.
Preis 60 Pf.
In besserer Ausstattung 1.50 Mk.

Schule, Kirche, Arbeiter. Ein
Vortrag von Paul Göhre.
Preis 15 Pf.

**Der preussische Volkschulgesetz-
Entwurf.** Materialien zu seiner
Bewertung. Preis 20 Pf.

**Notwendige Agrarier von Bruno
Schmidt.** Preis 40 Pf.

**Geist und Sozialismus oder:
Das Ich und die Gesellschaft,**
eine dialektische Studie von Karl
Hoffmann. Preis 25 Pf.

Religion und Sozialismus von
Dr. Anton Pannekoek.
Preis 30 Pf.

Kindereisenb. Proletarische Gegen-
wartskämpfer von Otto Rühle.
Preis 75 Pf.

Fürst Krapotkin, Memoiren eines
russischen Revolutionärs. Mit
Vorwort von Georg Brandes.
Volksausgabe. Preis 4 Mk.

Die Lesing-Legende. Zur Ge-
schichte und Kritik des preussischen
Despotismus und der russischen
Literatur von Franz Redding.
Zweite Auflage. Preis 2.50 Mk.
Geb. 3.-

Marx und Kider. Fortsetzung von:
„Die Waffen nieder“ von Veria
u. Suttner. Volksausgabe.
Preis 1 Mk.

**Die entstandene Welt und
Menschheit?** Von Billy
Peterson-Rindberg. Mit
zahlreichen farbigen und schwarzen
Zeichn., Karten, Vellagen und Text-
abbildungen. Preis 2.- Mk.
Geb. 2.50

Ferner empfehlen wir:
„Perlen der Malerei.“ Bildwerke
berühmter Meister.
Preis pro Blatt — 50 R.
auf weissem Karton L.—

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68
Laden. Lindenstr. 69 Laden.

Ausverkauf
nach der Inventur!
Gardinen und Stores
weiß, creme u. ockerfarben, abgeg. Fenster = 2 Shawis.
Echt engl. u. Brüssel. 250
Tüll m. Band eingef. 12 bis 2 M.
Prima Spachtel-Tüll 950
m. Batist-Auflage 18 bis 9 M.
Echt Erbstüll, reich m. 875
Bändchen, Handarb. 25 bis 8 M.

Relief-Tüll-Stores, neue 900
Sezoss.-Muster 5 bis 4 M.
Echte Spachtel-Stores, 525
Applik. m. Spinnen 12 bis 5 M.
Point lace, Stella- und
Lacet-Stores a. Erbstüll, 600
Neuheit 18 bis 6 M.

Steppdecken.
Seidenart. Lasting 750
à 14, zweis. 12, 9 u. 4 Mk.
Wolltülls à 10, 8, 6, 5 u. 4 Mk.
Purpur, echt rot, 250
à 5, 3, 25 u. 2 Mk.
Seiden-Atlas, 10 Mk.
alle Farb., 20, 15, 12 u. 10 Mk.

Excelsior Kloth 475
à 9, doppels. 8, 6, 50 u. 4 Mk.
Satin, gemustert, à 6, 5 u. 4 Mk.
Türkisch-Cretonne 225
à 4, 50, 3 u. 2 Mk.
Daunen-Decken 18 Mk.
à 30, 26 u. 18 Mk.

**Vorjährige Muster und Restbestände jetzt fast
für die Hälfte des Preises.**

**Teppichhaus
B. Hurwitz**
Rotes Schloß 1072L*
vis-a-vis dem National-Denkmal.

Mottenfraß ist vollkommen unmöglich bei Anwendung
von Reichels Spezial-Mottenpulver
à 50 Pf. u. 1.00 Pf. 3.00 oder
Reichels Motteninfrakt à 75 Pf., 1.50 u. 2.50. Diese seit Jahren
durch ihre sichere Wirkung bekannten Mittel treiben jede Motte aus, töten
die Maden und sind die einzigen, die selbst von Motten beschädigte
Zachen vor weiterer Zerstörung schützen. Nur echt und garantiert
mit Marke „Tod u. Teufel“.

**Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4, Lieferant für Arme
und Marine.**
Telephon-Anschlüsse IV. 646, 3190, 4502.

**H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Aker 5.**
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 606L*
Am 4, 3014.

Lebenerstr. 13 frei 1 Laden m. Bohne a 87 1/2, R. d. Demisel, III.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahme-
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,
bis 5 Uhr angenommen.

Mähmaschinen. Bergüte 10 Mark
mehr laut oder nachweilt. Sämtliche
Systeme möglichen 1.00. Alte Ma-
schinen nehme hoch in Zahlung, Volt-
farte, Kreuze, Algorstraße 17. 192/12*

Teppiche billig Briefl. Große
Frankfurterstraße 9, parterre. 11

**Küchen mit einer Tribüne, mit
und ohne Räder, für Kunden-
besitzer passend, preiswert abzugeben.**
Groschenstraße 58. 2481B

Gelegenheitskäufe: Paletots, An-
züge, Hosen, Koffer, Revolver,
Leuchtm., Uhren, Goldschmied, Kessel,
spottbillig. Lude, Dranienstraße 131.

**Reisegläser, Operngläser, Reiz-
zeuge, Regulatoren, Freilichtwäber,
Darmenlöser, Pelgen, Hühner, Silber,
Teppiche, spottbillig. Lude, Dranien-
straße 131. 2471B***

**Monatanzüge, Sommerüber-
zieher von 5 Mark an, große Aus-
wahl für jede Figur, auch neue ein-
gante Garderobe aus erster Bezugs-
quelle. Schneidermeister Paul Hülten-
zelt. Kur Kolenkalerstraße 10. Kein
Laden. Gute keine Pfälzen. 266/8***

**Mähmaschinen, ohne Anzahlung,
möglichen 1.00. Aderstraße 111,
Borschauerstraße 67, Wienerstr. 1-6.**

**Mähmaschinen, Jable bis 12,00,
mit Teilzahlung laut oder nach-
weilt. Sämtliche Systeme. Rode
1.00. Voltfarte. Draxler, Ritter-
straße 90. 1430***

**Patentanwalt Bessel, Glöckner-
straße 9a. 2172B***

**Platinabfälle, alte Goldschmied,
Silber, Gebisse, alte
Uhren: Kehrholz, Brillanten, Perlen,
sowie sämtliche gold- und silberhaltigen
Abfälle laut Goldschmied Brod,
Brangelstraße 4. Telephon Amt 4,
6958. 132/18***

Teilzahlung. Anfertigung eige-
narter Herrngarderobe. Marcus,
Andersbergstraße 76. 133/18

**Hiermit nehmen wir die gegen die
Eheleute Demiche ausgesprochenen
Beleidigungen zurück und erklären,
dass sich die Kränkungen nicht be-
wahrheiten. Adersdorf, den 17. Juni
1906. Ehr. Vater und Frau. 16322***

Suche Abnehmer für Pfefferlinge
nach brieflicher Uebereinkunft. Hr.
Schimmelmann, Kolonialwaren-Hand-
lung, Ralchow, Reddenburg. 2472B

Ehrenerkennung. Ich habe meinen
Kollegen, den Maurer Wilhelm
Peper junior, ungeschwiegerweil
schwer beleidigt. Ich nehme hiermit
die Beleidigung zurück und erkläre
den Kollegen Peper für einen ehr-
lichen Menschen. Ernst Dittmann,
Steinwegstraße 21. 2484B

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Bücherrevisor Schaub, Borsdorfer-
straße 73. Einrichtung, Fortführung,
Revisionen der Geschäftsbücher. Sach-
verständiger Rat. Buchführung
abonnementsweise. 161

Möbeler Statistiker bittet um
Arbeit. Stühle werden abgeholt und
zurückgeliefert. H. Gläber, Ralchow-
straße 27. 1468B

Stellenangebote.

Automobilführer! Jedermann
mild Schnellstens zu erstklassigem
Chauffeur ausgebildet. Lehrpläne
kostenlos. Günstigste Erfolge. Auto-
technikum, Berlin, Spidelerstraße. *

Waltererling sofort oder später.
N. Jahn, Rantaustraße 101. 149*

Vader verlangt Goldschmied
Lokumstraße 5. 1633K

Selbständige Schmiede verlangt
Emit Kühne, Kunst- und Bauhilfserei,
Edeglig, Kohnstraße 6. 1631K*

**Farbmacher, Arbeitsbursche,
Lebung zur Vergolderet. Jäger,
Kantoniellstraße 34. 146**

Mahnenmacher verlangt Stahl-
schreiberstraße 52. 161

Reisungsmonteur und Helfer
sofort verlangt; meiden Monteur
Breiter, Behnenet, Sedanstraße 47.

Tüchtiger Kranz-Schmied verlangt
Hartge, Ralchowstraße 144.

Farbmacher verlangt Kreisch-
mann, Ralchow, Jägerstraße 66. 1116

Wasserhahnen, Schmittmacher
verlangt Georg Schulz, Weissen-
straße 71. 133/19

**Arbeiterinnen auf Cocos und
Palmenblätter** gesucht Alexandrinen-
straße 119/120. 2469B

**Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.**

Tüchtiger Kaufmann,
sucht Expedient und verantwortlich
für den Inzeratenteil einer größeren
Zeitung der Partei, sucht Stellung,
Wett. E. H. unt. U. 4 Exped. d. V.

Steinholzfussbodenleger,
selbständige, werden per sofort ge-
sucht. „Polament“, Deutsche Stein-
holzwerke, Kanstr. 38 a. 15472*

Einsteher,
mit der Goodbear-Einstechmaschine
voll vertraut, erhält sofort Stellung
als Monteur. — Offerte unter T. 4
an die Expedition dieses Blattes. *

**Achtung!
Fliesenleger!**
Begen Akkorarbeit und anderer
Differenzen sind sämtliche Bauten der
Firma
Schmalisch & Below
gesperrt.

Die Bauten sind:
Rohstr. 38 und 39, Bau Tischpfe.
Kene Kanstr. 1, 2 und 3 sowie der
Bau Lange.
Quellenplatz, Ede Kaiser Friedrichstraße,
Bau Haase.
Sadowastraße 10, Bau Hollmann.
Barbarossastr. 10, Bau Berndt.
Rixdorf, Donaustr. 63, Bau Berndt.
Langnid und Bau Lang.
Bismarckstraße, Bau Schallfeldberg.
Giebelbrechtstraße, Bau Herold.
Legeler Weg 105.
Rietowstraße, zwei Bauten Danning.
Vichow-Krankenhaus, Seefstraße.
Friedrichstraße, Bau Jander.
Schwabstraße, Bau Jander.
Vertheidgadenstraße, Bau Kranz.
Friedrichsberg, Rügellstraße, Ede der
Schornweberstraße.
Wormstr. 10.

Es ist Pflicht jedes organisierten
Kollegen, diese Bauten streng zu
meiden.
144/11*

Die Zettionsleitung.

**Fritsche-Baumbach, Säge-
neberg, Bahnhofsstr.**

H. Reib, Lützowstr. 107/8.

H. Schubert, Wilhelmstr. 121.

**C. Metschke & Co., Zimmer-
straße 94.**

A. Schoß, Putzamerstraße 19.

A. Schoß, Dessauerstraße.

**Schneider & Ziegler,
Ritterstr. 76.**

Rickmann, Wilhelmstr. 121.

**Naucke Buchdruckerei, Staff-
schreiberstraße 5.**

Ad. Ludwig, Wilhelmstr. 5/6.

Flock Nachf., Lützowstr. 87.

Kammerer, Kochstr. 67.

C. F. Walter, Wallstr. 16/17.

Rich. Gahl, Chausseestr. 2a.

Agthe, Wilhelmstr. 119/20.

Lotze & Meier, Kochstr. 3.

**Ad. Wittenburg, Wilhelm-
straße 16.**

**Xaver Külle, Reichenderger-
straße 36.**

Kartonarbeiter u. Arbeiterinnen!
Kartonnier!

In der Kartonfabrik von Ad.
Lesser, Krautstraße, sind täch-
liche Differenzen ausgebrochen.
Diese Betriebe sind gesperrt!
Die Firma **Aloys Suk,** Reander-
straße 4 (Reanderhof)
ist für Galanteriearbeiter und
Arbeiterinnen wegen Differenzen
gesperrt.
24/12 Die Ortsverwaltung.

**Bederbetten, schöne breite, Stand
20 Mark, Dresdenstraße 38, vom
II. Rntz. 133/3***

**Schuhmacher - Einrichtung mit
Waren wegen Todesfall billig.**
Dagenauerstraße 15, parterre. 1452

Bücherei mit guter Kundschaf
wegen Todesfall preiswert zu ver-
kaufen Mariendorferstraße 4, abends
8-9 Uhr. 2476B

**Bettstellen mit Matrassen ver-
kauft Hoffmann, Sidingenstr. 44, II.**

**Habrad, billig. Müller, Stalitzer-
straße 29a, I. 2474B**

Verschiedenes.

Kunstphoterei von Frau Kolosch,
Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

**Flauberte, Brinzenstraße 63,
täglich 8-9, Sonntags bis 2. 1429K***

**Aufpolierung, Matratze 5,00,
Sofa 6,00. Kolls, Neue König-
straße 2. 139/13**

**Platina, alte Fahngelbe, über-
schätzte Preise. Kistenstraße 199 II. Ede
Joachimstraße. 2451B***

Wohnungen.

**Ein großes Zimmer mit Kochgelat
und separaten Eingang zum 1. Juli
zu vermieten Poststraße 4. ***

Zimmer.

Möbliertes Vorderzimmer ver-
mietet 40 Ralchow, Simon Dach-
straße 40, III. 1430

**Möbliertes Zimmer, 1 Herr
tam mit einwohnen. Ederleben,
Kreuzbergstraße 48, Seltensiegel I.**

**Stube, separat, 1 oder 2 Herren,
Brennstraße 49 II. 26K.**

**Möbliertes Zimmer, 1 auch
2 Herren. Balm, Naunplatzstraße 52.**

Schlafstellen.

**Herr kann einwohnen Rixdorf,
Emmerstraße 92, vom IV. Heimrich.**

Schlafstelle vermietet Frau Bor-
wert, Ribbenstraße 10, vom IV.

**Möblierte Schlafstelle, zwei
Herren, vermietet Querden, Rixdorf,
Boddinstraße 59. 2466B**

Mietgesuche.

Genosse sucht Einzelzimmer
(separat), Prenzlau, Nähe Säden.
Offerten H. P. 79, Hauptpostamt.

Deutsch. Buchbinderverband
(Zahlstelle Berlin).

Folgende Firmen haben, weil das
Personal nach der Beerdigung der
Anspannung nicht reumäßig und
Bedingungslos in die Betriebe zurück-
geleitet, weiter respektive erneut aus-
gesperrt:

**G. Wäbden & Co., Wilhelm-
straße 9.**

H. Sperling, Friedrichstr. 16.

D. Bleistein, Friedrichstr. 16.

**Läderitz & Bauer, Rauer-
straße 60.**

**Deutscher Holzarbeiter-
Verband.**

Begen Streit und Lohn Differenzen
sind gesperrt:

**Für Tischler, Polierer und Ma-
schinenarbeiter**

**Franz Schulz, Frankfurter
Allee 25.**

Pleper, Bernauerstr. 80.

**Für Tischler, Polierer, Arbeiter:
Joseph Drechsler, Guben-
straße.**

**Für Korbmacher:
Stralauer Glashütte.**

Für Stellmacher 85/1
Rotorwagenfabrik Gottschalk in
Reinickendorf.

**Für Bürkenmacher:
Der Junngschneidewid, Brunnen-
straße 151.**

Für Parfettbodenleger
Die Firma **Complahn,** Hoffen-
meister Welfsch, Bau Niebu-
straße 76, Ziebelstraße, Par-
zelle 2.

Bau Bernd, Schöneberg, Oberstr.
Zugut ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung
des Holzarbeiterverbandes.

Partei-Angelegenheiten.

Ueber die Parteibewegung vom Jahre 1860-1891 wird Genosse Platon heute im Lokale von Voelker, Weberstr. 17, referieren.

Schöneberg. Die Parteigenossen werden nochmals auf die heute abend 8 1/2 Uhr bei Frau Reu, Reu-Str. 50, stattfindende Versammlung des Wahlvereins aufmerksam gemacht. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollzähliges Erscheinen. Der Vorstand.

Treptow-Baumgartenweg. Die Parteigenossen werden noch einmal auf die heute abend 9 Uhr bei Frau Reu, Reu-Str. 50, stattfindende Generalversammlung des Wahlvereins aufmerksam gemacht. Die Genossen treffen sich in ihren Bezirkslokale, von welchen um 8 1/2 Uhr der gemeinsame Abmarsch erfolgt. Der Vorstand.

Reinickendorf-West. Die Parteigenossen werden nochmals auf die heute abend 8 1/2 Uhr im Lokale von Franke, Eichhornstr. 18, stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. Recht zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Friedenau. Heute abend 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Grube, Kaiser-Allee. Tagesordnung: 1. Vortrag über „Austritt aus der Landeskirche“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Parteigenossen, die noch kein neues Mitgliedsbuch haben, können dasselbe in Empfang nehmen. Reges Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Röpenitz. Heute Dienstag findet die Wahlvereinsversammlung beim Genossen Karl Seibel statt; auch werden dort die übrigen neuen Mitgliedsbücher ausgegeben. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Wenn Jungen auf der Straße Ball schlagen.

Die Lehrerschaft will nicht viel davon hören, daß sie sich auch ein bißchen darum kümmern soll, was die Kinder außerhalb der Schule treiben. Taucht irgendwo der Vorschlag auf, man möge diese oder jene Untugend der Straßensugend durch die Schule zu bekämpfen versuchen, dann wird das in der Lehrerpresse gewöhnlich mit Hohngelächter aufgenommen. In Berlin halten es viele der an Gemeindeschulen tätigen Herren und Damen für zweckmäßig, möglichst nicht in der Nähe ihrer Schule zu wohnen, damit nicht auch noch am Nachmittag ihr Blick auf die Kinder zu fallen braucht, mit denen sie am Vormittag „sich herumärgern müssen“.

Doch es gibt auch Ausnahmen. Wenn bei der Schule eine Beschwerde einläuft, daß der oder der Junge auf der Straße Anflug getrieben habe, dann erwacht bei manchem unserer Pädagogen das Verantwortlichkeitsgefühl. Aber die Fürsorge, die er dem Irrenden zuteil werden läßt, besteht dann zumeist darin, daß er ihm eine tüchtige Tracht Prügel verabreicht. Das Verfahren ist sehr bequem. Nur werden unwissende Laien dabei die Frage aufwerfen, woher eigentlich die Schule das Recht nimmt, Kinder für die zur Schule in keiner Beziehung stehenden Uebertretungen zu strafen, wenn sie selber sich sonst so wenig darum kümmern, was die Kinder außerhalb der Schule treiben. Im übrigen werden Lehrer, die in solchen Fällen einem Wink von außen folgen und zum Stock greifen, sich nicht wundern dürfen, wenn sie den Eltern in der Rolle des Büttels erscheinen.

In der Rosenthaler Vorstadt hat ein Schullehrer die Schule sogar in den Dienst der Polizei gestellt. In dem 89. Polizeirevier (Gegend der Straßburgerstraße, Wolgasterstraße usw.) hat die Polizei einen Feldzug gegen die Straßensugend eröffnet, die sich am Ballspiel vergnügt. Nach § 90 der polizeilichen Straßensordnung für Berlin ist untersagt, „das Werfen mit Bällen, Schnee usw., das Schießen mit Armbrüsten und Blasröhren auf öffentlicher Straße, sowie das Aufhoden auf Fuhrwerke, welche sich in Fahrt befinden.“ Zwar ist das den meisten Leuten ebenso wenig bekannt wie all die anderen Dinge, die durch besagte Straßensordnung verboten sind. Aber das braucht die Polizei nicht zu hindern, gelegentlich mal gegen die jugendlichen Ballspieler mit ihrer bewährten Folsche vorzugehen. Im 89. Revier sind wiederholt Jungen, die auf der Straße Ball schlagen, von Schullehrern aufgeschrieben worden, und in mehreren Fällen sind hinterher Strafmandate gekommen, die bezahlt werden mußten. Selbst in der Straßburgerstraße, die aus einer Mittelpromenade, zwei Fahrdämmen und zwei ungewöhnlich breiten Bürgersteigen besteht, ist die Polizei in dieser Weise gegen Ballspieler eingegriffen, weil sie der Ansicht war, daß Passanten „belästigt“ werden könnten.

Einer der uns bekannt gewordenen Fälle ist dadurch interessant, daß der betreffende Junge von seinem Gemeindefullehrer, den die Polizei von dem genannten Frebel in Kenntnis gesetzt hatte, geprügelt worden ist. Der Herr wird gewiß überzeugt gewesen sein, daß das nicht nur sein Recht, sondern sogar seine Pflicht sei. Aber noch etwas anderes sollte er für seine Pflicht halten. Er sollte dafür Sorge tragen, daß alle Kinder seiner Schule hinreichend darüber belehrt werden, welchen Gefahren sie sich aussetzen, wenn sie auf der Straße Ball schlagen. Ist in dieser Schule allen Kindern diese Belehrung rechtzeitig zuteil geworden? Wenn nicht, so sei der Herr Rektor hiermit öffentlich daran erinnert, daß er das schleunigst wird nachholen müssen. Es handelt sich um Rektor Lauth von der 132. Schule in der Demminerstraße. Die Lehrerpresse wird wahrscheinlich wieder ausrufen: Was nicht alles von der Schule verlangt wird! Aber wenn Lehrer sich nicht für zu schade halten, auf Grund polizeilicher Anzeige ihre Schüler auszuhauen, dann werden sie wohl auch dazu nicht zu schade sein, ihre Schüler über polizeiliche Vorschriften zu belehren.

Allen Freunden der Jugend sollte dieser Feldzug der Polizei gegen die Ballspieler ein Anlaß sein, erneut mit Energie darauf zu dringen, daß den Kindern mehr Spielplätze zur Verfügung gestellt werden. Vor allem müßten nun sofort sämtliche Schulhöfe den Kindern freigegeben werden, und zwar nicht nur für die Ferien, sondern das ganze Jahr hindurch. Den Gemeindefullehrern paßt das zwar nicht, aber das kann nicht maßgebend sein. In allererster Linie empfehlen wir schleunigste Freigabe des Hofes der 132. Schule, auf dem Herr Rektor Lauth wohnt. Was soll eigentlich ein Berliner Junge auf der Straße

treiben, wenn das Verbot „mit Bällen zu werfen“ streng durchgeführt wird? Was bleibt ihm denn da noch viel übrig? Darf man sich wundern, wenn er dann müßig umherlungert oder Unfug stiftet?

Uebrigens zeigt sich bei dieser Angelegenheit aufs neue, daß unsere Berliner Schulleute zwar vieles, aber doch nicht alles bemerken. Das 89. Polizeibureau befindet sich in der Wolgasterstraße. Kurz vor einer der von uns erwähnten Sitzungen hollschlagender Jungen war unmittelbar unter den Fenstern des Polizeibureaus ein Ballspiel getrieben worden, das vielleicht auch manchem Passanten lästig gewesen sein wird. Die Ballspieler waren zwei Mädchen, ein großes und ein kleines — das Dienstmädchen des Polizeileutnants und seine Tochter. Was wird der Herr Leutnant sagen, wenn mal ein Schuttmann diesen Frebel bemerkt und zur Anzeige bringt?

Die Tagesordnung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 21. Juni, ist wiederum eine äußerst reichhaltige, sie enthält u. a. folgende Punkte: Berichterstattung über die Vorlage betreffend den Erwerb einiger zur Verbreiterung der Ballstraße zwischen Grün- und Inselstraße erforderlichen Flächen im Enteignungsverfahren; Berichterstattung über die Vorlage betreffend die in den Etat für 1906 aufgenommenen neuen oder abgeänderten Gehaltslisten; Vorlage zur Beschlußfassung betreffend die Herstellung des Anschlusses des Gasthausgrundstückes in Treptow an die Kanalisationsanlage; Vorlage betreffend den Entwurf zum Neubau einer Gemeinde-Doppelschule in der Brombergerstraße, Vorlage betreffend den Vorentwurf zum Neubau einer Turnhalle auf dem Grundstück der 31. Gemeindefchule, Alt-Moabit 23, Vorlage betreffend die Bewilligung von Mehrkosten für die Herstellung einer direkten Entwässerungsleitung von dem Schwimmbassin des Volkshades Dennewitzstraße nach dem Landwehrkanal, Vorlage betreffend den Generalkostenanschlag einschließlich des Hauptinventaranschlages für den Neubau des Rudolf Virchow-Krankenhaus, Vorlage betreffend die Herstellung eines Verkehrs über die Gemeindefverwaltung für die Staatsjahre 1901-1905, Vorlage betreffend den speziellen Entwurf für die Heimstätte für weibliche Genesende in Mankenburg; Vorlage betreffend den Vorentwurf zum Neubau einer Fleischverarbeitungs- und Wertverwaltungsanstalt bei Münding, Kreis Ober-Barnim; Vorlage betreffend den Verkauf eines Grundstückes in Vorhagen-Rummelsburg an die Verwaltung des Krankenhauses in Rummelsburg; Vorlage betreffend die Uebernahme eines Teiles der bei dem Bau von Familienwohnhäusern für die Betriebsarbeiter in Niedersdorf entstehenden Baukosten; Vorlage betreffend den Erwerb von Ländereien in Lohdeberg und Großbeeren zur Einlegung von Kanalisationsdrainagen; Vorlage betreffend mehrere Kostenschläge für den Neubau der Anstalt für Hospitalisten in Buch; Vorlage betreffend die Annahme der letztwilligen Zuwendung des Rentiers Karl Emil Richard Schmidt; Vorlage betreffend die Aufnahme zweier neuer Straßen in die Abteilung X des Bebauungsplanes, sowie den Erwerb eines Schulgrundstückes in der Schöningsstraße; Vorlage betreffend das Orisstatut II vom 7.10. März 1877; Vorlage betreffend die Zahlung einer Entschädigung für Enteignung des Grundstückes Neue Grünstraße 25 durch den Neubau der Grünstraßenbrücke; Vorlage betreffend die Zahlung eines Beitrages zu dem Bau der Gärtnerei von Gütergoy nach Philippsdahl, Austausch von städtischen Ländereien in der Potsdamer Forst gegen städtisches Gelände in der Gemarkung Gütergoy und Abschluß eines Vertrages wegen Pachtung bzw. Regulierung eines Entwässerungsgranges in der Potsdamer Forst.

Die Berlin gewachsen ist, das zeigt die Zunahme des Geschäftsbereiches der Berliner Feuerzsjekität, zu der ja jeder Hauseigentümer Berlins gehören muß. Im Jahre 1905, über das jetzt die Verwaltung der Feuerzsjekität ihren Bericht erstattet, stieg die Zahl der versicherten Grundstücke auf 25 658 und die gesamte Versicherungssumme auf reichlich 1/2 Milliarden Mark, genauer: 4594 Millionen Mark. Dagegen beliefen sich, wie die Vergleichung mit den früheren Jahren ergibt, die Grundstückszahl und die Versicherungssumme vor 10 Jahren auf 22 965 mit 3505 Millionen Mark, vor 20 Jahren auf 19 885 mit 2286 Millionen Mark, vor 30 Jahren auf 16 019 mit 1402 Millionen Mark, vor 40 Jahren auf 13 001 mit 787 Millionen Mark. In den letzten vierzig Jahren erhöhte sich die Zahl der Grundstücke auf das Doppelte. Dabei ist zu beachten, daß Berlin seit fünfundsiebzig Jahren keine Eingemeindung von Umfang mehr gehabt hat. In denselben vierzig Jahren wuchs die Versicherungssumme sogar auf das Fünfundeinhalbfache. Daß sie um so viel stärker zunahm als die Zahl der Grundstücke, das erklärt sich zwar nicht lediglich, aber doch hauptsächlich daraus, daß in Berlin heute die Grundstücke im Durchschnitt bedeutend umfangreicher sind als in früheren Jahrzehnten. Die durchschnittliche Versicherungssumme pro Grundstück belief sich im Jahre 1905 auf 177 000 M., vor zehn Jahren auf 153 000 M., vor zwanzig auf 118 000 M., vor dreißig auf 91 000 M., vor vierzig Jahren auf 60 000 M.

Die Arbeiterbillets, die von einigen Firmen an „ihre Arbeiter“ zum Besuch der landwirtschaftlichen Ausstellung abgegeben werden und von denen in unserer Sonntagsnotiz: „In der landwirtschaftlichen Ausstellung“ die Rede war, scheinen dem Druckfehlerobold noch zu teuer zu sein, denn er setzte den Preis derselben einfach auf 30 Pfennig fest, während sie mit 50 Pfennig abgegeben werden.

Beschreibung des ersten Fernsprechamtes nach dem neuen System. Das neue Fernsprechamt Berlin-Charlottenburg erwirkt als erstes nach dem neuen Berliner System besonderes Interesse. Es sind dort alle Vorbereitungen getroffen, um die Uebertragung des Betriebes in der Nacht vom Montag zum Dienstag in wenigen Stunden durchzuführen. Die Leitungen der Teilnehmer gabeln sich bei der Einführung in das neue Amt. Der Weg zur neuen Einrichtung ist durch Holzstöpsel unterbrochen. Man braucht diese einfach herauszunehmen, um den Weg zum alten Amt ebenso zu verperren, eine Arbeit, die etwa um Mitternacht beginnt und um 3 Uhr beendet sein dürfte. Das alte Amt ist erst seit dem 19. Juli 1903 in Betrieb. Bis zum 19. Juni 1906 wird es also nur 35 Monate in Betrieb gewesen sein. Es war aber an der Grenze seiner Aufnahmefähigkeit angelangt. Statt eines kostspieligen Erweiterungsbauwerkes für kurze Zeit hat man vorgezogen, gleich ein neues Amt nach der Art zu errichten, wie sie ganz Berlin erhält. Die Hauptneuerung besteht in der Verlegung der Stromerzeugung zum Sprechen wie zum Rufen nach dem Amt. Es bringt dies den Vorteil größerer Gleichmäßigkeit und Sicherheit des Betriebes. Für die Erzeugung des Stromes sind umfangreiche Maschinen- und Schaltanlagen notwendig, die den Einbruch eines Elektrizitäts- oder Kraftwerkes machen. Der Strom wird als Drehstrom von 3000 Volt von dem städtischen Elektrizitätswerk geliefert. Er wird auf 120 Volt Gleichstrom gebracht und damit bei einer Spannung von 7,2 bis 16,5 Volt und 400 Ampere, 12 Sammlerzellen zu je 2 Volt Gleichstrom geladen. Aus dieser Zentralkategorie, die an die Stelle der kleinen Batterien bei den Teilnehmern tritt, wird der gemeinsame Ruffstrom, der Strom für die Speisung der Lampen sowie für die Prüfung- und Schlußzeichen-Einrichtung entnommen. Für die Betätigung der Glocken beim Anrufen erzeugt eine besondere Aufnahmegeräte Tag und Nacht ununterbrochen Wechselstrom von 52 Volt. Der Antrieb erfolgt ebenfalls durch Drehstrom aus dem städtischen Werk. Zur Sicherheit sind alle Einrichtungen doppelt vorgezogen. Die eigentliche Vermittlungsstelle konnte in demselben großen Saale des Amtes untergebracht werden. Von der zuletzt

benutzten Anordnung in Tischform ist man zur Schrankeform zurückgekehrt. Nimmt ein Teilnehmer den Hörer ab, so leuchtet eine kleine Lampe beim Amte auf. Die Gehälfen schaltet sich ein, meldet sich und stellt die gewünschte Verbindung her. Gängen die beiden mit einander sprechenden Teilnehmer den Hörer wieder an den Haken, so leuchten die beiden Kontrolllampen, die durch die Verbindung erloschen waren, wieder auf. Ohne Zwischenfragen steht die Gehälfen jederzeit, ob das Gespräch beendet ist oder nicht. Das Amt Charlottenburg hat jetzt insgesamt 8500 Anschlüsse, von denen 6480 Hauptanschlüsse sind. Beim neuen Amt werden 7380 Leitungen in Betrieb genommen. Es ist für eine erste Belegung mit 15 300 Anschlüssen ausgeplant. Seine Anlagen ermöglichen einen weiteren Ausbau auf 20 000 Anschlüsse. Diese ungeheure Zahl von Verbindungen ist an jedem Schrant auf einen so engen Raum zusammengebrängt, daß sie von jeder Gehälfen erreicht werden kann. Ein Begriff ist einfach so begreiflich. Zur Verbindung mit Berlin stehen allein 1100 Verbindungsleitungen, d. i. ein Fünftel der Teilnehmeranschlüsse, zur Verfügung, ein Verhältnis, wie es sonst nie wieder vorkommen dürfte. Zur Bedienung des Amtes sind etwas über 200 Telegraphengehelfinnen angestellt, von denen bei Tag etwa die Hälfte gleichzeitig im Dienst ist.

Säuglings-Fürsorgestellen.

Die städtische Waisendeputation macht bekannt: Wir haben einen Teil des Bezirks der Säuglings-Fürsorgestelle II abgezweigt, daraus den Bezirk der neuen Säuglings-Fürsorgestelle V gebildet und diese neue Fürsorgestelle Anfang Mai dieses Jahres im Hause Panstr. 7 eröffnet. Die Säuglings-Fürsorgestelle V umfaßt im wesentlichen die Stadtteile Gesundbrunnen und Wedding und besteht aus den Stadtbezirken 254, 260-263, 275 bis 278, 305-326. Zu ihrem Leiter haben wir den Kinderarzt Dr. Tugendreich ernannt, der seine Sprechstunde wie die der übrigen Säuglings-Fürsorgestellen wochentäglich von 2-3 Uhr abhält.

In der Fürsorgestelle wird jeder unbemittelten Mutter über die zweckmäßige Ernährung und Wartung ihres schwachen oder kränklichen Säuglings unentgeltlich Rat erteilt. Liegt das Bedürfnis dazu vor, so wird stillenden Müttern eine Geldunterstützung, nicht stillenden Müttern Milch zu ermäßigten Preisen oder ganz umsonst gewährt.

Wir bringen zugleich in Erinnerung, daß sich die älteren vier Säuglings-Fürsorgestellen befinden:

Säuglings-Fürsorgestelle I, für das Zentrum, den Osten und Nordosten bestimmt, in der Blumenstr. 78; sie umfaßt die Stadtbezirke 1-10 und 145-201.

Säuglings-Fürsorgestelle II, für den Norden bestimmt, in der Wasserstr. 27; sie umfaßt die Stadtbezirke 202-253, 255-259, 264-274.

Säuglings-Fürsorgestelle III, für den Westen und Nordwesten bestimmt, in der Vugenhagenstraße 7, in der Markthalle am Arminiusplatz; sie umfaßt die Stadtbezirke 11-14, 31-48 und 279-304.

Säuglings-Fürsorgestelle IV, für den Süden und Südosten bestimmt, am Luisenufer 50; sie umfaßt die Stadtbezirke 15-30 und 49-144.

Wir bitten das beteiligte Publikum, die Fürsorgestellen in dem Maße, daß ein Säugling nicht recht gedeiht, aufzusuchen, und bitten die Herren Bezirksvorsitzer, Armenkommissions- und Waisentratsvorsitzenden, die Mütter solcher Säuglinge auf die Benutzung der zuständigen Fürsorgestellen aufmerksam zu machen.

Sonntagsverkehr auf der Wannesebahn. Der letzte Sonntag stellte an die Leistungsfähigkeit der Wannesebahn Anforderungen, wie sie in dieser Höhe seit dem Bestehen der Bahn noch nicht zu verzeichnen gewesen sind. Es wurden abgeholt von den Abonnenten, rund 300 000 (dreihunderttausend) Reisende befördert, von denen allein 158 000 auf die Station Friedenau (Landwirtschaftliche Ausstellung) entfielen. Der bisher verkehrsreichste Tag war der Dier- u. Montag dieses Jahres, an dem rund 170 000 Reisende gezählt wurden. — Auch auf den anderen Vorortstationen, sowie auf der Stadt- und Ringbahn war der gestrige Verkehr ein außerordentlich starker.

Zu der geplanten Preiserhöhung für Weißbier hatten wir nach einer uns zugegangenen Korrespondenz mitgeteilt, daß die Erhöhung von 7 M. auf 7,50 M. pro Tonne geplant sei. Das ist, wie uns aus Fachkreisen geschrieben wird, unrichtig, es könne sich nur um den Preis für eine halbe Tonne handeln.

Eine Herabsetzung der Fahrgeschwindigkeit der Automobil-Daimlerbusse ist von der Polizei angeordnet worden. Die Fahrzeit für die Strecke Hallesches Tor-Bienstraße, welche bei Eröffnung des Automobilbetriebes als 23 Minuten festgelegt war, ist um drei Minuten verlängert worden. Die Veranlassung hierzu gab einerseits die Tatsache, daß es den Wagenführern zumeist nicht möglich war, fahrplanmäßig die Endhaltestellen zu erreichen und daß außerdem durch die hohe Fahrgeschwindigkeit eine Gefährdung für den übrigen Verkehr vorlag. Besonders beim Ausweichen schleuderten die Automobile derart, daß hierdurch mehrfach Zusammenstöße verursacht wurden. — Immerhin ist die Fahrzeit bei der Automobillinie noch sieben Minuten länger als bei den Pferde-Daimlerbussen.

Tödliche Unfälle. Ein bedauerlicher Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich gestern mittag auf dem Neubau-Grundstück an der Ecke der Pariser- und Sächsischenstraße. Dort wollte der 38-jährige Kaufherr Karl Fahrman, Lübbenerstr. 28, mit einem vollbeladenen Bretterwagen auf das Grundstück fahren und stürzte infolge der heftigen Erschütterung vom Wagen herunter. Er fiel so unglücklich, daß sein Kopf direkt vor das Wagenrad zu liegen kam und überfahren wurde. Mit zerschmettertem Schädel wurde der Bedauernswerte nach der Hospitalisation am Zoologischen Garten gebracht, wo er unter den Händen des Arztes starb. Die Leiche ist polizeilich beschlagnahmt worden.

Beim Abwurf vom Gerüst tödlich verlehrt wurde gestern nachmittag der achtjährige Sohn Emil des Arbeiters Fischer aus der Kolonnenstraße 31. Der Kleine war unbemerkt auf dem Nachbargrundstück auf ein Wagerüst geklettert und dabei heruntergestürzt. Die Mutter, welche ihr Kind lange Zeit vergeblich gerufen hatte, fand dieses später benutzlos und blutüberströmt auf dem Hofe liegend auf. Der Kleine wurde in das städtische Kinderkrankenhaus nach der Reinickendorferstraße gebracht. Er hatte sich bei dem Sturze einen so schweren Schädelbruch zugezogen, daß das Gehirn bloßgelegt wurde. Bald nach seiner Einlieferung starb der Knabe im Krankenhaus.

Von einer Automobildrofsche angefahren und schwer verlehrt wurde gestern in der Königsgräberstraße der Privatbeamte Rud. Er wollte gegen 9 Uhr abends den Fuhrmann in der Nähe des Brandenburger Tors überfahren und blieb dicht an den Straßenbahnschienen stehen, um eine Taximeterdrofsche vorbeifahren zu lassen. In diesem Augenblick fauste eine Automobildrofsche vorüber und 2. versuchte zurückzuspringen. Er konnte jedoch nicht mehr verhindern, daß er vom Schuttschle des Kraftwagens erfasst und niedergedrückt wurde. Der Verunglückte wurde nach der Charité gebracht. Er hatte innere Verletzungen und eine Sehnenzerreißung des rechten Oberarms erlitten.

Einen ungewöhnlichen Verkehr hatten in den Nächten zu Sonntag und zu Montag die Berliner Kaffeehäuser aufzuweisen. Sowohl die Deutsche Landwirtschaftliche Ausstellung als auch der zurzeit hier tagende Deutsche Ingenieurtag brachte der Hauptstadt einen derartigen Fremdenzufluß, daß am Sonnabend abend sämtliche Hotels,

Gasthäuser und Privatpensionen voll vermietet waren. Hunderte von Fremden, die mit den Abendzügen hier eintrafen, fanden kein Nachtlois mehr und waren deswegen genötigt, die Nacht in den Cafés und Nachtrestaurants zu verbringen. Dieselbe Erscheinung machte sich, wenn auch in geringerer Maße, in der Nacht zum Montag bemerkbar.

Hochgradige Entrüstung des Publikums

Hat gestern nachmittag ein Vorfall hervorgerufen, der sich in der Wilhelmstraße abspielte. Dort steht vor dem Palais des Prinzen Friedrich Leopold ein Soldat Posten. Zwischen 1/2 und 3/4 Uhr trat ein jedenfalls auf dem Rundgange befindlicher Unteroffizier an den Soldaten heran, kriegte ihn bei der Wunde und schüttelte den Menschen, dem offenbar nicht wohl war, einige Male kräftig hin und her. Der Soldat stürzte nach hinten, während sein Gewehr in weitem Bogen beiseite flog; er fiel so unglücklich auf das Pflaster, daß er am Hinterkopfe erhebliche Verletzungen davontrug. Während zwei Schutzeleute den Verletzten in einer Droschke wegkafften, blieb der Unteroffizier da, einstweilen als Posten die Stelle des Weggeschafften vertretend. Als Passanten ihrer Entrüstung Ausdruck verliehen, trat der Unteroffizier, nach dem Seitengewehr greifend, auf das Publikum zu mit den Worten: Was ist los?

Wie uns berichtet wird, hätte jeder Mensch dem Soldaten ansehen müssen, daß er krank war, denn der Mann war gar nicht im Stande, stramm zu stehen, seine Weine hätten gezittert, offenbar deshalb, daß er stundenlang der Sonne ausgesetzt war. Hätte das Publikum sich nicht bemerkt, so hätte es zu schlimmen Szenen kommen können. Wir sind gespannt, was dem Unteroffizier geschieht.

Auf der Spree gesunken. Ein schwerer Schiffsunfall, bei dem ein großer Ufohn mit 5000 Zentner wertvoller Ladung untergegangen ist, hat sich auf der unteren Spree unweit ihrer Mündung in die Havel ereignet. Ein Schleppzug der Berliner Reedereifirma Notzenbäcker u. Co. hatte auf der Fahrt von Hamburg nach Berlin das Spandauer Flußgebiet verlassen und war in die Spree gelangt, als ein Fahrzeug des Juges einen heftigen Stoß erhielt; in demselben Augenblick drang mit großer Schnelligkeit Wasser in den Schiffskörper ein. Alles Pumpen erwies sich als vergeblich. Die Besatzung mußte den sinkenden Lastkraftwagen verlassen. Dieser wurde noch, damit er kein Schiffsindehns bilden, zum Ufer geschleppt, wo er völlig unterlief. Die Untersuchung des Schiffskörpers hat ergeben, daß dieser ein großes Loch hat; es ist durch Aufsagen auf den Unter eines anderen Fahrzeuges entstanden. Die Ladung besteht aus Kaufmannsgütern, die infolge der Risse nun zum größten Teil verderben. Das Fahrzeug wird, nachdem die Ladung herausgeholt ist, gehoben.

Die Unfallsituation in der Badstraße ist am Sonnabend und Sonntag in erheblichem Maße in Anspruch genommen worden. In der Nacht zum Sonntag wurde der 36-jährige Schriftsetzer Ernst W., als er mit einigen Kollegen über die Millionenbrücke ging, von mehreren verdächtigen Individuen überfallen, zu Boden geschlagen und mit der Faust und einem Schlagring so schwer verletzt, daß er bestimmungslos nach der Unfallsituation in der Badstraße gebracht werden mußte. — Der in der Sühnenländerstr. 84 wohnende Arbeiter Hermann K. erlitt in einem Streit mit seiner Frau und seinem 17-jährigen Stiefsohn so schwere Verletzungen, daß er ebenfalls nach der Unfallsituation in der Badstraße und von dort nach dem Lazaruskrankenhaus gebracht werden mußte. — Uebel zugerätet wurde in der gestrigen Nacht der 19-jährige Arbeiter Karl Deichert aus der Wiesenthalerstr. 16. In einem Restaurant in der Soldinerstraße hatte D. mit mehreren gleichaltrigen Kameraden bei einem Glase Bier gegessen. Es kam zum Streit und die Kameraden fielen über D. her und richteten ihn dermaßen zu, daß er bewußtlos wurde. Sie brachten dann den Schwerverletzten selbst nach der Unfallsituation, wo er die erste Hilfe erhielt.

Im Erholungsheim für Arbeiterinnen in Dranienburg sind im Juli und August noch einige Plätze frei. Aufgenommen werden erholungsbedürftige junge Mädchen für den täglichen Pensionspreis von 1 M. Kranke finden keine Aufnahme. Anmeldungen müssen mündlich im Arbeiterinnenheim I, Brückenstr. 8, erfolgen.

Jugendgefuhr. Am Donnerstag, den 14. d. Mts., ereignete sich an der Kreuzung der Zwingli- und Beusselstraße ein Unfall, der für die Betroffenen schwere Folgen hatte. Eine ältere Frau suchte den Fahrradweg zu überschreiten und wurde von einem Radfahrer, welcher in scharfer Fahrt die Straße daherfuhr — nach Aussage der Frau ohne ein Lautesignal zu geben — umgestoßen, so daß sie einen komplizierten Bruch des rechten Oberarmes, sowie eine starke Schwellung des Gesichtes und Abschürfungen an den Beinen davontrug. Die Verletzte mußte in das Krankenhaus in Moabit eingeliefert werden. Da sich die Frau um die Person des Radfahrers sowie um Zeugen nicht bemühen konnte, aber nicht anzunehmen ist, daß dieser Vorgang unbemerkt geblieben ist, zumal jene Gegend um die Mittagsstunde, in welcher sich das Unglück abspielte, von Arbeitern stark frequentiert wird, werden Zeugen des Vorganges, welche speziell über die Person des Radfahrers Auskunft geben können, ersucht, zweckdienliche Mitteilungen an C. Rau, Beusselstr. 22, Stif. II, gelangen zu lassen.

In einer schweren Gefahr befanden sich am Freitagabend unter der Gliederbrücke Passagiere eines Dampfers. Schon lange wird darüber gellagt, daß einige Schiffsführer der Personenfahrzeuge des Kreises Zeltow in wilder Weise darauf los fahren, wenn es gilt, einen Sternendampfer zu überholen, um auf der Strecke Potsdam-Redlig die gemeinsame Landungsbrücke bei der Weierei im Neuen Garten früher zu erreichen oder früher durch die Gliederbrücke zu fahren. Wegen 8 Uhr abends kam nun von Redlig her der Sternendampfer „Trepow“ als erster an der Gliederbrücke an, hatte also Priorität für die Durchfahrt. Der Schiffsführer bemerkte auf der anderen Seite der Brücke das Personenmotorboot „Brieg“ von dem Kreis Zeltow und gab vorschriftsmäßig das Signal „rechts fahren“. Hieran lehrte sich auf dem „Brieg“ der Schiffsführer aber nicht, sondern wollte mit voller Dampfkraft die Weidenbrücke passieren. Vom Sternendampfer wurden nun unangesehnt, wohl zehnmal Signale abgegeben, ohne daß diese von dem „Brieg“ beachtet wurden. Zum Glück hatte der Schiffsführer des Dampfers „Trepow“ im letzten Moment das Kommando „Stopp rückwärts!“ gegeben, so daß innerhalb des Holmes der Brücke der „Brieg“ um Handbreite bei dem „Trepow“ vorbeisaupte. Unter den Passagieren desselben, die aufs höchste gefährdet waren, entstand eine große Aufregung, da sie den Zusammenstoß vor Augen sahen. Verschiedene Passagiere boten sich dem Schiffsführer zum Zeugen an. Erst kürzlich hat dasselbe Motorboot einen Holm entzweigeschlagen.

Ein Selbstmordversuch auf offener Straße unternahm Sonntag am frühen Morgen der 39-jährige Wildhauer Karl S. aus der Schwedenstr. 11. S. war mit einem jungen Mädchen in Streit geraten und deswegen mit ihr auseinander gekommen. Als er sich gestern früh morgens an der Ecke der Bad- und Uferstraße von ihr getrennt hatte, versuchte er sich sofort das Leben zu nehmen. Er schnitt sich mit dem Taschenmesser die Pulsadern auf und wurde später von Passanten blutüberströmt vorgefunden und in das Lazaruskrankenhaus eingeliefert.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 20. Juni, abends 1/8 bis 1/9 Uhr, veranstaltet der Igl. Musikdirektor Fern. Jürgens in der St. Marienkirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Fr. Anni Wötcher (Sopran), Herrn Karl Rasch (Bariton) und Herrn Armin Liebermann (Cello). Musikdirektor Jürgens spielt u. a. die große Phantasia und Fuge von Liszt über „Ad nos ad salutarem undam“. Der Eintritt ist frei!

Radrennen zu Steglitz am 17. Juni. Der „Große Preis von Steglitz“, ein Dauerrennen mit Motorschrittmachern über 100 Kilometer, und 2000, 1500, 1200 und 1000 M. an Preisen ausgestattet, wurde von dem Amerikaner Nat Butler, dem Franzosen Paul Guignard, Bruno Demle (Berlin) und Anton Huber (München) bestritten. Leider gestaltete sich das Rennen zu einem höchst irregulären, denn sämtliche Fahrer hatten mehr oder weniger unter dem Verfall ihrer Führungsmaschinen zu leiden, am meisten Huber, der sich gar nicht zur Geltung bringen konnte. Guignard hatte bis zum 24. Kilometer die Spitze, dann aber ging Demle, der ganz vorzüglich fuhr, an ihm vorbei; doch bald erreichte auch ihn das Unglück, daß er ins „Schwimmen“ kam, wodurch er wieder auf den zweiten Platz zurückfiel. Guignard konnte bis zum 50. Kilometer die erste Stelle behaupten; dann aber ging Butler, der bis zum 20. Kilometer vierter gewesen, vor, und da seine Gegner wiederholt von ihrer Führung abfielen, behauptete er bis zum Schluß den ersten Platz vor Demle und Guignard. Zum Schluß erhielt auch Huber wieder Führung und er fuhr wieder mit bis zum Ende. Butler legte die 100 Kilometer in 1 Stunde 14 Minuten 14 1/2 Sekunden zurück, Demle 4890 Meter und Guignard 6490 Meter zurück. Huber letzter. In der Stunde hatte Butler 80 Kilometer 110 Meter, Demle 75 Kilometer 280 Meter, Guignard 74 Kilometer 130 Meter hinter sich gebracht. Einige Fliegerrennen vervollständigten das Programm; sie wurden von Theile, Wegener und Tschmer gewonnen.

Die Fernfahrt Hamburg—Berlin über 257 Kilometer am 17. Juni wurde von 100 Radfahrern bestritten. Erster war der Hamburger D. Härtel in 9 St. 18 Min. 40 Sek. vor Thom S. u. D. (9 St. 20 Min. 53 1/2 Sek.). Der Berliner Otto S. ö. h. e., der am Sonntag vorher das Rennen rund um Wien¹ gewonnen hatte, belegte trotz zweimaligen Reifenschadens den dritten Platz in 9 St. 30 Min. 57 Sek.

Feuerwehbericht. Preshofenbrände beschäftigen jetzt täglich unsere Feuertwehr. Am Sonntag und heute mußte die Feuerwehr u. a. solche Brände in der Prenzlauer Allee 211 und 205, auf dem Nordbahnhof, Anhalter Güterbahnhof usw. löschen. Am Sonntag früh nach 7 Uhr kam aus noch nicht ermittelter Ursache am Köpenicker Fischmarkt 4, Ecke der Kottstraße, Feuer aus. Als der 20. Löscharm an der Brandstelle ankam, brannten dort Geschäftsräume der Teppichfabrik von M. Progen u. Sohn im ersten Stock. Durch energisches Vorgehen gelang es die Flammen bald zu löschen, doch hatte die Wehr bis um 11 Uhr zu tun, um jede weitere Gefahr zu beseitigen. Der Schaden ist nicht erheblich, im wesentlichen haben nur das Zwischengeßäß im 1. Stock und die Decke von dem Laden des Herrengeraderobengeschäfts von Vernward Leineweber gelitten. In der Al. Alexanderstr. 2a hatte die 1. Kompanie zu tun. Lumpen waren dort früh in Brand geraten. Fast gleichzeitig brannte in der Amalienstr. 20 ein kleines Gebäude und in der Forsterstr. 68 am Witternacht ein Keller. Wegen eines Wohnungsbrandes erfolgte ein Alarm nach der Freientalberstr. 28. Außerdem hatte die Feuerwehr in der Snyarstr. 15, Kaiser Wilhelmstr. 17, Lehreterstr. 37 u. a. Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Sammellisten für die ausgesperrten Lithographen und Steinbrucker sind in Schöneberg beim Obmann der Gewerkschaftskommission Karl Pentel, Prinz Georgstr. 4, Luergebäude II; in Charlottenburg beim Genossen Jos. Scheibel, Wilmersdorferstr. 35 und in Groß-Lichterfelde beim Obmann des Gewerkschaftskartells, Genossen E. Ziege, Bahstr. 31 II, zu haben.

Rixdorf.

Zwei Kinder unter dem Straßenbahnwagen. Ein aufregender Vorfall, der durch die Beistehengegenwart eines Straßenbahnführers noch ein glückliches Ende fand, spielte sich in der Hermannstraße ab. Die beiden dreijährigen Kinder Karl Lanthan und Helene Freund, deren Eltern in der Herrfurthstr. 2 wohnen, überschritten Hand in Hand den Fahrdamm der Hermannstraße. Als die Kleinen vorläufig einem Führer auswichen, gerieten sie unglücklicherweise vor einen vorüberfahrenden Straßenbahnwagen der Linie 94. Sie wurden umgestoßen und kamen unter die Vorderplattform. Durch die Beistehengegenwart des Führers gelang es, den Motorwagen noch im letzten Augenblick zum Stehen zu bringen, und als man die Kinder unter atemloser Spannung der Augenzeugen herabzog, stellte es sich heraus, daß sie völlig unverletzt geblieben waren.

Wilmersdorf.

Das Schicksal des gestohlenen Hirtensnabens. Der dreiste Diebstahl in einer Villa in der Umlandstraße, wobei, wie wir berichteten, die wertvolle Figur eines Hirtensnabens erbeutet wurde, hat jetzt seine Aufklärung gefunden. Das Kunstwerk war von den Dieben an einen Althändler verkauft worden und wurde dann noch dreimal weiter veräußert. Ein Angefallter des letzten Erwerbers kam nun am Sonnabend mit einem jungen Mann aus der Köpenicker Wildgästelerei, aus welcher der Hirtensnabe hervorgegangen war, zusammen und äußerte im Laufe des Gesprächs, daß sein Chef eine schöne Figur, einen Hirtensnaben darstellend mit dem Köpenicker Gießerelvermerk, erworben habe. Der Polizei wurde hierdurch Mitteilung gemacht und diese beschlagnahmte die Figur.

Tempelhof.

Die Tempelhofer Gemeindevertretung genehmigte eine Abänderung des Bebauungsplanes sowie die Anlage einer neuen Straßenbahnlinie durch die Gottilie-Dumke-Straße. Die Vereinbarungen mit dem benachbarten Schöneberg zur Herstellung eines Schmalplatzes an der sogenannten „Blauen Hölle“, sowie zur Regulierung der Straße 12a sind noch zu keinem endgültigen Abschluß gelangt. Die Gemeinde Tempelhof verlangt, daß Schöneberg die Hälfte der Kosten trägt, ist aber damit einverstanden, daß Schöneberg allein die erforderlichen Verhandlungen mit dem Militärklub führt, dem ein Teil des in Frage kommenden Geländes gehört.

Weißensee.

Die auf'm Dorf! Unser Ort zählt ungefähr 40 000 Einwohner, die Grenze von der Metropole des Deutschen Reiches zeigt ein schwarz-weißer Pfahl mit einem weißen Schilde an, in die Einheitspostkarte ist er einverleibt, sogar die „Große Berliner“ hat den Ort mit dem Beihpennigkartell berücksichtigt, und dennoch lebt man wie auf'm Dorf! Hat der Kriegervereinsvorsitzende Geburtstag, dann bekommt er einen Fackelzug mit Musik, ist irgend ein Dörigewaltiger oder eine sonstige Stütze gefordert, so wird über sein Grab geschossen und mit lautem Tamtam wird dann Vereinsfahne oder Banner ins Vereinslokal zurückgebracht, wo man die Laten des Toten „würdig ehrt“. Bis vor noch nicht langer Zeit hatten die Rauchclubs und sonstige Klimdbereine die Erlaubnis erhalten, mit schallender Musik bei jedem Vergnügen durch die Straßen zu ziehen. In letzter Zeit kam man von diesen Wohnheiten etwas ab, weil das ewige Einertei keine Reize mehr bot und man diesem Klimdbim keine große Beachtung mehr schenkte. Nun hat sich in allerjüngster Zeit ein Schützenverein gebildet, dem die Allerbesten des Ortes angehören, vom belohdeten Schützen bis herunter zum patriotisch gesinnten Schuhmachermeister; wer etwas aus seiner Person machen will, gehört dem Schützenverein an. Unter der Parole: „Leb' mit und geb' für's Vaterland“, reihen die Feste nicht ab; des Sonntags wie wochentags gibt es mal so ein Schießen, da gibt es ein Anschließen, Königschießen, Gäßchieschen und dergleichen Schießerei mehr. Auch am letzten Sonntag war in alle Welt hinausposaunt, daß ein Eröffnungschießen stattfinden würde, wo die Gäste aus nah und fern herbeiströmen würden. Da die Feier nach den Verhältnissen einen „nationalen Charakter“ trug, wurden die Herren Hausbesitzer aufgefordert, den Ort im Fahnenstimmud glänzen zu lassen. So nebenbei erwartete man von der Einwohnererschaft, daß

auch diese das Schauspiel verschönern helfe, und die nötige Anzahl Gaffer zur Verfügung stelle. Weides ist nun schlecht geraten; das Wetter nahm auf den „nationalen Charakter“ des Festes keine Rücksicht, Fahnenstimmud hatten nur einige Stammkneipen der Herren Schützen angelegt und die Zuschauer hatten ebenfalls kein Interesse an dem Festzuge. Nur einige Strahlenbahnpassanten aus der Großstadt legten dem Schauspiel einiges Interesse bei, indem sie lopschüttelnd der Meinung Ausdruck gaben: Wie auf'm Dorf.

In der außerordentlichen Generalversammlung der Zahlstelle Weissenhof des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes gab Kollege Schlemminger den Bericht vom Verbandsstag in Köln. Eine Diskussion über den Bericht fand nicht statt. Der Bevollmächtigte brachte alsdann den in der Februar-Versammlung gefassten Beschluß, vom 1. Juli einen Beitrag von 90 Pf. zu erheben, sobald auf dem Verbandstage die Krankenunterstützung angenommen wird, in Erinnerung. Auch wurde beschlossen, daß Mitglieder nur dann Unterstützung erhalten, wenn 18 Marken am Orte gestellt sind. Zum Schluß wurde noch auf den Arbeitsnachweis verwiesen und aufgefordert, das Umschauen zu unterlassen.

Pankow.

Um sich mit neuen Einbruchshandwerkzeugen zu versehen, verübten Diebesgehilfen nachts einen Einbruchsdiebstahl in der Schlossereiwerkstatt von Sch. in der Breitenstraße. Vom Garten aus drangen die Täter durch die Fenster in die Werkstatt und stahlen dort, was sie zur Ausübung von Einbruchsdiebstählen nur gebrauchen konnten. Brecheisen, einen Posten Dietriche in den verschiedensten Größen und Stärken, eine große Anzahl Nachschlüssel usw. fielen den Spitzbuben zur Beute.

Rotawes-Neuendorf.

Eine Handwerks- und Gewerbeausstellung findet gegenwärtig im Klemmischen Lokale in Rotawes statt. Dieselbe ist vom Verein für Handel und Gewerbe arrangiert und soll ein Bild von der gewerblichen und industriellen Tätigkeit in Rotawes-Neuendorf geben. Ein Teil der ausgestellten Gegenstände sind anerkannterwertige Leistungen, jedoch das Gros der Schauobjekte ist Fabrikware gewöhnlichster Art, die gar nicht in unseren Orten hergestellt sind; hat sich doch die Mehrzahl der hiesigen Handwerker überhaupt nicht an der Ausstellung beteiligt, denn sonst wäre es nicht möglich gewesen, dieselbe in einem Konzal unterzubringen. Daß dieses Arrangement dazu beitragen wird, die gewerbliche und industrielle Tätigkeit in Rotawes-Neuendorf zu fördern, dürfte doch stark zu bezweifeln sein. Von der Leistungsfähigkeit der Aussteller scheint das leitende Komitee selbst keine hohe Meinung zu haben, denn obwohl eine hiesige Buchdruckerei und ein Photograph, welche letzterer sogar Mitglied des arrangierenden Vereins ist, mit Erzeugnissen auf der Ausstellung vertreten sind, hat man sowohl den „Führer“ in Potsdam drucken, als auch die Aufnahme eines Gruppenbildes durch eine Potsdamer Firma ausführen lassen. Ein großer Schmerz ist dem Ausstellungs-komitee dadurch bereitet worden, daß bei der Eröffnung der so sehr leicht erwartete Regierungsdirektor ausgeblieben ist, wahrscheinlich, weil er besseres zu tun hatte. Wir wollen nicht unterlassen, die Arbeiter, welche die Ausstellung besuchen, darauf hinzuweisen, daß das Klemmische Lokal gesperrt ist, und der Inhaber desselben dadurch zu erkennen gibt, daß er gerne auf die Einnahme von Arbeitergroßen verzichtet.

Die Erdarbeiten für die Kanalisation haben nunmehr begonnen, und ist damit der Anfang zu einem Werke gemacht, welches für die Zukunft der beiden Orte von weittragender Bedeutung sein kann; nicht nur, daß dadurch die hygienischen Verhältnisse bedeutend bessere werden, auch die Frage der Vereinigung der beiden Orte ist dadurch wieder mehr in den Vordergrund gerückt worden. Während man in Rotawes längst überzeugt ist, daß die getrennte Verwaltung der Ortsgemeinden schwere Hindernisse für die Entwicklung derselben bietet, hat man sich in Neuendorf, vertrauend auf die guten dortigen Finanzverhältnisse, bisher auf den Standpunkt gestellt, daß eine Verämelung der beiden Orte einfach undiskutabel ist. Durch diesen Zustand werden aber der Kanalisationskommission bei ihren Arbeiten so viele Schwierigkeiten bereitet — die natürlich auch auf die Neuendorfer Finanzverhältnisse äußerst ungünstig einwirken. Selbst den verbodretesten Kirchwardenpolitiern muß es klar werden, daß es so nicht mehr lange weiter gehen kann. Öffentlich wird sich diese Ueberzeugung bald allgemein Bahn brechen, damit in den nächsten Jahren zum Besten der Einwohner beider Orte eine gründliche Aenderung der jetzigen Verhältnisse herbeigeführt werden kann.

Verfammlungen.

Im Arbeitervertreter-Verein, der am Donnerstag seine regelmäßige Mitgliederversammlung abhielt, wurde von den Beisitzern der Unfallschiedsgerichte lebhaft eine neue Maßnahme in der Sozialrechtspflege kritisiert, die — dem jetzigen Standpunkte von der „gefüllten Kompostschüssel“ entsprechend — neue Schädigungen der Unfallsverletzten im Gefolge hat. Bisher war es nämlich üblich, Rentenberatungen nicht unter 10 Proz. einzutreten zu lassen, das heißt unter der Voraussetzung, daß eine wesentliche Besserung im Befinden des Verletzten konstatiert war. Besserungen bis zu 10 Proz. wurden als „nicht meßbar“ und infolgedessen als nicht vorhanden betrachtet, weshalb solche Anträge der Berufsgenossenschaften auf Herabsetzung der Rente in der Regel abgewiesen wurden. In der letzten Zeit ist es jedoch üblich geworden, kleinere Renten um 7 1/2 oder 5 Proz., ja um 3 1/2 Proz. herabzusetzen! Wurde z. B. der Verlust eines Auges sonst auf 83 1/2 Proz. Erwerbsunfähigkeit geschätzt, so knappt man jetzt die 3 1/2 Proz. ab und läßt nur 80 Proz. zahlen, weil sich der Verletzte an seinen Zustand „gewöhnt“ habe. — Anderen Verletzten, die ohnehin nur eine Rente von 80 oder 25 Proz. erhalten, zwackt man 5 oder 7 1/2 Proz. ab. Bei der jetzigen Praxis, die kleinen „Schonrenten“ nach und nach überhaupt zu beseitigen, ist mit diesem Verfahren die Handhabe gegeben, in kurzer Zeit nacheinander eine mehrmalige Kürzung der Rente unter das Maß der geheimrätlich fixierten „Schonrenten“ vorzunehmen und dann die Entschädigung damit ganz zu verweigern. Von einer Herabsetzung der Renten um 5 Proz., falls eine Verschlechterung im Zustande des Verletzten eingetreten ist, nimmt man dagegen nichts wahr. Es wurde ausgeführt, daß, wenn die Verletzten in demselben Maße Anträge und Klagen auf Herabsetzung der Renten um 5 Proz. einbringen würden, wie solche von den Berufsgenossenschaften auf Herabsetzung gestellt werden, dann die ersteren vielleicht noch wegen freier Reichsverfolgung eine Verurteilung zur Kostenzahlung zu gewärtigen hätten. Die Arbeitervertreter mühten jetzt fast tagtäglich die Erfahrung machen, daß die Sozialrechtspflege immer mehr zugunsten der Arbeiter ausfalle. Gegen die jetzigen Praktiken der Renteninspektoren, wie sie von den Schiedsgerichten und auch vom Reichs-Versicherungsamt betrieben werden, protestierte die Versammlung der Arbeitervertreter auf das entschiedenste.

Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgegend. Abteilung Rixdorf-Bez. Mittwoch, den 20. Juni cr., abends 7 1/2 Uhr, bei Wille, Rixdorf, Germaniastr. 213, Abteilungsversammlung. Vortrag des Kollegen F. Raschke über: „Jugendfürsorge“. Das päpstliche Ershemen aller Kollegen ist dringend notwendig.

Vermischtes.

Durch einen sechsstündigen wolkenbrudartigen Regen wurde am Sonntag in Rattowid bedeutender Schaden angerichtet. In den Straßen stand das Wasser stellenweise 1 1/2 Meter hoch. Die niedrig gelegenen Wohnungen wurden vollständig über-

Widerrufen. Der Verkehr zwischen der Altstadt und der Neustadt wird völlig unterbrochen und wurde später durch Wagen aufrecht erhalten. Die Feuerwehr wurde unausgeseht zur Hilfeleistung herangezogen. In der Nikolaistraße stürzte ein Neubau von zwei Stockwerken Höhe infolge von Unterpflanzung zusammen. In der Vorstadt Boguskißhügel stieg das Wasser so hoch, daß die Peter Pauls-Kirche von den Besuchern längere Zeit nicht verlassen werden konnte. Die Mauern des Gefängnisses wurden unterpflanzt und stürzten teilweise ein. Auf der Eisenbahnstrecke Kaitowiß-Ida-Weiche entlief ein Dampflokomotiv, wodurch ein Zug entgleiste, ohne daß jedoch Personen dabei verletzt wurden. Die Reisenden mußten ihren Weg zu Fuß fortsetzen. Der oberösterreichische Kleinbahnverkehr ist teilweise unterbrochen.

Beuthen O.S., 18. Juni. Das gestrige Unwetter hat auch hier an verschiedenen Stellen Schaden angerichtet. Während der Nacht stieg das Wasser so hoch, daß es in die Häuser eindrang. Die Bewohner mußten, nur notdürftig belagert, flüchten.

Auch aus Böhmen werden Ueberschwemmungen gemeldet: Im Sazawa-Gebiete ging über mehrere Gemeinden, darunter Selsan, und Konopischt, ein Wellenbruch nieder. Ungeheure Wassermengen überschwemmten ganze Gemeinden, rissen mehrere Brücken fort, verursachten bei mehreren Dämmen Brüche und machten ganze Straßen und Bahnstrecken unpassierbar. 7 Personen werden vermisst, 80 Häuser sind vollständig demoliert, die Felder und Baumanlagen sind verwüstet. Eine Menge von Kleinvieh und Geflügel ist zugrunde gegangen. Zur Hilfeleistung ist Militär abgegangen.

Ueber ein Eisenbahnunglück.

das sich am Sonnabend zwischen Trzkanen und Kessel zugetragen hat, wird folgendes amtlich gemeldet: Heute vormittag entgleiste Personenzug 507 zwischen Trzkanen und Kessel auf Strecke Johannsburg-Atza. Lokomotivführer und Heizer schwer verletzt. Zwei Reisende leicht verletzt, so daß sie fuhrmäßig nach Atza antreten konnten. — Später wird gemeldet: Der schwer verletzte Heizer Langkeit ist gestorben.

1600 Personen obdachlos.

Hudiksbull (Schweden), 17. Juni. Die Vorstadt Adik ist heute nachmittags vollständig abgebrannt. Der Eisenbahnverkehr, die Telefon- und Telegraphenverbindungen sind vollständig unterbrochen. 1600 Personen sind obdachlos.

Erdschütter. Der „Sun“ zufolge sind am 18. Juni in San Francisco wieder drei Erdschütter verspürt worden, die jedoch Schaden nicht anrichteten. — In L a i b a c h und in der ganzen Krain wurden heftige Erdschütter verspürt.

Eine Wasserhose hat in den Provingen Lugos und Salamanca bedeutenden Schaden angerichtet.

Eine heftige Feuerbrunst geräth in Glasgow am Sonnabend die Eisenbahnwerkstätten. Der angerichtete Schaden dürfte sich auf 150 000 Pfund Sterling belaufen.

Ein schweres Unglück hat sich in einer in der Nähe von Madrid gelegenen Grube zugetragen. 16 Grubenarbeiter sind durch Ausströmen giftiger Gase berunglückt, wovon fünf bereits gestorben sind.

Das japanische Transportschiff „Bohosomi Maru“ ist in der Nähe der Bay von Korea auf eine Seemine gestoßen. Von der 82 Mann starken Besatzung konnten nur 12 gerettet werden. Das Schiff ist gesunken.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Welt“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 38. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Das Heft hat folgenden Inhalt: Einige Fragen der äußeren Politik. Von R. Beer. Die Eisenbahnfrage in den Vereinigten Staaten. Von Kapf. I. — Das konstitutionelle Selbstherrschertum und die wahrscheinliche Lösung dieses Widerspruchs. Von A. Deborin. — Die Wahlen in Dänemark. Von Gustav Bang. — Die Jagdgesellschaft. Von Friedrich Geiger. — Alle und neue Tendenzen in der deutschen Literatur. Ein Rückblick auf die deutsche Literaturversammlung in München. Von Heinrich Schulz. — Literarische Rundschau: Baruch de Spinoza, E. H. von A. Stern, Karl Müllner, Das Leben, die Kunst und das Kind. Von Lea Helber-Deuschmann. Dr. Ernst Krogenskiöld, Tarif und Lohn im deutschen Buchdruckgewerbe. Von ad. br.

Die „Neue Welt“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Buchhändler und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern liegen jederzeit zur Verfügung. Wie wird Fleisch am vorteilhaftesten für den bürgerlichen Tisch zubereitet? Zwei preisgekrönte Arbeiten. 20 Seiten. Preis 30 Pf. Verlag „Allgemeine Fleisch-Heilung“, Berlin SW. 19.

Jahresbericht des Arbeiterbildungsvereins „Eintracht“ in Jülich (1911) über seine Tätigkeit im Jahre 1905. 31 Seiten. Verlag Buchdruckerei des „Volkstrotz“ (Kalten & Heisberg), Jülich.

Die neue Frauenrecht. Mitteilungen der freien Vereinigung für Verbesserung der Frauenstellung. Herausg. v. A. L. v. B. Monatlich ein Heft. Preis halbjährlich 1,50 M. Verlag G. D. B. Galmes, München.

Bibliothek des allgemeinen und praktischen Wissens. Zum Studium und Selbstunterricht in den hauptsächlichsten Wissenszweigen und Sprachen. In Verbindung mit hervorragenden Fachmännern herausgegeben von Emanuel Müller-Baden. (Erscheint in 75 Lieferungen zu je 60 Pf. beim Deutschen Verlagshaus Bong & Co. in Berlin W. 57).

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktstellen-Direktion. Rindfleisch Ia 64—68 pr. 100 Pfund. IIa 54—64, IIIa 50—53, IVa 44—50, engl. Bullen 0,00, dan. Bullen 0,00, holl. Bullen 0,00. Kalbfleisch, Doppellender 105—120, Ia 85—90, IIa 70—80, IIIa 60—68. Hammelfleisch Ia 70—75, IIa 62—68.

Schweinefleisch 62—68. Konigshen per Stück 0,50—0,60. Hühner, alte, Stück 1,60—3,30, junge, per Stück 0,75—1,00. Zanden, junge 0,30—0,55, alte 0,00—0,00. Enten, prima, per Stück 2,00. Hamburger, junge, per Stück 2,00—2,75. Gänse, junge, per Stück 0,55—0,60, per Stück 2,50 bis 4,10. Hechte 71—99. Schlei 87—95. Hele 00—00. Hele, groß 124—128, mittel 106—117, klein 0,00, unfort. 75—105. Wägen 0,00. Hummern, comm. I, p. Schod 3,00—8,00. Kieler, Stiege Ia 4—6, da. mittel, per Riste 2—4, p. Schod 3,00—8,00. Kieler, Stiege Ia 4—6, da. mittel, per Riste 2—4, p. Schod 3,00—8,00. Hühner, holl. per Maß 0,00. Kieler 2,00—5,00, da. klein, per Riste 0,00. Hühner, holl. per Maß 0,80—1,00, II 0,50 bis Straßhuder 5—6. Hele, groß, p. Maß 1,10—1,30, mittel 0,80—1,00, II 0,50 bis 0,60. Spotteln, Kieler, 2 Maß 0,00. Hele, per Riste 0,00. Sardellen, 1902er, per Riste 82,00, 1904er 80,00, 1905er 00,00. Schottische Bollerlinge 1905 0,00, largo 40—44, full. 36—38, med. 35—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per 1/2 Lo. 60—120. Dummern, IIa, 100 Pf. 0,00. Strebje, per Schod, große 24,00, mittel 11,50, kleine 6,50—7,50, unfortiert 7,50—10,00. Eier, Land-, per Schod 0,00—0,00, frische 0,00. Butter per 100 Pfund, Ia 109—112, IIa 106—109, IIIa 104—105, abfallende 100—102. Saure Gurken, Schod 3,75—4,25, Pfeffergurken 4—4,25. Kartoffeln per 100 Pf. mag. bon. 2,40—2,60, rote Daberische 2,25—2,40, runde weiße 1,50—2,40, Ralia 0,00, Sommer-Ralia 10—11,50, franz. 0,00, Ital. 4,50—7,00, ung. 3,50—4,50. Spinat, per 100 Pf. 15—18, Karotten 2 bis 3,50. Kohlrad, per Schod 1,00—1,25. Stellig, bayr., per Schod 2,40—4,80. Rhubarber, Hamb., per 100 Pf. 4—4,50. Rabieschen, per Schod-Ed. 1,25. Salat, per Schod 0,75—1,25. Spargel I, per Pf. 0,20—0,23, II 0,15 bis 0,18, III 0,10, Veiliger I 0,25—0,35, II 0,15—0,20, III 0,05—0,10. Schoten, Bruchpargel 0,00. Bohnen (grüne), per 100 Pf. 70—100. Schoten, weiße, per 100 Pf. 25—28. Pfefferlinge per Pf. 0,25—0,30. Mohrrüben per Schod-Ed. 2,50—3,50. Damentofel per Kopf 0,30. Wirsingohr per Pf. 0,25—0,30. Steinpilze per Pf. 0,30. Zeltower Rüben per Pf. 0,22—0,25. Stachelbeeren 100 Pf. 10—12. Kirchen, Ital., 100 Pf. 25—30. Gubener 16—24. Berderische 16—28, hiesige 11—22, Kaiten, Berderische 40—50. Blaubeeren per Pf. 0,25—0,30. Erdbeeren, holl. per 100 Pf. 30—40, franz. per Pf. 0,35—0,40, Veiliger per Pf. 0,27—0,40, Berderische per Pf. 0,25—0,40. Dresdener per Pf. 0,40—0,60. Dresd. Wald per Pf. 0,60—0,70, hiesige Wald per Pf. 0,60—0,80. Blaumen, Ital. runde per Pf. 0,10—0,11. Zitronen, Messina, 300 Stück 9,00—13,00, 360 Stück 7,00—12,00, 200 Stück 7,00—12,00, 420 Stück, klein 7,00. Weintrauben, Weißer, per 100 Pf. 60—100.

Witterungsbericht vom 18. Juni 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Baromet. Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft in C.	Stationen	Baromet. Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft in C.
Swinemünde	764	SW	2	halb hb.	18	Daplaranda	766	RND	4	wolkentl.	10
Hamburg	765	DND	2	Dunst	19	Betersburg	768	RND	1	wolkentl.	18
Berlin	764	RND	1	wolkentl.	19	Selb	763	RND	4	wolkig	13
Frankfurt a. M.	763	RND	3	bedeckt	19	Übersee	767	RND	1	bed.	12
Bränden	763	RND	2	bedeckt	18	Paris	766	RND	1	wolkentl.	14
Wien	761	RND	3	halb hb.	20						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 19. Juni 1906. Warm und vorwiegend heiter bei meist schwachen nordöstlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 19. Juni. Anfang 7 1/2 Uhr: Neues Operntheater. Don Juan. Deutsch. Ular und Kocopalra. Neues. Dyrhus in der Unterwelt. Berliner. Elektra. Iphigene auf Tauris.

Anfang 8 Uhr: Fessing. Die lustige Witwe. Schiller O. (Haller-Theater.) Jar und Zimmermann. Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches-Theater.) Heiratstustig. Kleines. Ein idealer Gatte. Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen. Zentral. Nanon. Lustspielhaus. Das Fest der Handwerker. Vorher: Die Verlobung bei der Katerne. Thalia. Hochparterre links. Metropol. Auf ins Metropol. Hippo. Das blaue Bild. Spezialitäten.

Carl Weiß. Der Weg des Märtyrers. Wintergarten. Tockajada. Spezialität. Passage. Willy Prager. Spezialität. Reichshallen. Stettiner Sänger. Urania. Taubenstr. 48/49. Täglich abends 8 Uhr: Der jüngste Aushruh des Vesuvus. Sternwarte. Invalidentstr. 57/62. Zoologischer Garten. Heute nachmittags 4 Uhr: Großes Militär-Konzert. Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Ferdinand Bonn's Berliner Theater. Anfang 8 Uhr. Dienstag, Anfang 8 Uhr. „Elektra“ u. „Iphigene“ Mittwoch: Sappho. Donnerstag: Donna Diana. Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Orpheus in der Unterwelt. Kleines Theater. Ein idealer Gatte. Mittwoch: Ein idealer Gatte. Neues kgl. Operntheater (Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 19. Juni: Gastsp. d'Andrade, Lilli Lehmann u. Bella Alten: Don Juan. Mittwoch: Die Fledermaus. Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidentank. Komische Oper. Sommerpielzeit 1906. Hoffmanns Erzählungen. Sommerpreise. (Keine Vorverkaufsgelder.) Anfang 8 Uhr. Zentral-Theater. (Operette). 8 Uhr: Operette in drei Akten. Nanon.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Haller-Theater.) Mittwoch-Oper. Dienstag, abends 8 Uhr: Zar und Zimmermann. Komische Oper in 3 Akten von Albert Lortzing. Mittwoch, abends 8 Uhr: Rigoletto. (Herzog und Narr.) Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Trompeter von Säckingen.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.) Dienstag, abends 8 Uhr: Heiratstustig. Schwank in drei Akten von Maurice Champanie. Mittwoch, abends 8 Uhr: Heiratstustig. Donnerstag, abends 8 Uhr: Heiratstustig. Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Schweizer Garten.

Am Königstor — Am Friedrichshalm 29/32. Täglich: Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball. Zum Schluss: Elternloß.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation). Oh schön! Im herrlichen Garten oder Saal: Oh Ragen! Täglich: Gr. Konzert, neue Spezialitäten und Ball. Das größte und beste Programm Berlins. U. a.: La Malschie! mexikanischer Tanz, ausgeführt vom besten Tanzduett Jeanette und Vallis. Robert und Bertram, das berühmte Grotesk-Duett. Josefine Delellieur, das weibliche Unikum. Die Wunder der Zukunft: The tree Bartons und The Elrados, komische Restaurier. Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art. Anfang 4 Uhr. Entree: Wochentags 20 Pf., Sonntag 30 Pf. Avis! Vom 1. bis 30. Juli: die größte Sensation und beste Gruppe der Welt im Salon des Löwenbändigers.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13—15. Vielfältige Leitung: Paul Milbitz. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung. Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Dampfer

an Besuche und Gesellschaften Robert Kieck, Caprivistr. 4. hat billig zu vergeben

Wanderausstellung zu Berlin-Schöneberg

Station Friedmann (Wannsee-Bahn). Dienstag, 19. Juni, von 4 Uhr nachmittags bis 11 Uhr abends im Hauptrestaurant: Großes Extra-Militär-Konzert ausgeführt von der Regiments-Kapelle des Infanterie-Regiments No. 149 (Kgl. Musik-Dirigent Kegel). Eintritt bis 8 Uhr abends für Ausstellung und Hauptrest. M. I. — pro Person, nach 8 Uhr abends (nur für Hauptrest.) 20 Pf. pro Pers. Festliche Beleuchtung durch Spiritus-Glählicht

Verband städtischer Arbeiter : Sektion V : Straßenreiner.

Sonntag, den 24. Juni 1906: Großes Sommer-Fest in den Gesamträumen der Arminhallen, Kommandantenstr. 20 unter Mitwirkung des Gesangsvereins der Putzer (Mitgl. d. A. S. V.), der Köhler-Clubbreite (Mitgl. d. F. V. V.), des Harmonisten Willy Weiß und Mitglieder des Neuen Tonkünstler-Orchesters. — Der Ueberflus wird zum Besten der kollektiver Kollegen verwendet. XX

Eröffnung 3 Uhr. Eintritt 20 Pf. Anfang 4 Uhr. Die Kaffeeküche steht den verehrten Damen von 3 bis 6 Uhr zur Verfügung. (1 Liter 80 Pf., 1/2 Liter 40 Pf.) Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Garderobe 10 Pf. Alle Kollegen und Kolleginnen der Filiale Groß-Berlin sowie Freunde und Genossen sind herzlich willkommen. Das Komitee. S. A. d. V. Müller.

Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr: Das Fest der Handwerker. Vorher: Die Verlobung bei der Katerne.

Apollo-Theater.

Mis Carma, Transform.-Längerin. Duo Paulus, holländisches Duett.

Humpsti-Bumsti.

Exzent. Creation v. Reed und Privat. Das blaue Bild v. Paul Lincke. La Malschie. Solo: Annette Savary. Ein Abend in einem amerikanischen Zingel-Tempel.

Passage-Theater.

Anfang 8 Uhr. Das glänzende Juni-programm.

Willy Prager

= 14 = erstklassige Spezialitäten.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr. !Auf - in's Metropol! Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen überall gestattet.

Wintergarten

Bernhard Rose-Theater

Gefundbrunnen, Bahndr. 23. Täglich: Das erstklassige Spezialitäten-Programm. Die Gauklerin. Ausstattungsstück mit Gesang u. Tanz in 7 Bildern v. Schwarz-Weißlingen. Außerdem 10 Attraktionen u. a.: Nelly und Theo Aker. Preis: Kunst- und Welttaucher. 1000 M. feht Mr. Aker für denjenigen, der seine Leistungen nachmacht. Anf. 4 1/2 Uhr. Entree 30, num. Bl. 50 Pf.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16. Wenn schön: Wenn Regen: im Garten! im Saal! Arme Reide. Lebensm. m. Gef. v. Otto Leibold. Revés mysteriöse Lilliputaner und andere erstklassige Spezialitäten. Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf.

Urania

Taubenstr. 48/49. Täglich abends 8 Uhr: Der jüngste Aushruh des Vesuvus. Sternwarte. Invalidentstr. 57/62.

Zoologischer Garten

Heute nachmittags 4 Uhr: Großes Militär-Konzert. Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Carl Weiß-Theater.

Or. Frankfurtstr. 132. Vorher: Die Verlobung bei der Katerne. Der Weg des Märtyrers. Anf. 8 Uhr. Vorher zum lezt. Male: Der Weg des Märtyrers. Donnerstag zum 1. Mal: Sündige Liebe. Familienangelegenheiten in 4 Akten von Hoch Roll. Im Garten: Täglich Spezialitäten-Vorstell. Anf. 6 1/2 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 143. Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball. 15 Attraktionen ersten Ranges 15. Berlin, wie es lebt u. liebt. Volksstück in 3 Akten von Hindem. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Volksgarten-Theater.

Badstr. 8 (Behn- u. Beckmannstr.) Täglich: Konzert, Theater u. Spezialitäten. Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfreudenfest. Jed. Donnerstag: Gr. Brill.-Festwerk. Volksbelustigungen aller Art. Die Kaffeeküche ist d. v. 1 Uhr an geöffnet.

Reichshallen.

Stettiner Sänger. (Meysel, Pietro, Britton, Böhm, Böckmann, Walden, Seldel, O. u. R. Schrader) Anfang: Hochzeit 8, Sonntag 7 Uhr.

Prater-Theater

Staanen-Allee 7/9. Täglich: Amor von heute. Welling, Gimmor, Varadi-Duett. Darrington-Family, Schirnd-labrer. Livars, Drahtheil. Die Einbrecher von New York, Fant. Die Piccas. Konzert. Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

